

# Über die **ungleichmäßigen** Entwicklungstendenzen der nationalen Gesamtkapitale in Europa und die Niedergangsphase der Nationalstaaten

## Inhaltsverzeichnis

Spätsommer 2007

### Einleitende Bemerkung zur Herstellung des Zusammenhangs

#### Teil I

#### Über ungleichmäßige Entwicklungstendenzen der nationalen Gesamtkapitale in Europa

- Geschichtlicher Aufriss
- Zur Tendenz der gleichmäßigen Entwicklung innerhalb des Nationalstaates – des nationalen Gesamtkapitals am Beispiel der BR-Deutschland
- Über die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der EU-Nord-/West-/ Süd-Nationalstaaten
- Widersprüchliche Tendenzen durch die gegenseitigen Einwirkungen der nationalen Gesamtkapitale
- Zur Verschärfung der ungleichmäßigen Entwicklung der EU-Nationalstaaten durch die von der Berliner Republik forcierte Politik
- Zu Tendenzen räumlicher Verteilung des Kapitalverhältnisses – innerhalb des nationalstaatlichen Rahmens sowie bezüglich der Mannigfaltigkeit der Nationalstaaten
- Über die Konzeption des kapitalistischen Weltsystems bei Immanuel Wallerstein als Deskription der globalen ungleichmäßigen Entwicklung als Struktur
- Resumee

1

#### Teil II

#### Über die Niedergangsphase der Nationalstaaten

- Vorbemerkung
- Über die ungleichmässige Entwicklung innerhalb der Nationalstaaten - der nationalen Gesamtkapitale am Beispiel der BR-Deutschland
- Über das Umschlagen ökonomischer Ungleichmäßigkeit zu politischen Verwerfungen
- Über das unterschwellige politische Ausspielen scheinbarer regionaler Überlegenheit
- Schlussfolgernde Thesen

#### Teil III – Theoretische Reflexion

#### Zur Ungleichmäßigkeit kapitalistischer Entwicklung und ihrer Gegentendenzen

- Zur Charakteristik entwickelter nationaler Gesamtkapitale
- Exemplarisch: logisch gefasste Entfaltung eines (beliebigen gesellschaftlich durchschnittlich organisch zusammengesetzten industriellen) Produktionszweiges
- Das gesellschaftliche Gesamtkapital als durchschnitts-bildende Vermittlungskategorie
- Aktuelle Empirie bezüglich der Produktivität der Arbeit des Fabriksystems

Anhänge/Endnoten Seite 24 bis 66 als Materialien, Erläuterungen, Illustrationen, Zitate, Belege

# Einleitende Bemerkung zur Herstellung des Zusammenhangs

Vorliegender Text hängt inhaltlich zusammen mit anderen Beiträgen auf [www.mxks.de](http://www.mxks.de):

- i. Ausgangspunkt sind die Bestimmungen des gesellschaftlichen Gesamtkapitals AI
  - ii. Hierauf aufbauend: Entwicklungstendenzen der nationalen Gesamtkapitale 2
  - iii. Zur Konzeption 'konkurrierende nationale Gesamtkapitale' AI
- versus Imperialismustheorien

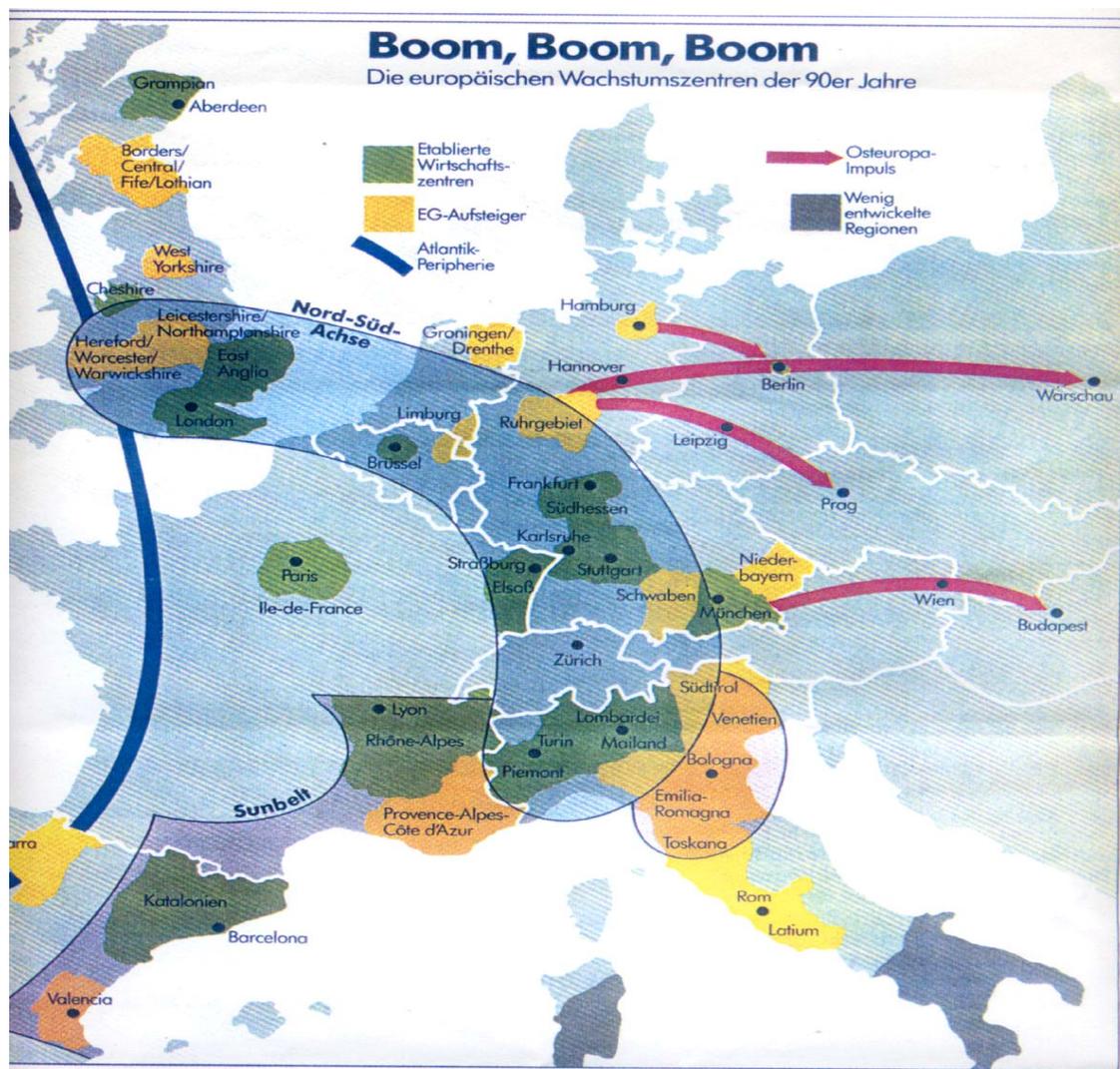
In diesen Beiträgen (Webhinweise siehe Endnoten) wird versucht, *Empirie* 3 und *Theorie* als *Einheit* weiter zu befördern. Erst recht besteht diese Anforderung im vorliegenden Textmodul, da *hiesige Hypothesen erst aus der Empirie der Gegenwart geboren* werden.

Um den *aktuellen ökonomisch-politischen* Charakter des Beitrags zu wahren, ist die *voraussetzende theoretische Reflexion* in Teil III verbannt.

## Teil I – Über die ungleichmäßigen Entwicklungstendenzen der nationalen Gesamtkapitale in Europa

Die in Teil III skizzierte *theoretische Reflexion* unterfüttert nachfolgendes *Hypothesengerüst: Geschichtlicher Aufriss*

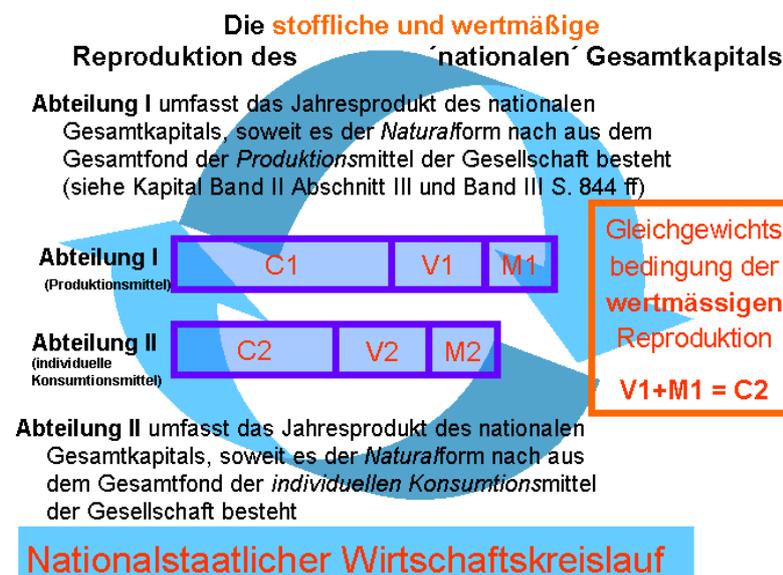
- Historisch erklärbar entwickelten sich die nationalen Gesamtkapitale der west-, süd-, nordeuropäischen Nationalstaaten *ungleichzeitig*. Der Entwicklungsgrad ihrer nationalen Gesamtkapitale reicht *qualitativ* trotz aller *Ungleichmäßigkeit zwischen ihnen* (nachher noch genauer zu bestimmen) hin, sie *alle* an sämtlichen ökonomischen Institutionen (OECD, WTO, IWF etc) entsprechend ihrer rein *quantitativen* Stellung in der Weltmarktkonkurrenz teilhaben zu lassen.



- Betrachtet man auf der eingefügten Karte von 1990 die 'Wachstums'träume der *WirtschaftsWoche*-Macher für die EU des Jahrzehnts 1990 - 2000, so fällt auf, dass die dortigen Wachstumszonen geographisch mit jenen Regionen übereinstimmen, die seit den Kreuzzügen nach 800 u. Z. ein *ausgedehntes Städtewesen mit Handwerk und Manufaktur* entwickelten. Und der lang gestreckte Bumerang von Südengland bis Norditalien kann sicherlich als die *Gravitationsachse des europäischen Kapitals* gelten. Diese lokalen Unterschiede kapitalistischer Entwicklung verweisen auf die *Ungleichmäßigkeit der Entfaltung der Produktivkräfte* über einen Zeitraum von 1000 Jahren. – Dabei muss allerdings bedacht werden, dass es auch ganz andere Phasen gab. Insbesondere sei verwiesen auf die Industrialisierung der Seefahrt zur Zeit des *Levantehandels*, der *Ostsee-Hanse* des industrialisierten Heringfangs und polnischen Exportgetreides und dann die Zeit der großen 'Entdeckungen' und dem Frachtschiffs-Monopol der *Holländischen Seestädte*. Und wenn wir dieselbe Karte für/um 1910 erstellen würden, so wären die Wachstumszonen jene an das Bodenmonopol gebundenen *Kohlereviere* von Mittelengland bis Südwales, von Lüttich bis Nordfrankreich, von Lothringen bis zur Saar, das Aachener- und das Ruhrrevier, wohin das Eisenerz z.B. aus Nordschweden transportiert wurde und die *Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie* das *Schwergewicht der jeweiligen nationalen Gesamtkapitale* ausmachte.

### Zur Tendenz der gleichmäßigen Entwicklung innerhalb des Nationalstaates – des nationalen Gesamtkapitals am Beispiel der BR-Deutschland

- ALLERDINGS: wir dürfen uns nicht täuschen lassen und in den Chor jener einstimmen, welche nur noch *regionale politisch-ökonomische Einheiten* sehen wollen



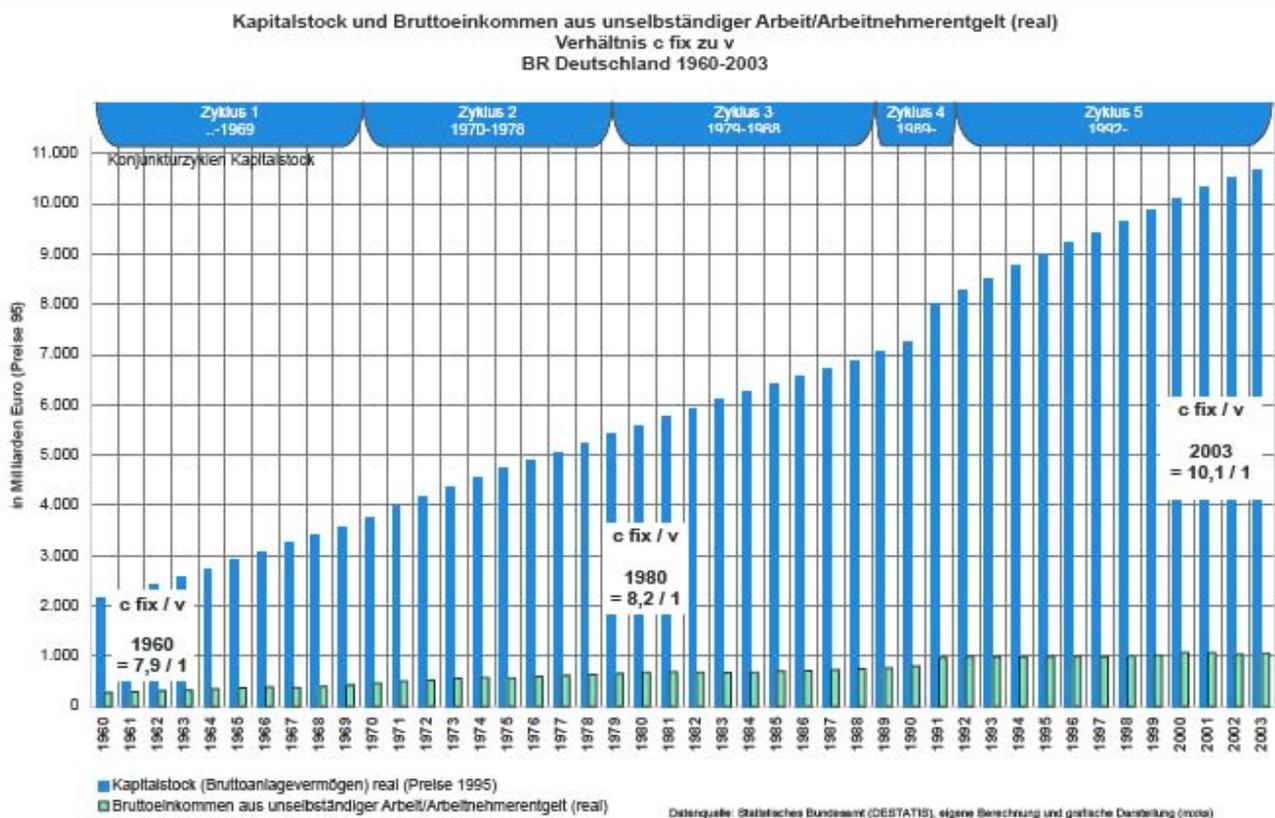
und den Nationalstaat als ökonomisch-politischen Rahmen des nationalen Gesamtkapitals abhaken möchten. 4 Oder gar vom Weltkapital faseln. Von der Auflösung der Nationalökonomie stammeln. Von Vereinigten Staaten von Europa oder einem europäischen Reich raunen. *Tatsächlich* ist in den Beiträgen i, ii, iii der Vorbemerkung hinreichend belegt,

Aus Powerpoint-Datei: Gesamtkapital auf [www.mxks.de](http://www.mxks.de) unter Kursmaterial

dass das *nationale Gesamtkapital* die *übergreifende* Kategorie des *Kapitals im Allgemeinen* ist und 'seinen' Nationalstaat erst begründet. UND dass es in seiner Reproduktionsbewegung die **Tendenz des Ausgleichs der Profitrate** bewirkt und dabei die *Gleichmäßigkeit* der Entwicklung *innerhalb* des *nationalen* Rahmens überhaupt erst *in Gang gesetzt* wird. Also **KEIN KAPITAL OHNE STAAT**

- In der *Aufstiegsphase* des Kapitals und seiner Expansion innerhalb West-Europas (mit Ausnahme Irlands) und der USA war bei aller regionalen *Ungleichmäßigkeit* die *Kategorie der gleichmäßigen Entwicklungstendenz innerhalb des nationalen Rahmens* *übergreifend*. Nach und nach spannte sich das Kapitalverhältnis *lokal* immer intensiver an vielen Orten der jeweiligen nationalen Territorien auf und unterwarf sich

die Arbeit aller Produktionszweige. Dabei benötigte der Akkumulationsprozess des Kapitals – betrachtet nach seinem *absoluten* Größenumfang und somit seiner *Wucht/Bewegungsdynamik als gesellschaftliche* (und nicht private!) *Macht* – eine lange Zeit langsamen Anstiegs trotz hoher Akkumulationsrate, um dann absolut riesenhaft anzuwachsen bei fallender Akkumulationsrate. Für die BR-Deutschland spiegelt sich dies in nachstehender Graphik wieder. Danach benötigte das nationale Gesamtkapital auf deutschem Territorium den Zeitraum von (sagen wir) 1871 bis 1960, um einen Kapitalstock (Maschinerie, Fabriken, Mietimmobilien) in Höhe von 2.000 Milliarden € anzuhäufen. Im Zeitraum 1960 bis 2003 akkumulierte dieser auf die Höhe von 11.000 Mrd. €, die Akkumulationsrate fiel von 7,8% in 1960 bis 1981 unter 3% und dümpelt bis heute der Tendenz nach Richtung 2,5%. Ausnahme war



1991: die coupe-mäßige Einverleibung des DDR-Volksvermögens schlägt sich in der offiziellen BRD-Statistik mit einer 11% Akkumulationsrate des Kapitalstocks nieder! In diesem Diagramm ist parallel (grüne Bälkchen) die Zeitreihe von V = variable Kapital erstellt – also das Bruttoeinkommen der arbeitenden Klasse (allerdings sind produktive und unproduktive Lohneinkommen zusammengewürfelt). In dem Anstieg von absoluten ca 250 Mrd. € 1960 auf (im Verhältnis zum Kapitalstock lächerlichen) ca 1.100 Mrd. € 2003 wird das erbärmliche Lohnsklavendasein offensichtlich. (Denn die akkumulierten 11.000 Mrd € sind ja nichts anderes als der Großteil der in jenen 43 Jahren unbezahlten Arbeitszeit) Und die zunehmende organische Zusammensetzung c/v des gesellschaftlich-durchschnittlichen Kapitals erklärt das mit den zyklischen Krisen gesetzmäßig einhergehende sprunghafte Anschwellen der Arbeitslosenheere.

- Wenn nun die überschlaun Keynesianer a lá deutschen Kathedersozialisten der Memorandum-Gruppe oder Ver.di oder DIE.LINKE oder Böcklers Stifte oder der Weise Bofinger oder der abgewickelte Flassbeck 5 fordern, dass das doitsche Kapital durch höhere Löhne die *Nachfrage* nach Produkten obiger Abteilung II stimulieren soll und somit auch die Produkte der Abteilung I der `Volks`wirtschaft vermehrt

nachgefragt würden, so beweisen sie damit ihr verteilungsgerechtes Gutmenschen-Gewissen. Keineswegs beweisen sie und/oder die Keynes-Anhänger aller anderen Länder, dass sie als Nationalökonomien irgendetwas begriffen haben, außer dass die Organisationen des 'Faktors Arbeit' sich heutzutage auch eine gut bezahlte lobbyistische Akademikerschaft leisten können. TATSÄCHLICH sind die hoch entwickelten kapitalistischen Industrienationen so genannte 'gesättigte' Märkte. Da kann kein noch so großer Weltkonzern voluntaristisch daher kommen und Fabriken neu bauen oder bestehende erweitern im Vertrauen darauf, dass er sein Produkt irgendwie schon losschlägt, exportieren kann oder der gesamten arbeitenden Klasse einfach aus

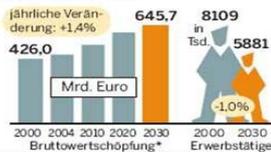
*rationalen* gesamtwirtschaftlichen Gründen höhere Löhne gewährt werden von den sich bis aufs Messer nieder konkurrierenden

### Gemischte Perspektiven

Ausgewählte Branchen aus dem Prognos Deutschland Report 2030

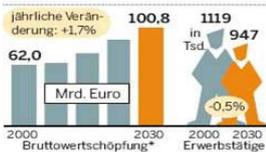
#### ▶ Verarbeitendes Gewerbe

**Prognose**  
Die Wertschöpfung wächst nur etwas geringer als im Dienstleistungssektor, der Anteil an der gesamten Wertschöpfung wird 2030 mit 23,2 Prozent nur um 0,1 Prozentpunkte niedriger liegen als 2004. Allerdings gehen im Gegensatz zur Dienstleistungsbranche Stellen verloren.



#### ▶ Maschinenbau

**Prognose**  
Insgesamt sind die Wachstumsperspektiven günstig, in einzelnen Bereichen sogar sehr gut. Der Werkzeugmaschinenbau etwa wird die Wertschöpfung jährlich um 2,2 Prozent steigern. Auch der Kraftmaschinenbau (Motoren, Kompressoren) entwickelt sich überdurchschnittlich.



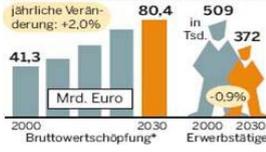
#### ▶ Fahrzeugbau

**Prognose**  
Die Autoindustrie wird sich mit einer jährlichen Wachstumsrate von 1,2 Prozent bis 2030 nur unterdurchschnittlich entwickeln. Wesentlich stärker wächst – mit einem Plus von 3,7 Prozent – der sonstige Fahrzeugbau (u.a. Luft- und Raumfahrt, Schiffbau, Schienenfahrzeuge).



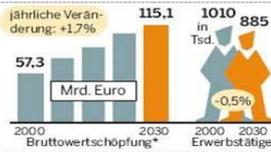
#### ▶ Chemie

**Prognose**  
Die Chemie hat gute Wachstumsperspektiven. Die Bedeutung der Grundstoffchemie wird zwar langfristig sinken. In anderen Bereichen wie pharmazeutischen Erzeugnissen, Farben oder Reinigungsmitteln winken dagegen überdurchschnittliche Zuwachsraten.



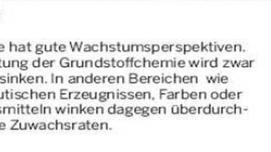
#### ▶ Industrienahe Dienstleistungen

**Prognose**  
Die Wachstumsbranche bietet Chancen, den Jobverlust in der Fertigung abzufedern. Sie umfasst unterschiedlichste Bereiche – von Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatern bis hin zum Outsourcing von Ingenieur-tätigkeiten durch die Industrie.



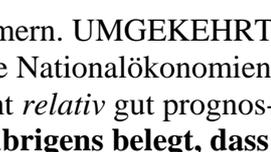
#### ▶ Datenverarbeitung und Datenbanken

**Prognose**  
Die Branche verzeichnet überdurchschnittliche Wachstumsraten bei Wertschöpfung und Beschäftigung. Softwareentwicklung und EDV-Dienste sind für die übrigen Wirtschaftszweige ein zentraler Faktor, um die Produktivität zu steigern.



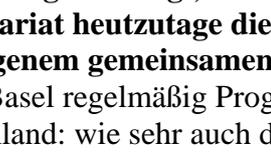
#### ▶ Medizin-, Mess- und Steuertechnik

**Prognose**  
Die Branchen werden sich überdurchschnittlich entwickeln, auch wenn sich das Wachstum etwas verlangsamt. Die Medizintechnik spürt Finanzierungsprobleme im Gesundheitswesen. Die Mess- und Steuertechnik profitiert von Automation und Computersteuerung.



#### ▶ Textilbranche und Bekleidungs-gewerbe

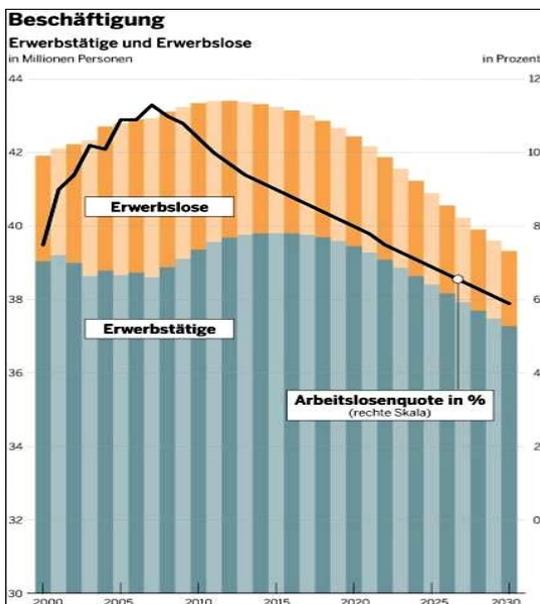
**Prognose**  
Textil und Bekleidung gehören zu den Verlierern in der Industrie. Große Teile der Fertigung werden ins Ausland verlagert, die Beschäftigung wird sich mehr als halbieren. In Deutschland bleiben fast nur noch dienstleistungsorientierte Unternehmensteile.



zz ohne Vorleistung, real in Mrd. Euro; Prozentangaben = durchschnittliche jährliche Veränderung; Quelle: Prognos Deutschland Report 2030

Einzelunternehmern. **UMGEKEHRT** lassen sich diese Nationalökonomien auf längere Sicht *relativ* gut prognostizieren – **was übrigens belegt, dass das Weltproletariat heutzutage die Sache SEHR leicht als frei assoziierte Produzenten nach eigenem gemeinsamen Plan in die Hand nehmen könnte.** So erarbeitet *PROGNOS* in Basel regelmäßig Prognosen für die hoch entwickelten Länder. Z.B. für die BR-Deutschland: wie sehr auch die wirkliche Entwicklung des nationalen Gesamtkapitals bis 2030 von dieser Prognose abweichen wird, so wird die Proportionalität

der verschiedenen Produktionszweige zum Ganzen angenähert getroffen auf Basis des langjährig durchschnittlichen Anstiegs der Produktivität. Somit ist auch die Entwicklung der aktiven industriellen Arbeitsarmee wie der industriellen Reservearmee abschätzbar. Ebenso das stetig steigende BIP – als zwischen Bourgeoisie, Proletariat und Staat aufzuteilende Jahres'frucht' des nationalen Gesamtkapitals (also ~ 15.000 Mrd \$ werfen 2.800 Mrd. \$ ab in 2003) Es wird Jahr für Jahr von der arbeitenden Klasse erzeugt. Sie malochte 2003 dafür ca. 46 Mrd. Arbeitsstunden – bei Produktivitätsanstieg bedingter jährlicher Abnahme um 500 Mill. Arbeitsstunden. Dies entspricht ca. 250.000 weniger Arbeitskräfte!



## Über die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der EU-West/Süd-Nationalstaaten

- Während die jeweiligen (entwickelten) nationalen Gesamtkapitale den Ausgleich der Profitrate *innerhalb* des *eigenen* nationalen Rahmens bewerkstelligen, wird der Ausgleich der Profitrate *zwischen* den *verschiedenen* Nationalstaaten gehemmt. Die *Verwertungshöhen* der *verschiedenen* nationalen Gesamtkapitale sind historisch erklärbar *unterschiedlich*. Sie *stoßen sich* daher entlang dieser Verwertungsgrenzen als *eigenständige* Reproduktionseinheiten *voneinander ab*, die zugleich zu *politischen Grenzen ihrer Nationalstaaten* umschlugen. Hiermit stabilisierte sich für das Europa der Nord-/West-/Süd-EU nach 1970 bis heute eine *fest gefügte Hierarchie ungleichmäßig* entwickelter nationaler Gesamtkapitale – auf Basis wichtiger ökonomischer Kenndaten wie Größenumfang/Profitabilität, Produktivität, Jahresnettoprodukt:
  - Die BR-Deutschland dominiert dem absoluten Größenumfang nach sowie dem Jahresneuprodukt mit zunehmender Tendenz
  - Frankreich fällt als Kerneuropa-Junior-Partner tendenziell größenmäßig zurück
  - England und Italien als 3. und 4. größte Nationalökonomien verlieren noch stärker den Anschluss – Immobilienkrise erreicht England (nach den USA, vor Australien) und vor Spanien, dieses nach 20 Jahren ökonomischer Aufholjagd.
  - Benelux sind ökonomische französisch-deutsche Satteliten bzw. EU-Logistik-Center; ebenso Österreich als Transit zum Balkan/Türkei und nach Italien.
  - Portugal und Griechenland hinken extrem hinter diesen ökonomischen Vorgaben zurück.

- Die *ökonomische Rangordnung* ergibt sich: aus der *Masse des fixen Kapitals* (Fabriken), das zusammen mit dem *konstanten zirkulierenden Kapital* (Vorprodukte) und dem *variablen Kapital* (Arbeitskräfte) als *produktives Kapital* – als *nationales Gesamtkapital* jene Jahres´frucht´ neu erzeugt, verkürzt BIP genannt. Nebenstehende Größenordnungen des BIP der

Oekonomische Entwicklung der Nationalstaaten als Grundlage ihrer politischen Machtstellung in der Konkurrenz des Weltmarkts – Brutto-Inlands-Produkt (BIP) 1970, 1984, 2003 – Farblich gekennzeichnet sind die jeweiligen ökonomischen Satellitenstaaten der Hauptkräfte des Weltmarkts

OECD STATES	2003	1984	1970
United States	9463	3896	1025
Japan	5867	1287	207
France	1834	510	147
Germany	2712	681	203
Italy	1240	413	107
Spain	757	163	39
United Kingdom	1402	431	123
OECD-Total	29001	8997	2249
Major seven	23285		
OECD-Europe	11256	2992	837
EU15	10173	2771	783
Euro area	8254	2813	608

OECD STATES	2003	1984	1970
Canada	764	342	84
Mexico	381	187	39
Australia	492	197	42
Korea	698	90	8
New Zealand	76	22	6
Austria	276	65	14
Belgium	323	80	25
Czech Republic	59	-	-
Denmark	212	56	16
Finland	170	51	11
Greece	156	42	11
Hungary	60	-	-
Iceland	9	2,8	0,5
Ireland	122	20	4
Luxembourg	26	4	1
Netherlands	503	130	35
Norway	182	60	12
Poland	179	-	-
Portugal	131	22	7
Slovak Republic	26	-	-
Sweden	303	99	34
Switzerland	350	98	22
Turkey	215	60	17

at 1995 prices and 1995 exchange rates  
BIP 2003 in Milliarden \$ - abgerundet - 1970 und 1984 meist Schätzungen

verschiedenen Nationalstaaten sprechen Bände über die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung dieser Nationalökonomien, ihrer Stellung innerhalb der EU-Hackordnung sowie ihrer Stellung in der Konkurrenz des Weltmarkts. Wenn wir z.B. das BRD-Verhältnis von Kapitalstock zu BIP (15.000/2.800 ~ 5) zu Grunde legen und multiplizieren die BIPs der anderen Länder mit dem Faktor 5, so sehen wir, dass das BIP der BRD weit größer ist als der Kapitalstock aller in obiger rechter Spalte gelisteten EU-OECD-Mitgliedsstaaten; gar der Investitionsumfang 2003 der BRD von ~ 500 Mrd.\$ übertrifft das BIP der meisten ökonomischen EU-Satelliten der BRD bzw. selbst die BRD-Direktinvestitionen im Ausland (~ 90 Mrd. \$) noch einige.

## Widersprüchliche Tendenzen durch die gegenseitigen Einwirkungen der nationalen Gesamtkapitale

- Die Entwicklung der *kapitalistischen Produktivkräfte* brachte die Notwendigkeit, die West-/Süd-/Mittel-/Ost-Europa-Nationalstaaten mit all ihren *vielen zu kleinen* Binnenmärkten zumindest zu einer Freihandelszone unter deutscher Führung zu bewegen. Nach zwei deutschen militärischen Fehlversuchen klappt es diesmal dem ersten Anschein nach mittels *friedlicher Durchdringung*.

Brutto-Inlands-Produkt (BIP) und Güter-Export/Import 2003 der ökonomisch schwergewichtigen Staaten

	BIP	Export	% BIP	Intra Handelsraum	Extra	Import
<b>OECD- NAFTA</b>						
BIP 10408 Mrd \$	USA 9463	723	7,6 %			1303
	Can 764	272	35,6 %			245
	Mex 381	165	43,3 %			178
	NAFTA total 1162			651	NAFTA 511	extra 1084
<b>EU(15)</b>						
BIP 10173 Mrd \$	Germ 2714	748	27,6 %			601
RUS 460 Mrd \$	Franc 1834	386	21,6 %			390
	UnKi 1402	304	21,6 %			390
	Ital 1240	292	23,7 %			290
	Spain 757	151	19,9 %			201
	Neth 503	295	58,6 %			262
	EU(15) total 2901			1795	EU 1105	extra 1119
<b>OECD-Asien</b>						
7057 Mrd \$	Jap 5862	471	8,0 %			382
China 1000 Mrd \$	Kor 698	193	27,6 %			178
	Austr 492	171	34,7 %			89
	China 1000	437	43,7 %			413

- Das Größenverhältnis der BIPs im Verhältnis zum Export/Import belegt, dass sich die **gesellschaftlichen Gesamtkapitale in ihrem jeweiligen Nationalstaat reproduzieren**
- Die Außenhandelsbilanz ist in der Regel ausgeglichen – Ausnahme die USA als Hegemon
- Die Exporte/Importe tauschen sich größtenteils innerhalb der grossen drei Unterräume
- Die geringe Exportquote der USA und Japan verweist auf deren Marktgröße im Gegensatz zu dessen nationalstaatlicher Zerstückelung der EU(15) und dementsprechenden hohen Exportquoten bei gegebenem Produktivitätsstand der gesellschaftlichen Gesamtkapitale

Die Tabelle nebenan verdeutlicht das Dilemma der EU-Staaten: ihre Exportquoten sind unvergleichbar höher

als jene der USA und Japans. 6 UND die BRD bedrängt die anderen EU-Staaten und vor allem die ökonomisch schwächeren mit ihren Exporten, weil ihr Ex-/Importvolumen dasjenige der anderen EU-Mitglieder bei weitem übertrifft. Somit hängen alle anderen kleinen Nationalökonomien vom industriellen Krisenzyklus des nationalen Gesamtkapitals auf deutschen Boden ab, während umgekehrt die BRD von keinem dieser Länder abhängt. Und die *ökonomische Abhängigkeit* schlägt um in *politischen Zwang der Teilnahme am großen EU-Binnenmarkt* und der Beugung bis hin zum *politischen Diktat* durch den *ökonomischen Hegemon*. Die nachfolgenden Zeilen aus dem *Statistischen Jahrbuch 2006 für das Ausland* des *Bundesamts für Statistik* zeigen die zentrale Bedeutung der deutschen Exporte für den Intra-Handel der anderen EU-Länder, die erste Spalte derselben Tabelle (siehe nächste Seite) belegen die relativ gleichmäßigen % der Exporte/Importe aus/nach der BRD aus der Rest-EU

13 Europäische Union/European Union  
 13.2 Außenhandel/Foreign trade  
 13.2.1 Intra-Handel 2004/Intra-EU trade in 2004  
 13.2.1 Eingänge/Arrivals

Handelspartner	Deutschland/ Germany	Belgien/ Belgium	Dänemark/ Denmark	Estland/ Estonia	Finnland/ Finland	Frankreich/ France	Griechenland/ Greece	Irland/ Ireland	Italien/ Italy	Lettland/ Latvia	Litauen/ Lithuania	Luxemburg/ Luxembourg
Deutschland/Germany . . . . .	X	25,3	30,2	16,8	24,1	27,8	23,0	13,6	30,0	18,4	26,5	29,7

Malta/ Malta	Niederlande/ Netherlands	Österreich/ Austria	Polen/ Poland	Portugal/ Portugal	Schweden/ Sweden	Slowakei/ Slovak Republic	Slowenien/ Slovenia	Spanien/ Spain	Tschech. Republik/ Czech Republic	Ungarn/ Hungary	Vereinigtes Königreich/ United Kingdom	Zypern/ Cyprus	Reporting country
22,3	31,6	44,6	37,9	16,8	17,1	34,1	32,2	15,8	42,8	39,8	19,5	9,4	Deutschland/Germany

	Prozent/Percent
Deutschland/Germany	X
Belgien/Belgium	11,6
Dänemark/Denmark	2,8
Estland/Estonia	0,1
Finnland/Finland	1,6
Frankreich/France	13,9
Griechenland/Greece	0,4
Irland/Ireland	1,9
Italien/Italy	3,4
Lettland/Latvia	0,1
Litauen/Lithuania	0,2
Luxemburg/Luxembourg	0,7
Malta/Malta	0,1
Niederlande/Netherlands	17,9
Österreich/Austria	6,7
Polen/Poland	4,2
Portugal/Portugal	1,2
Schweden/Sweden	2,7
Slowakei/Slovak Republic	1,9
Slowenien/Slovenia	0,6
Spanien/Spain	4,5
Tschechische Republik/Czech Rep.	4,4
Ungarn/Hungary	3,4
Vereinigtes Königreich/UK	3,4
Zypern/Cyprus	0,0
Europ. Union (EU-25) 1)	100

1) Einschl. nicht aufgliederbarem Intrahandelsergebnis

Vor allem belegen obige Zeilen des Jahres 2004, wie sehr das deutsche nationale Gesamtkapital den Außenhandel der *Mitteuropäischen Staaten* dominiert (mehr als 1/3 bis über 40%). Daher müssen diese Länder übrigens unbedingt den politisch-militärischen Flankenschutz der USA suchen, wenn sie nicht auch noch politisch vollständig vom ökonomischen EU-Hegemon BRD abhängig sein wollen.

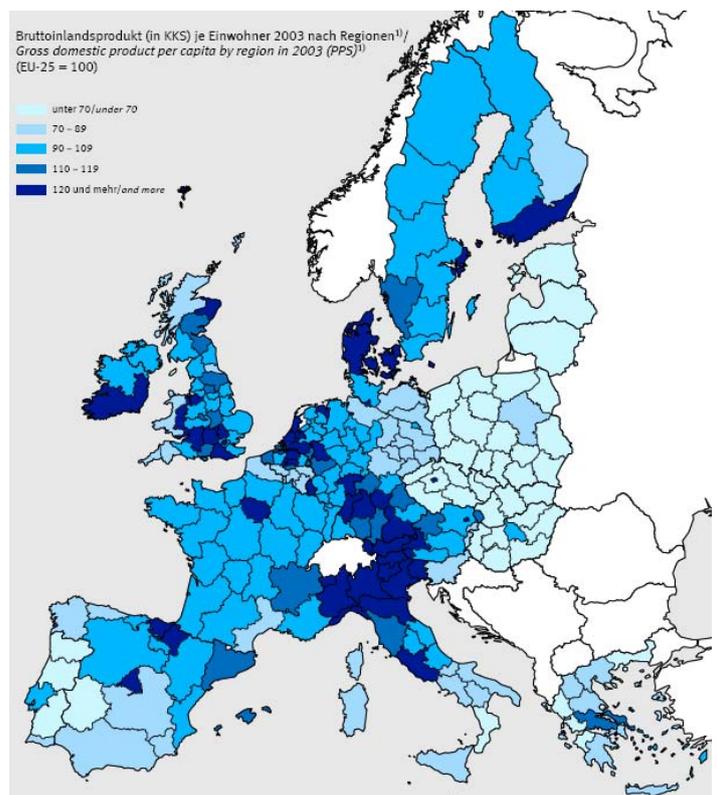
Nebstehende Spalte des Intra-Handels 2004 der BRD mit den übrigen EU-24-Staaten belegt, dass die meisten von ihnen eher leichtgewichtige EU-Handelspartner der BRD sind, dass die BRD ihrerseits allerdings auf die Massengüter-Hochseehäfen Antwerpen und Rotterdam angewiesen ist und die BRD & Frankreich tatsächlich ökonomisch eng verflochten sind.

Tatsächlich profitieren sämtliche 25 nationale Gesamtkapitale in erster Annäherung von der EU als Freihandelszone. Denn die Produktivkräfte der Arbeit haben inzwischen eine technische Zusammensetzung, die Marktgrößen von 300 Mill. Teilnehmern erfordert, wenn denn gemäß dem Gesetz der großen Zahlen der Einkauf der Vorprodukte und der Verkauf der eigenen Produkte wettbewerbsfähig im Weltmarktmaßstab erfolgt (Skaleneffekte).

- URsache: Die BR-Deutschland bedrängt die anderen

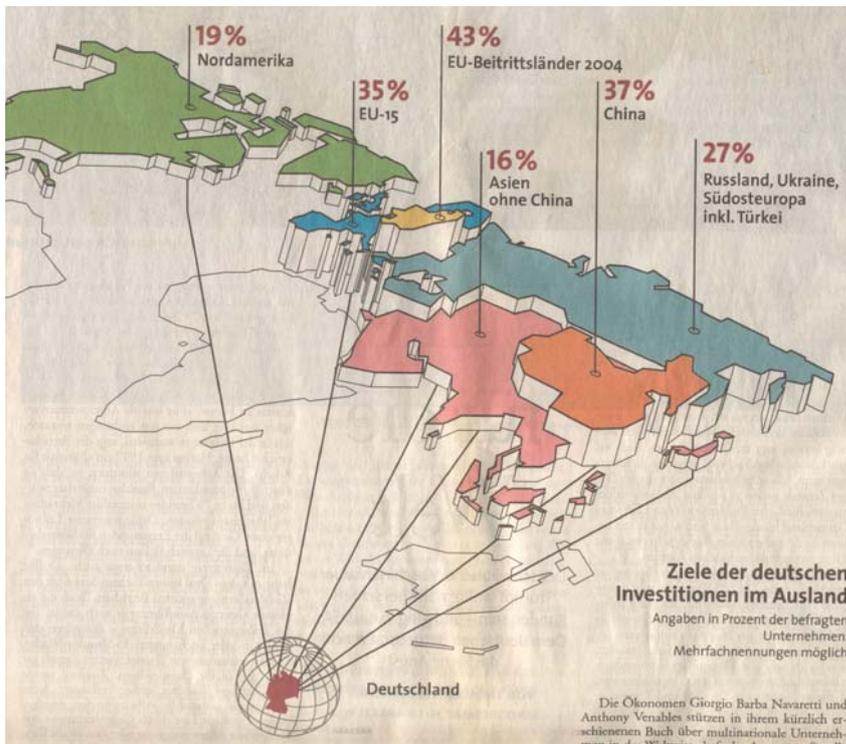
EU-Mitglieder mit ihren Exporten dorthin und außerhalb der EU *auf Grund der höheren mittleren Intensität und Produktivität der nationalen Arbeit ihres nationalen Gesamtkapitals*. 7 Untenstehendes Schaubild bildet nicht unmittelbar die jeweilige durchschnittliche Produktivität und Intensität der nationalen Arbeit ab. Letztere wird gemessen im nationalen Durchschnitt des BIP/Beschäftigten. Nebstehende fünf Blautöne bilden dagegen die regionalen Durchschnitte des BIP/Einwohner (2003) ab. Dabei schneiden jene Länder wie die BRD schlechter ab, die eine geringere Beschäftigungsquote haben. Wir sehen hier von diesen Feinheiten ab, weil es uns hier erstens um das Gefälle zwischen sowie innerhalb der Nationalstaaten geht. Zweitens wiegt die Masse der Einwohneranzahl die Verzerrung zum Teil wieder auf. **Drittens geht es dem Inhalt nach darum, dass am Weltmarkt die Nation höherer mittlerer Intensität der nationalen Arbeit im gleichen Zeitraum mehr Wert produziert, der sich in höherem Gelderlös darstellt und dass zusätzlich am Weltmarkt die Produktivität der Arbeit in Intensität umschlägt.** 8 In der EU-25 betrifft dies alle Staaten außerhalb des EURO-Raums. Was dies erst für die EURO-Währungs-Mitglieder bedeutet und wie sich die aktuellen Lohnverluste der BRDigen hierin auswirken, gehört ins abschließende *politische* Strategiefeld.

7



1) Darstellung nach NUTS 2. NUTS = Europäische Klassifikation der Gebietsseinheiten für die Statistik. Bei Dänemark, Estland, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Slowenien und Zypern: NUTS 0 = Landesdurchschnitt. Nordirland: NUTS 1 / The NUTS 2 level is shown. NUTS = European Nomenclature of Territorial Units for Statistics. For Denmark, Estonia, Latvia, Lithuania, Luxembourg, Malta, Slovenia and Cyprus: NUTS 0 level (national average). Northern Ireland: NUTS 1.

- Die *wechselseitige Beeinflussung* der *nationalen Gesamtkapitale* erfolgt am stärksten durch die *direkten Investitionen der nationalen großen industriellen Einzelkapitale im Ausland*. Die großen industriellen Einzelkapitale der ausgebildeten nationalen Gesamtkapitale der Westeuropäischen Nationalstaaten stehen vor dem Dilemma, dass sie innerhalb des heimischen BIPs ihr Marktsegment nicht beliebig erweitern können, sondern umgekehrt Kapitalwert in der Form des produktiven Kapitals überakkumulieren (sichtbar als ständige Überkapazitäten in allen wichtigen Industriebranchen). Schon hieraus (selbstverständlich gibt es auch ganz andere wichtige Gründe) erfolgt für die großen & mittleren Einzelkapitale der sich steigernde Zwang, die angehäuften Profite *teilweise* im Ausland als produktives Kapital zwecks erweiterter Reproduktion als 'Tochterkapitale anzulegen. Dies erfolgt entweder im Zuge des im letzten Jahrzehnt stark gestiegenen Konzentrations- und Zentralisationsprozesses des Kapitals durch Fusionen oder Kauf von ganzen Unternehmen des selben Marktsegments; durch



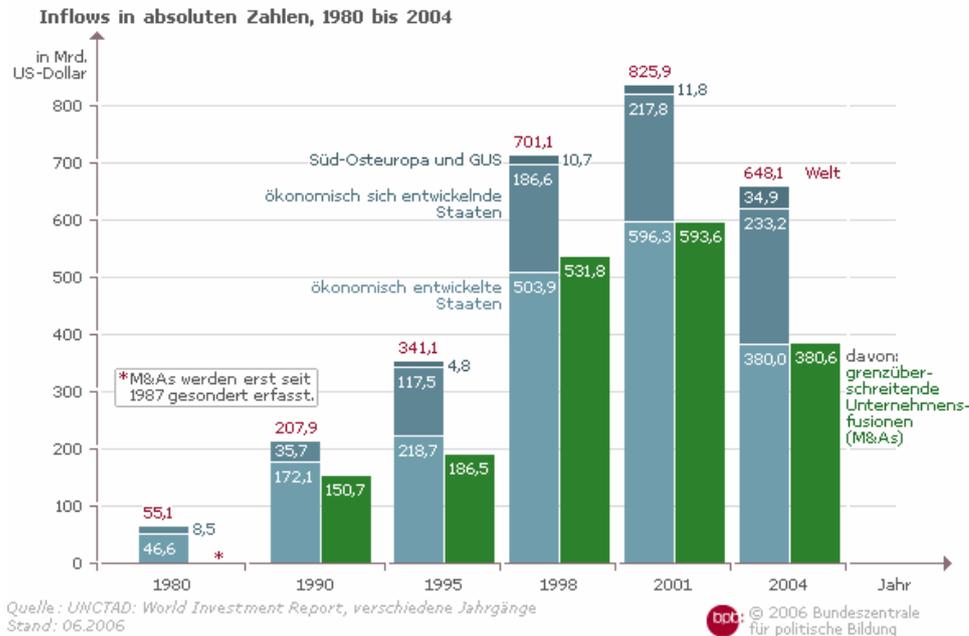
Kapital-Beteiligung an ausländischen Unternehmen, sei es durch Beschaffung von Aktienpakete über kommerzielle Dienstleister, sei es durch Vereinbarungen mit den Unternehmen selbst; durch Gründung von Joint-Ventures mit Unternehmen vor Ort. Der *klassische Fall der Direktinvestition produktiven Kapitals* 9 der großen & mittleren industriellen Einzelkapitale im Ausland bleibt jedoch immer noch die Errichtung eigener Produktionsstätten auf höchstem Stand der Technik. Nebenstehende Graphik visualisiert eine Umfrage bei mittleren und großen

Unternehmen der BRD aus 2003 über Zielregionen ihrer Investitionsvorhaben. Zu jedem Zeitpunkt rücken je nach (spekulativem) Erwartungshorizont von Profiten andere Regionen schwerpunktmäßig in den (brd-igen) Fokus als Investitionsfelder: 2003 die EU-Beitrittsländer sowie überhaupt Mittel-, Südost- und Osteuropa stark; die EU-15, die Türkei wie China stabil; und die NAFTA rückläufig. Die Jahre davor war der NAFTA-Raum im deutschen Visier, jetzt 2007 geraten dorthin Russland wegen der Ölpreishöhe, Indien und nach 15 jähriger Vernachlässigung Südamerika 10 . Afrika wird verdeckt heimgesucht vom deutschen Kapital, während bei DER Ölrente allseitige ökonomische Verflechtungen mit den feudal-reaktionären Staatscliquen der arabischen Halbinsel forciert werden. An dieser Stelle gehen wir nicht detailliert auf die deutschen Direktinvestitionen im Ausland ein.

- ALLE Statistiken belegen, wie schnell sich die MASSE des *wirklichen* Kapitals im letzten Jahrzehnt weltweit anhäuft auf ungeahnte Höhen und aus den überakkumulierten entwickelten nationalen Gesamtkapitalen zunehmend angelegt wird in sich entwickelnden so genannten Schwellenländer. Wir wiederholen deren in iii. formulierte FUNKTION: sie tragen danach zur Gleichmäßigkeit der Entwicklung der nationalen Gesamtkapitale bei und verschärfen zugleich deren Konkurrenzsituation

untereinander: „Die großen industriellen Einzelkapitale der reifen nationalen Gesamtkapitale (wir sehen hierbei zunächst von Rohstoffindustrien als an das

■ **Ausländische Direktinvestitionen (ADI) pro Jahr**

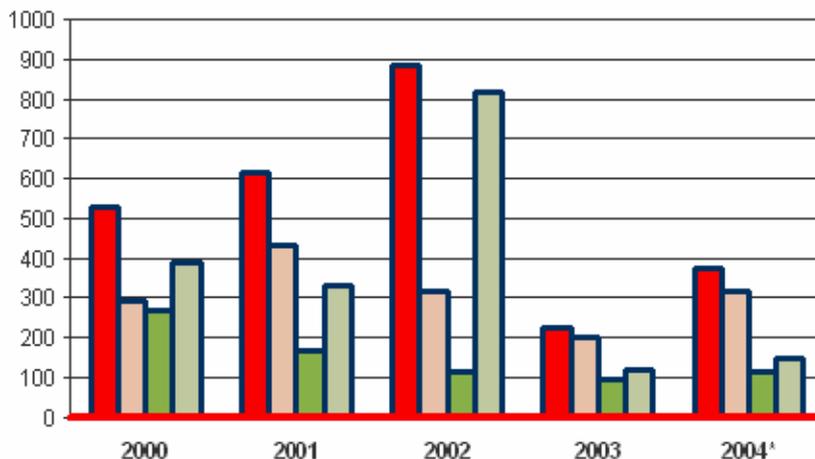


Bodenmonopol gebundenen Kapitalmassen ab) exportieren in der Regel Kapital in Form von Ware und buchen den Geld(kapital)-rückfluss 'zu Hause' in eigener Währung. Der jederzeit drohende Protektionismus sämtlicher großer Binnenmärkte zwingt sie im nächsten Schritt, der Akkumulation und der Skaleneffekte

wegen, in den anderen großen Binnenmärkten eigene Fabriken zu bauen. **Diese nun ergänzen/bauen-aus/ stabilisieren die entsprechenden Produktionszweige der dortigen nationalen Gesamtkapitale 11 – tragen also zur gleichmäßigen Entwicklungstendenz bei. Dadurch verschärft sich die Konkurrenz tendenziell auch zu dem 'Heimat'-Standort des Ausgangskapitals.** Und die dort erzielten Profite können sie keineswegs nach Belieben nach 'Hause' transferieren. Vielmehr sind sie bei Strafe des Untergangs gezwungen, diese zu reinvestieren und darüber hinaus weitere Maschinerie auf Kreditbasis etc zu ordern.“

- Historisch ebenfalls erklärbar ist der Entwicklungsgrad der nationalen Gesamtkapitale der ehemaligen RGW-Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas 12 (einschließlich der Zerfallsprodukte der BR-Jugoslawiens 13 ). Diese nationalen Gesamtkapitale akkumulieren in der jetzigen Phase mit hoher Rate, da dort im Verhältnis zum eigenen nationalen Kapitalstock überproportional Kapital aus den entwickelten Gesamtkapitalen hin fließt (hier in Mill. €), um sich an den dort entstehenden Binnenmärkten zu etablieren. Es wird noch eine geraume Zeit brauchen, bis diese Nationalökonomien die Qualitätsvorgabe der OECD erfüllen. Ob dort die

■ Tschechische Republik ■ Ungarn ■ Polen ■ Slowakei



gegenwärtige Tendenz zu gleichmäßiger Entwicklung anhält, wird nicht zuletzt von der weiteren Anlage von Direktinvestitionen aus dem Ausland abhängen. (Abb.: Tschech-Invest)

## Zur Verschärfung der ungleichmäßigen Entwicklung der EU-Nationalstaaten durch die von der Berliner Republik forcierte Politik

- Die vorstehenden Punkte skizzierten die *ökonomisch bedingte ungleichmäßige Entwicklung der nationalen Gesamtkapitale der EU-25-Nationalstaaten* und die *dominante Stellung der BRD darin*. Politisch stellte sich das EU-Projekt nach unserer Analyse in: **Ein Schritt näher am Abgrund von DeutschEUROland** 14 vom Sommeranfang 2007 so dar: *BR-Deutschland und Frankreich gemeinsam unter deutscher Führung benötigen für ihre Weltmachtambitionen ein politisch integriertes EU-Projekt (Wirtschafts- & Währungsunion, Mehrheitsentscheidungen, ESVP samt EU-Armee, EU-Außenminister). Brüssel 2007 war der Sargnagel hierzu*. Was nicht heißt, dass die deutschen Bemühungen in diese Richtung abgehakt werden, sondern dass das deutsche politische Abenteuerertum zwangsweise auf die Spitze treiben MUSS. An dieser Stelle bleibt zu zeigen WAS WIE WARUM die deutsche EU-Politik zur Verschärfung der ungleichmäßigen Entwicklung der EU-Nationalstaaten beiträgt. Dabei handelt es sich keineswegs um politisch-ökonomische Neuigkeiten sondern um das Zusammenfügen jener Fakten, die schon verstreut in anderen Beiträgen auf [www.mxks.de](http://www.mxks.de) angesprochen wurden.
- Zunächst sei daran erinnert 15, dass das nationale Gesamtkapital Deutschlands seit 1880 in seinem Binnenmarkt sehr beengt ist UND als kapitalistischer Nachzügler von Anfang an auf einen von den anderen Imperialisten besetzten Weltmarkt stieß. Nur der



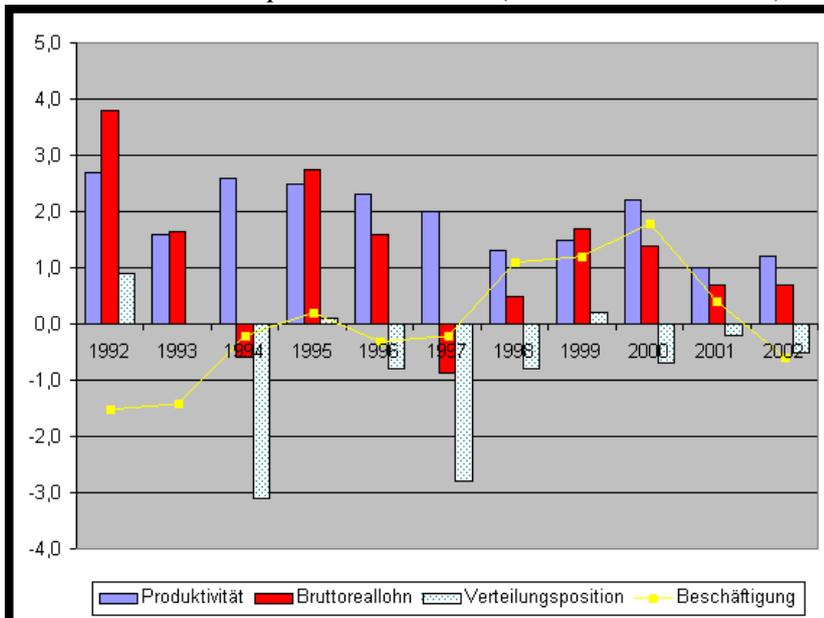
Ausbau des Eisenbahnwesens in Staatshand und das Ausweichen auf die Hochrüstung von Heer und Flotte nach 1900 ermöglichte die rasche Akkumulation des Kapitals der Schwerindustrie. Deren konsequente Anwendung im ersten militärischen Versuch des Griffs nach der Weltmacht

führte zugleich zu einer starken Akkumulation des Kapitals der Chemie- und Elektroindustrie. In diesen drei kapital-schwergewichtigen Produktionszweigen folgte ein früher und hochgradiger Konzentrations- und Zentralisationsprozess des Kapitals. Diese forschungsgetriebenen Produktionszweige generierten ein nationales Gesamtkapital, das seinem Größenumfang tendenziell (damals) England und die USA einholen würden. Hieraus erwuchs dessen virulente Aggressivität – 1910 ein produktives nationales Gesamtkapital auf einem absoluten Akkumulationsumfang zweistelliger Milliarden Reichsmark und heute angehäuften zweistelligen Billionen € mit den ökonomischen Satelliten der EU im politischen Schlepptau.

- Die BRD als (einer der) Angreifer/Aufsteiger auf dem Weltmarkt deklariert in seinem ideologischen Überbau mit der Phrase vom Exportweltmeister den globalen Handelskrieg verniedlichend naturalisierend zum sportlichen Wettbewerb der Nationen. Dass Freihandel in bilateralen zwischenstaatlichen Abkommen schon immer mit Protektionismus gepaart ist, wird hierbei verschwiegen. Erst recht, dass dieser scheinbare sport-

liche Erfolg vom aktuellen Weltmarkt hegemon USA als aggressiver Akt empfunden wird. Und dass dieses (unbeabsichtigte) Spiel mit dem Feuer ständiger Neuaufteilung des Weltmarkts 16 geschichtlich stets im Stahlgewitter des Krieges endet – diesmal im 3. Anlauf Deutsch-EURO-lands zur Weltmacht nicht unwahrscheinlich im atomaren Inferno. Doch dieser 'Weltmeistertitel' wird auch so schon teuer genug erkaufte.

- Zunächst ist die *Gesetzgebung* der Maßnahmebündel dessen, was AGENDA 2010 genannt wurde, nach der Seite der *Steigerung der Konkurrenzfähigkeit des deutschen Gesamtkapitals* zu betonen ('Standort'diskussion). Die BRD hinkte aus erklärbaren



Gründen bis 1990 dem Thatcherismus/ Reaganomics der Senkung des Arbeitsfonds V der arbeitenden Klasse hinterher. Dann verhinderten zunächst die populistischen Verheißungen *blühender Landschaften* im okkupierten DDR-Terrain, die Lohnsklaven auf den Pott zu setzen. Karl-

#### Beschäftigungseffekte

In den letzten 11 Jahren sind die Realeinkommen der abhängig Beschäftigten stark hinter der Produktivitätsentwicklung zurückgeblieben. Zwischen 1991 und 2002 lag der Reallohnanstieg insgesamt etwa 9 Prozentpunkte unter dem Produktivitätsanstieg. Diese Lohnzurückhaltung hat entgegen der Auffassung liberaler Wirtschaftswissenschaftler und Politiker keine positiven Beschäftigungseffekte mit sich gebracht. Im Gegenteil, es vollzog sich ein massiver Arbeitsplatzabbau.

#### Anmerkungen zum Tabellendiagramm oben:

Preisindex: Preisindex der privaten Lebenshaltung

Produktivität: Reales Bruttoinlandprodukt/Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen

Bruttorealloon: Bruttolohn, -gehalt je Stunde - Preisindex der privaten Lebenshaltung

Verteilungsspielraum: Produktivität + Preisindex

Verteilungsposition: Bruttolohn, -gehalt je Stunde /Verteilungsspielraum

Erwerbstätigkeit **Quelle:** DGB-Berechnungen nach Angaben des Stat. Bundesamtes

Heinz Roth arbeitete in der *Wiederkehr der Proletarität* heraus, dass der Osten ab 1990 sozial-ökonomisches Experimentierfeld von Kapital & Politik wurde. Das Cleverle Lothar Späth kündigte den

Westlern schon Mitte der 90er Jahre noch extremere Dumpingzustände als im Osten an und Tyll Necker fand am Ende seiner 2. BDI-Chef-Phase, dass die Westler reif (wie Fallobst) für den Umbruch seien.

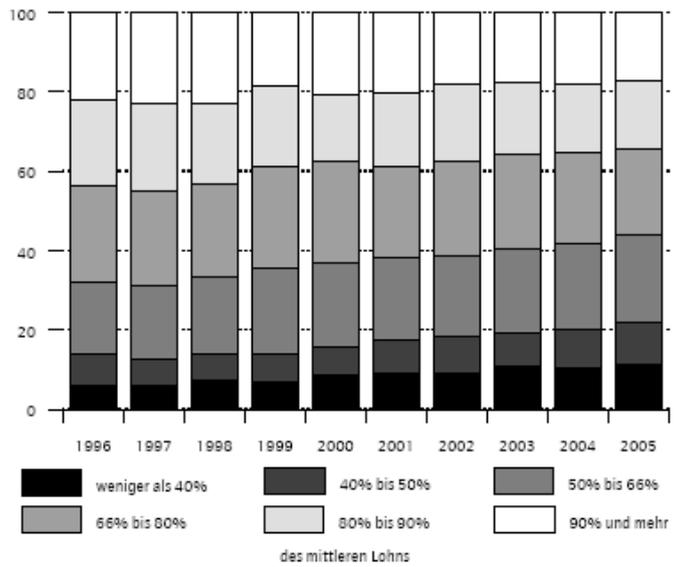
Die rot-grüne Konstellation der Schröder-Fischer-Gang war zum idealen Zeitpunkt für die Angriffe nach Außen und Innen zur Stelle. Mit der aktiven Anzettelung – ohne UNO-Mandat – des Aggressionskrieges gegen die BR-Jugoslawien meldete sich die BR-Deutschland in der internationalen Kriegsarena als Akteur zurück. 17 Und das unter Beipflichtung der Gewerkschaften als Ordnungsmacht. Diese ließen sich unter verbalem Radikalismus ebenso einbinden in die AGENDA 2010 als der gesetzlichen Flankierung und Zementierung umfassender Senkung des Arbeitsfonds V. Von Kapitaleseite waren praktisch Hungerlöhne durchsetzbar – durch den Druck der industriellen Reservearmee in der BRD wie den Arbeitsimmigranten aus den MOE-Ländern auf die Lohnhöhe. Im Zuge der Weltrezession 2002 war die Reservearmee

nochmals angeschwollen und wirkt seitdem verstärkt als gesellschaftliche Massenkraft am Arbeitsmarkt. Alle getroffenen Senkungen des Arbeitsfonds V  $\{=LOHNQUOTE\}$  (Senkung der Stundenlöhne, Wegfall der Zuschläge für x, y, z, Urlaubs-, Weihnachtsgeld, Renten, Arbeitslosenstütze) wirken sich faktisch aus als genau proportional zusätzlich angelegener *Masse* Mehrwert M durch die Bourgeoisie. Die Ausdehnung

der *unbezahlten Arbeitszeit* durch Erzwingung der 40-Std. Woche samt Überstunden sowie Verlängerung der Lebensarbeitszeit sind primitivste Maßnahmen aus der Mottenkiste der Erhöhung des *absoluten* Mehrwerts. Die Erhöhung der *relativen* Mehrwertproduktion schlägt sich nieder in der laufenden Einsparung von Arbeitszeitmassen der Nationalökonomie in Höhe von 500 Millionen Stunden jährlich bei gleichzeitiger Steigerung des Neuwerts (=BIP). Die Durchsetzung der 19-Schichten-Woche – also der Maximierung der Maschinenlaufzeiten – gehört hier ebenso hin. Zugleich wird die gesamte Lohnsklavenarmee auf Trab gehalten 18. Endlich hat die Bourgeoisie das Proletariat als kleinmütiges, bettelndes

### Verteilung der Löhne unterhalb des mittleren Lohns nach der Lohnhöhe

Anteil in %



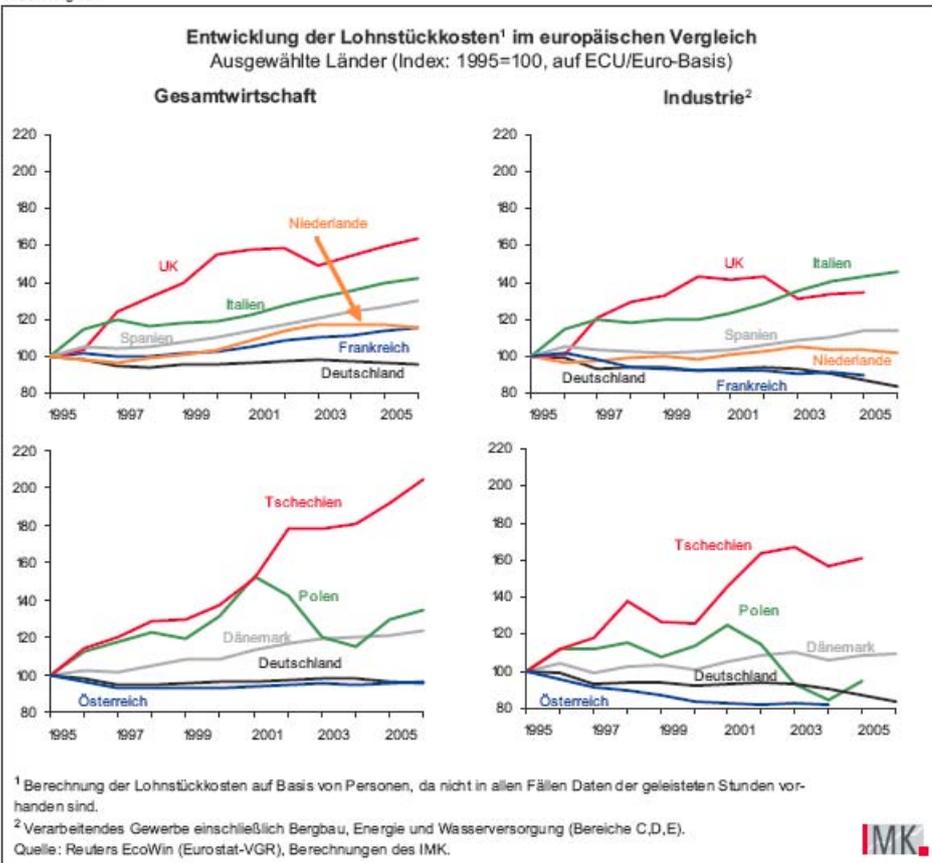
Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Opfer da, wo das Lambsdorf-Papier es in der BRD schon 1982 haben wollte. DIESE massive Mehrwertausweitung auf den Knochen der arbeitenden Klasse auf deutschem Territorium erbrachte dem nationalen Gesamtkapital eine Atempause in der Tendenz der fallenden Profitrate. Es ward international gefeiert als die (jedoch wohl

nur kurze) Auferstehung der europäischen 'Lokomotive' old germany. Im gleichen Zeitraum erkämpfte sich die arbeitende Klasse der nord-/west-/südeuropäischen EU-Staaten satte Lohnerhöhungen und wehrte die Erhöhung des Renteneintrittsalters zurück. Der Schub der Profitmasse (keineswegs der Rate) der großen industriellen

Abbildung 10



<sup>1</sup> Berechnung der Lohnstückkosten auf Basis von Personen, da nicht in allen Fällen Daten der geleisteten Stunden vorhanden sind.

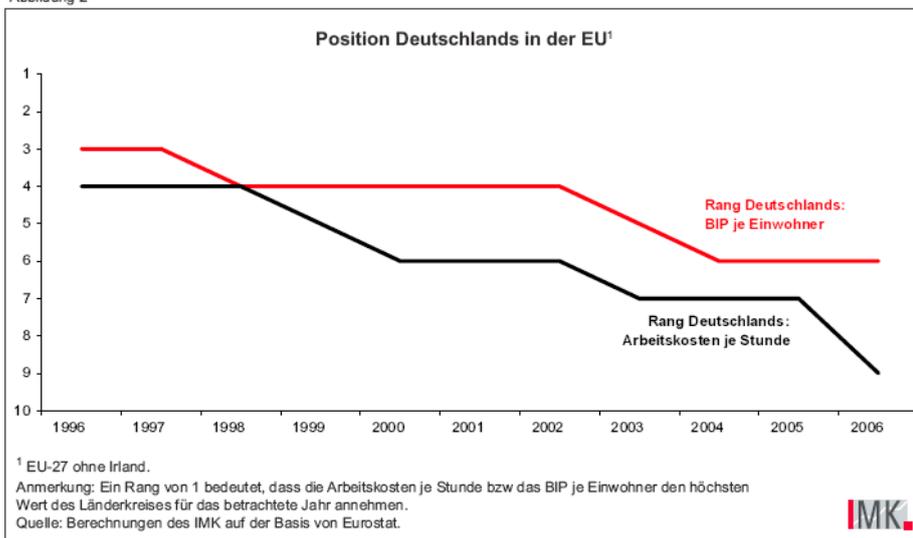
<sup>2</sup> Verarbeitendes Gewerbe einschließlich Bergbau, Energie und Wasserversorgung (Bereiche C,D,E).

Quelle: Reuters EcoWin (Eurostat-VGR), Berechnungen des IMK.

Einzelkapitale in der BRD erlaubte ihnen, die Haie im europäischen Fusionssumpf des Konzentrationsprozesses des Kapitals zu spielen. 19 Zudem vermögen sie die Angebote für großvolumige Produktionsmittelanlagen und Maschinerie auf dem Weltmarkt preismäßig niedrig anzusetzen und dennoch den Durchschnittsprofit zu erzielen. Somit verschärft sich die *ungleichmäßige* Entwicklung der nationalen Gesamtkapitale der Nationalstaaten durch die erfolgreichen Angriffe des Kapitals auf den Lebensstandard der arbeitenden Klasse in der BRD und deren politischen Flankensicherung durch die Berliner Sozial-, Gesundheits- und Arbeitsrechtspolitik entschieden. 20

- Wir wiederholen hier noch, dass die €Währungsunion schon zuvor ungleichmäßig entwickelter nationaler Gesamtkapitale diese Tendenzen noch verstärken muss. 21 Der Übergang der EU von einer reinen Wirtschaftsunion zu einer Währungsunion war der *erste* Pflog deutsch-französischer Hegemonialbestrebungen. Hiermit gaben die Nationalstaaten ihre eigenständige Geld- und Währungspolitik auf als eins der politischen Kernelemente, die Konkurrenzfähigkeit ihrer nationalen Gesamtkapitale am Weltmarkt aufrecht zu erhalten. Diese Währungsunion kann die unterschiedlichen

Abbildung 2



Produktivitäten der verschiedenen nationalen Gesamtkapitale in der Geld-, Zins- und Währungspolitik nicht berücksichtigen. Und erst recht nicht deren zunehmende Spreizung, die wir vorstehend feststellen mussten. Dies verschärft schon jetzt die Konkurrenz an der Spitze & führt in der kommenden *Großen*

*Weltwirtschaftskrise* zum Austritt der weniger produktiven Länder Südeuropas aus der €uro-Zone. 22 Es sei denn, sie möchten jene Desindustrialisierung akzeptieren, die das DDR-Territorium nach dem Zwangsanschluss an die BRD hinnehmen musste 23.

### Zur räumlichen Verteilung des Kapitalverhältnisses – innerhalb des national-staatlichen Rahmens sowie bezüglich der Mannigfaltigkeit der Nationalstaaten

Die ausgleichende und gesellschaftliche Durchschnittsbildung bewirkende Reproduktions-Bewegung des nationalen Gesamtkapitals vermag die *geographische Verteilung und Allokation des Kapitals auf dem nationalen Territorium* trotz aller *politischen* Flankierungen von *Protektion* und *Subvention* 24 nicht nachhaltig zu beeinflussen. Die Geschichte der ungeahnten Entfaltung der kapitalistischen Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit der letzten 150 Jahre lässt nur den Schluss zu:

- **Die geographische Expansion des Kapitalverhältnisses im national-staatlichen Raum weit entwickelter gesellschaftlicher Gesamtkapitale hat seinen Zenit überschritten.** Diese Expansion ergriff in der Aufstiegsphase des Kapitalverhältnisses im Zuge der ursprünglichen Akkumulation sukzessiv sämtliche Produktionszweige und schuf sich seine Raumordnung nach seinem Ebenbild. Die räumliche Ausdehnung ging einher mit der sukzessiven Aufspannung mannigfaltiger lokaler Kapitalverhältnisse massenhafter Betriebsstätten. Die *Intensivierung* des Kapitalverhältnisses trieb –

bei allen hemmenden Gegentendenzen – *ungeahnte Produktivkräfte der Arbeit* hervor. Somit kam jener Zeitpunkt, wo bei sinkender Betriebsstätten-Anzahl stets doch Überkapazitäten in fast allen Produktionszweigen auf brach liegendes produktives Kapital hinweisen. *Nun zieht sich das Kapital aus der Fläche zurück, hinterlässt große – nicht nur ländliche – Räume extensiver lokaler Kapitalverhältnisse und konzentriert sich auf wenige kleine geographische Gebiete intensiver lokaler Kapitalverhältnisse.*

- Die *Expansion* des Kapitalverhältnisses im national-staatlichen Raum der *im Übergang zu entwickelten* gesellschaftlichen Gesamtkapitalen befindlichen Länder geht zurzeit sehr dynamisch voran – dem Anschein nach hin zu *tendenzieller gleichmäßiger* Entwicklung. Doch gerade im Falle der hoch gehandelten BRIC (Brasilien, Russland, Indien, China) sind wir weniger Anhänger *profitgeiernder* linearer 30-Jahre-Horizont *Extrapolationen* als vielmehr hoffnungsfroher *sozialer Explosionen*.
- Die *geographische* Expansion des Kapitalverhältnisses *in unentwickelten* gesellschaftlichen Gesamt(Rumpf)kapitalen von ca. 100 Ländern ist sehr begrenzt auf *funktionale* Zonen der Rohstoffressourcen und des Tourismus. Für sie gilt, was Marx und Engels nach 1870 resigniert bezüglich der noch 1848 im Manifest erwarteten kapitalistischen Entwicklung Indiens und Irland feststellen mussten. 25

### Über die Konzeption des kapitalistischen Weltsystems bei Immanuel Wallerstein als Deskription der globalen ungleichmäßigen Entwicklung

- Unser Herangehen mit Marx begreift die *Kategorie des gesellschaftlichen Gesamtkapitals als übergreifend für die Gesetzmäßigkeiten des Produktions- wie Zirkulationsprozesses des Kapitals im nationalen Rahmen und den Weltmarkt als das Integral deren Mannigfaltigkeit*. Im Unterschied hierzu versucht Wallerstein die *funktionale Struktur der Nationalstaaten im Zirkulationsprozess des Kapitals als globales System herauszuarbeiten*.

- Diese Akzentsetzung passt gut an diese Stelle, da die MOE-Staaten auf mittlere Sicht z. B. kaum mehr als verlängerte Werkbänke der Kern-EU-Staaten sein werden (s. Endn. 7). Und dann **REICHT** die EU- Konzeption ja als reine Freihandelszone perspektivisch bis zu chinesischen und indischen Grenzpfählen. Zudem sind schon

Struktur des Welt-Systems (Zusammenstellung: Antweiler 1999)			
Merkmale	Kern(-staat)	Semi-peripherie	Peripherie(-staat)
Anzahl	eines bzw. wenige	mehrere	je Zentrum eine oder wenige
Kapital	Konzentration		geringer Kapitaleinsatz
Arbeitsmarkt	hohe Nachfrage nach gut gebildeten Arbeitskräften		Familienarbeit, Zwangsarbeit
Technisches Wissen	hoher Wissensstand		einfache Technologien
Produktion	industrielle Herstellung, aufwendige Produkte		Rohstoffgewinnung, Gebrauchsgüter, Halbfertigwaren
Handel	differenziert und intensiv		wenig intensiv
Lebensweise	„gehobener“ Lebensstil, trendbildend, Städte wichtig		„rückständig“, zumeist ländlich
Soziale Differenzierung	hoch, Mittelklasse		geringe Arbeitsteilung, hoher Anteil abhängiger Bauern ( <i>peasants</i> )
Politische und militärische Macht	hoch konzentriert, starker Staat, ausgereifte Bürokratie	aufsteigende P/absteig. Z.	geringe Macht, schwacher Staat, kleine Bürokratie
Ideologien	dominierend		untergeordnet
Räumliche Ausdehnung	zumeist klein	Pufferzone	u. U. sehr ausgedehnt
Funktion im Welt-System	akkumuliert Rohstoffe, Halbfertigprodukte, Arbeitskraft, sichert Monopolrechte	Mittlerstellung im Handel	liefert Rohstoffe, Halbfertigprodukte, Arbeitskraft an Zentrum

gestern sämtliche Länder Nordafrikas und Süd-West-Asiens in deren Sog gekommen – weshalb wohl die USA im Irak steht?! 26 . ES SEI DENN, die EU zerfällt und geht in den nächsten großen europäischen BürgerKriegszustand über. 27

## Resümee

- Unsere zweite empirische Annäherung 28 an die Entwicklungstendenzen der nationalen Gesamtkapitale – diesmal beschränkt auf Europa:
  - erklärt die Tendenz zur *gleichmäßigen* Entwicklung *innerhalb* des Nationalstaates aus der schon in (i) bestimmten Wirkung des nationalen Gesamtkapitals – exemplarisch ausgeführt an der BR-Deutschland
  - erklärt die Tendenz zur *ungleichmäßigen* Entwicklung (einschließlich deren Gegenteilendenzen) *zwischen* den Nationalstaaten aus der *Wechselwirkung der nationalen Gesamtkapitale aufeinander* mittels Exporten und Direktinvestitionen im Ausland – exemplarisch mit dem Fokus auf den Hegemon BRD.
  - erklärt die aktuelle *verstärkte* Tendenz zur ungleichmäßigen Entwicklung zwischen den europäischen Nationalstaaten aus der *Lohnfonds-Senkungs-Politik* der BRD und als Folge der *Währungsunion als politischem Projekt*.
  - bezieht die Reflexion der aktuellen *räumlichen Rückzugs-Tendenzen des Kapitalverhältnisses als Verstärker der ungleichmäßigen Entwicklung* mit ein.
  - zieht zu den Marxschen Bewegungs-Gesetzmäßigkeiten des Kapitals den *funktionalen Analyse-Ansatz Wallersteins zur Struktur des kapitalistischen Weltsystems heran zur Beleuchtung der ungleichmäßigen Entwicklung*.

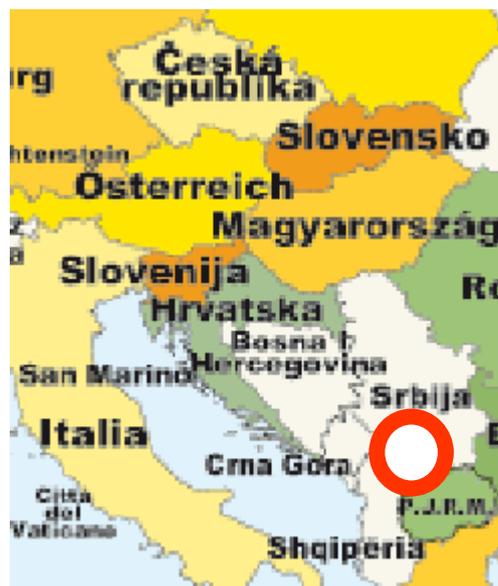
Hiermit sind wir schon im – durch das *Zurückziehen* des Kapitals *aus der Fläche* vermittelten – Übergang zur Zuspitzung unserer Konzeption (vom kapitalistischen Weltmarkt als der Bewegungsform der Mannigfaltigkeit konkurrierender nationaler Gesamtkapitale) zur *Gegenwart als der Niedergangsphase Nationalstaaten hoch entwickelter Gesamtkapitale*.

Teil II –

## Über die Niedergangsphase der Nationalstaaten

**VORBEMERKUNG** Unsere Konzeption *impliziert* nach Teil I *zugespitzt* für die *jetzige* Phase des Kapitalismus die *Separation bisheriger weit entwickelter nationaler Gesamtkapitale zu geteilten regionalen Gesamtkapitalen* entsprechend heutiger nationaler wirtschaftlicher Subkreisläufe. Auf diesen brüchigen ökonomischen Grundlagen werden dann *neue Nationalstaaten* *ausgerufen*. Im vorliegenden Textmodul **Über die ungleichmäßige Entwicklungstendenzen der nationalen Gesamtkapitale in Europa und die Niedergangsphase der Nationalstaaten** können wir selbstverständlich nicht aufzeigen, *wie weit die Zentrifugalkräfte des zurückziehenden*

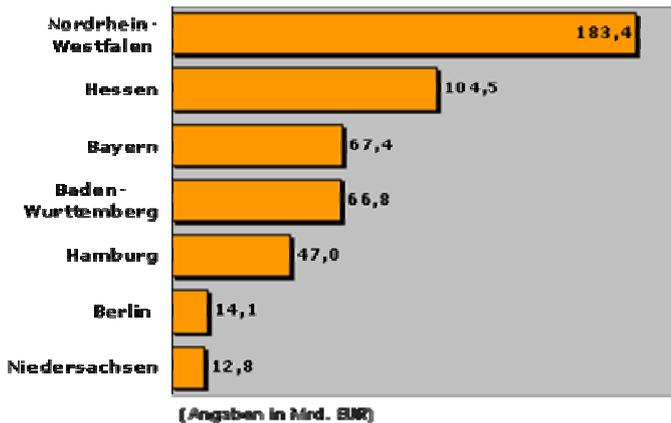
Baskenland 30, Flandern 31, Schottland B-Württemberg etc. *aus herausschleudern* – wie Slowenien, Mazedonien Slowakei, den GUS-geschah. Nach diesem die aktuell umkämpfte Kosova die **Büchse der Demnach** erreicht der BRD als stärkste als letzte und verstärkt Dominanz auf Basis der ökonomischen



*sich aus der Fläche Kapitals* Pandania 29, Katalonien, Korsika, Mazedonien 32, Bayern, *ihren Nationalstaaten* es nicht nur Kroatien, sondern Tschechien, Republiken ... schon Hypothesengerüst öffnet Anerkennung des **Pandora**. 33 staatliche Zerfall die Wirtschaftsmacht der EU bis dahin ihre politische zunehmenden Vasallenschar.

## Über die ungleichmäßige Entwicklung innerhalb der Nationalstaaten - der nationalen Gesamtkapitale beispielhaft der BR-Deutschland

- Wir waren schon bei der einleitenden geschichtlichen Skizze Teil I unmittelbar auf die ungleichmäßige Entwicklung *innerhalb* des nationalen Rahmens gestoßen. In Teil III haben wir in der *ungleichzeitigen sukzessiven* Entfaltung des *fixen* Kapitals – also dem Anlagevermögen – den *materiellen Kern für die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung innerhalb der Nationalstaaten* ausgemacht. Wenn wir uns exemplarisch die Neuanlage sowie Ersatz des fixen Kapitals einschließlich staatlicher Investitionen und deren Verteilung für BRD 2003 auf die verschiedenen Bundesländer ansehen, so sticht deren

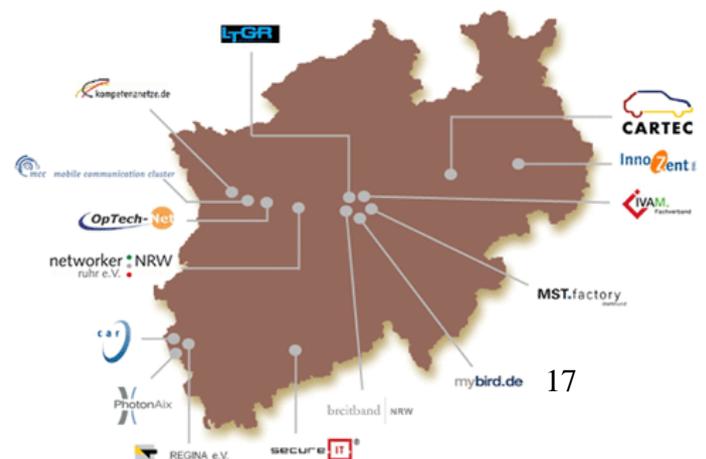


ungleichmäßige Verteilung ins Auge. Als Zeitreihe und nach Branchen gegliedert eröffnete dies den Blick auf einen Entwicklungsverlauf, der z.B. an der Ruhr ab den 70er Jahren einen Rückgang in den Branchen der Kohle-, Eisen- und Stahlindustrien und in Bayern die Zunahme in den Branchen Elektro- und Maschinenbau anzeigte. Hiermit soll

**In Deutschland wurden 2003 insgesamt 530,7 Mrd. EUR investiert.**

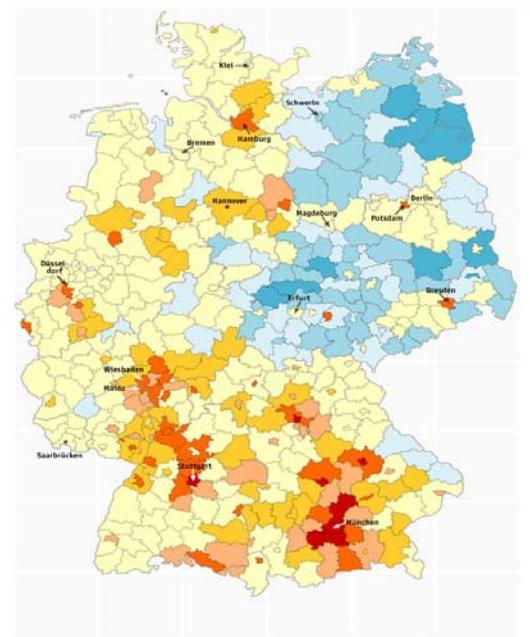
keine allgemeine fertige empirische Methode behauptet, sondern deren Ausarbeitung angeregt werden. Um somit den Strukturwandel der einzelnen Regionen und deren ungleichmäßige Entwicklung im nationalen Rahmen transparent historisch materialistisch nachvollziehbar zu machen.

- ALLERDINGS spielen viele Gründe hinein, warum gerade hier und nicht dort fixes Kapital angelegt wird. Bei zunehmendem Außenhandel der BRD verschlingen z.B. der Tiefsee-Häfen-Ausbau und die Automatisierung der Containerhäfen große Kapitalmassen. Ebenso benötigen z.B. die aggressiven EURAsischen Vorstöße der Deutschen Bundesbahn kaum schätzbare Kapitalmassen, um den (Bahnkörper)/Fuhrpark für den Massengüterverkehr von Lissabon bis Moskau/Peking/Teheran zu modernisieren. 34 Dabei muss die Komplexität verschiedener *Rand-/Vor-/Grundbedingungen* wie internationale Konkurrenz und *Entfaltung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit, Bereitstellung* (durch brain drain abgefederter) ausreichender, auf den *Zeitpunkt optimal ausgebildeter Arbeitskräfte* erst operationalisierbar gemacht werden. Marx betont in den *Grundrissen*, dass jener Zeitpunkt kommt, wo die *Wissenschaft/Technologie* die unmittelbare Produktion übertrifft, was den Einsatz von Kapitalmassen betrifft. So sind heute die so genannten *Cluster* vernetzte forschungs- + entwicklungsgetriebene Technologieunternehmen, die von Risikofonds mit Kapital ausgestattet werden. Oft Ausgründungen ganzer Forscherteams staatlicher Forschungseinrichtungen, wird deren Erfolg nur erreicht durch arbeitsteilige kooperierende Netzwerkstrukturen. (rechts: NRW-Cluster Mikro-Nano-Opto-Technologien 35 )



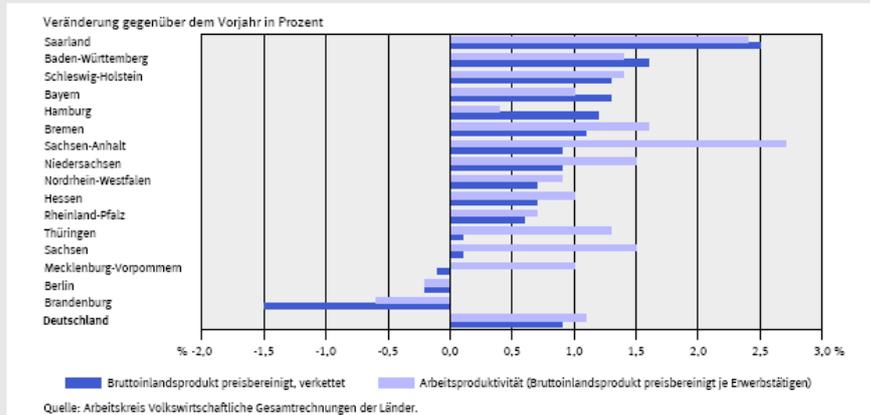
- Fraglos verstärkt also die ungleichmäßige Verteilung der Neu- und Ersatzinvestitionen auf die Bundesländer die gegebenen Standortverhältnisse laufend. Sehen wir uns die nach Landkreisen und Großstädten gegliederte BR-Deutschlandkarte an. Die Farbtöne BLAU verweisen 3-fach abgestuft auf *Risikograde* des zukünftigen Wirtschaftsprozesses. HELLGELB zeigt ausgeglichene zukünftige *Risiken* und *Chancen* an. GELB-ROT zeigt 4-fach abgestuft die zukünftigen wirtschaftlichen *Chancen* der entsprechenden Region an. Neuere Studien 36 belegen für die BRD, dass das Kapital sich auf 6 Zentren konzentriert und aus der übrigen Fläche zurückzieht. Dies wiederum heißt nicht, dass es keine Gegentendenzen oder zu

Zukunftsatlas 2007  
Deutschlands Regionen im Zukunftswettbewerb



mindestens jährliche Abweichungen hierzu gibt. *Tatsächlich* belegen die Statistiken z.B. für 2005 ein ganz anderes Verteilungsmuster der

Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Arbeitsproduktivität 2005 nach Ländern

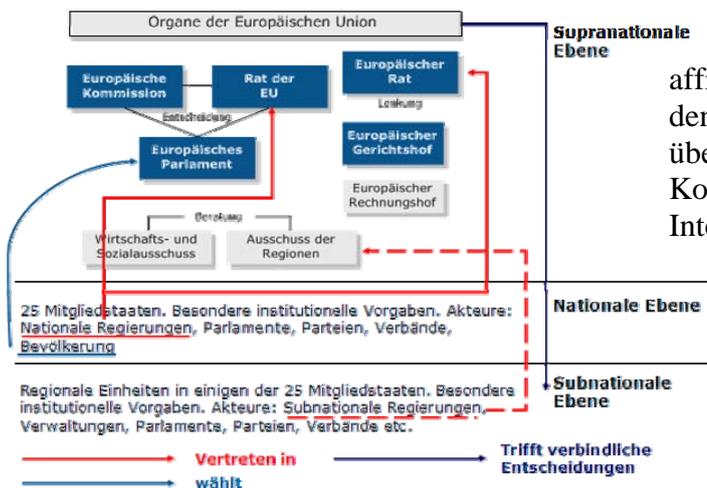


Veränderung der Produktivität in den Bundesländern als die *Erwartungen* an das ökonomische Wachstum der Regionen für 2007 des *Handelsblatts-Zukunftsatlas*.

Über das Umschlagen ökonomischer Ungleichmäßigkeit zu politischen Verwerfungen

- Empirisch lässt sich demnach die *aktuelle ungleichmäßige* ökonomische Entwicklung exemplarisch innerhalb der BRD belegen und lokalisieren und vergleichen. Dies gilt in ähnlicher Weise für jeden EU-Nationalstaat. In anderen Beiträgen 37 wiesen wir empirisch nach, dass kapitalistische *ökonomische Quantitäten* in *politische Qualitäten* einer Stufenleiter von Machthierarchie umschlagen. Diese lässt sich als abgestufter

Das Mehrebenensystem der EU



Einfluss der verschiedenen Bundesländer der BRD verifizieren – wie am großen Einfluss des Bundesrates. Und gilt affin in allen anderen Nationalstaaten je nach den Formen ihrer Gebietskörperschaften. Und überall stehen diese Regionsinteressen im Konflikt untereinander und zusammen im Interessensgegensatz zum zentralen nationalen Rahmen. Ihre Stellung im politischen Machtgefüge zeigt sich ebenso auch im institutionellen Rahmen der Organe der EU.

- Das supra- wie subnationale *politische Ranking* der bürgerlichen Staaten korreliert nach allen vorgebrachten Phänomenen direkt *proportional* mit ihrer ökonomischen Stärke. Letztere impliziert nämlich die *Masse des jeweiligen Steueraufkommens*. Der Verteilungsmodus sämtlichen nationalen Steueraufkommens auf den Zentralstaat, die Regionseinheiten, auf Städte und Kommunen sind in den Nationalstaaten unterschiedlich – jedenfalls sind sie nicht unabänderlich festgelegt. Umgekehrt ist die Verteilung des Steueraufkommens und der Hoheit hierüber schon immer ein Zankapfel aller Körperschaften untereinander. Der *Zentralstaat* steht für das *Allgemeine Interesse*, alle *Gebietskörperschaften* stehen für *ihre Partikularinteressen* ein. Der Zentralstaat steht für gleichmäßige Entwicklung der Tendenz nach, für Ausgleich und Unterstützung benachteiligter Regionen, für abfedernde Beihilfen und Subventionen absterbender Produktionszweige. In ALLEN Nationalstaaten weit entwickelter nationaler Gesamtkapitale ist dieser Interessenskonflikt bis auf Messers Schneide entbrannt. Noch ziehen die Südländer Bayern, Baden-Württemberg und Hessen zivilisiert vors Bundesverfassungsgericht, um gegen den *Länderausgleich* zu klagen. Sie möchten nicht länger die Zahlmeister der 'unfähigen' Nordländer spielen und dabei die eigene Zukunft verspielen. So tönt es in anderen *eigenen Melodien* von Antwerpen nach Brüssel, von Mailand nach Rom, von Barcelona nach Madrid, von Edingburgh nach London.

### **Über das unterschwellige politische Ausspielen scheinbarer regionaler Überlegenheit**

- Die längs laufende ungleichmäßige Entwicklung des Kapitalverhältnisses wie die gegenwärtigen Resultate werden von der deutschen Bourgeoisie und von ihrem Staatsapparat stimuliert durch die Leier von der Standortdebatte (s. z.B. Endn. 1). Politisch werden sie von Medien- und Parteiapparaten zur ständigen Spaltung der arbeitenden Klasse ausgenutzt. Tatsächlich ist das Kapitalverhältnis heute so hoch entwickelt, dass sein Rückzug aus der Fläche auf wenige Schwerpunkte des nationalen Territoriums den Wirtschaftsinsassen als Konkurrenz der Regionen und Städte innerhalb des Nationalstaates allgegenwärtig wird in Rankings aller Arten.
  - Tatsächlich wird dies von der Mehrzahl der Beteiligten kampflös akzeptiert.
  - Wird in Regionalismen und deren scheinbaren Überlegenheit umgemünzt.
  - Wird mit Einsatz von STEUERMITTELN(!) in sämtlichen Formen beworben.
  - Schlägt sich gar im kokettierenden Hochhalten von Dialekten wieder.
  - Verstärkt die überkommenen Stadt-Land Minderwertigkeitskomplexe.
  - Kocht die alten Regionalen Vorbehalte des feudalen Flickenteppichs in bisher erst nur stichelnden/zynischen(Os-Friesenwitz)Ausdrucksformen wieder hoch.
  - Der *konkurrenzgetriebene* Sozialneid scheint jederzeit auf brutalstes Niveau medial aufblasbar Richtung Abtrennung von den Armen-Schlucker-Regionen.

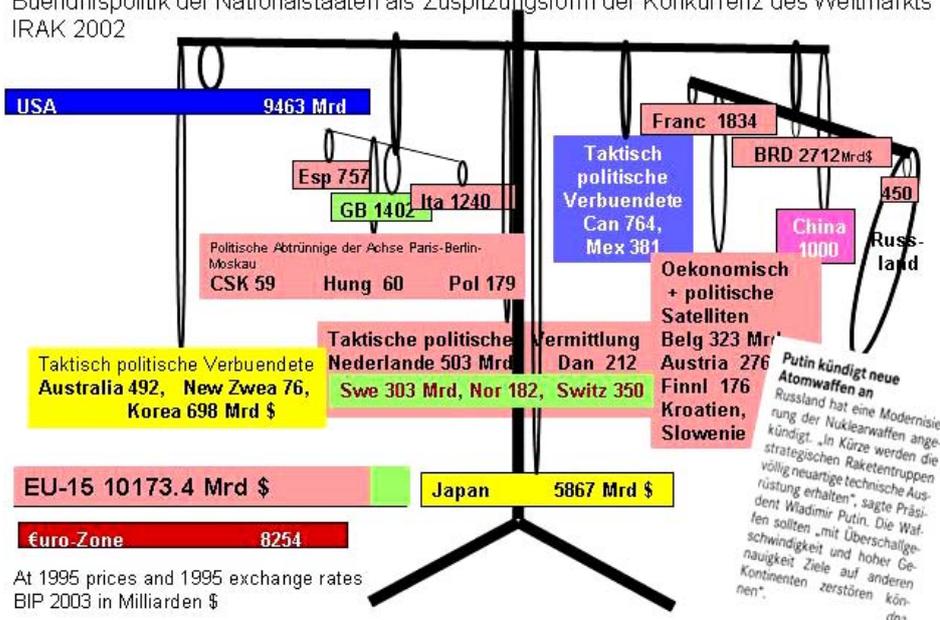
### **Wehe der Mob der europäischen Provinzen wird in Stellung gegen einander gebracht !**

### **Schlussfolgernde Thesen**

- Keineswegs lösen sich die *nationalen Gesamtkapitale* der EU zu einem *europäischen o. ä. Gesamtkapital* tendenzieller gleichmäßiger Entwicklung auf. Die Tendenz zum Ausgleich der Profitraten zwischen den nationalen Gesamtkapitalen wird durch die Wirtschafts- und Währungsunion der EU nicht entscheidend beschleunigt (Hoffnung auf so genannte Konvergenz der Nationalökonomien). Nach den Gesetzen der kapitalistischen Produktionsweise sind die *Vereinigten Nationalstaaten von Europa* faktisch unmöglich. 38
- Vielmehr verschärft sich die Ungleichmäßigkeit in der ökonomischen Entwicklung sowohl *zwischen* als *gerade auch innerhalb* der Nationalstaaten zunehmend – nicht zu letzt auch auf Grundlage der Währungsunion als politischem EU-Projekt.

- *Innerhalb* der nationalstaatlichen Rahmen nimmt die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung soweit zu, dass die *latente* Konkurrenz der Regionen der nationalen ökonomischen Subkreisläufe untereinander in *offene separatistische* Bestrebungen umzuschlagen droht. Die einsetzende *Große Weltwirtschaftskrise* wird je nach Tiefe den *Zerfallsprozess* der jetzigen Nationalstaaten beschleunigen.
- **Wir stellen also zur Diskussion: die Nationalstaaten weit entwickelter nationaler Gesamtkapitale befinden sich in der Übergangsphase des Niedergangs/Zerfalls.<sup>38</sup> Grund hierfür ist die empirisch feststellbare Tatsache, dass das Kapital sich mit zunehmender Entfaltung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit aus der Fläche zurückzieht.** Jene Regionen weit entwickelter sub-nationaler Gesamt(Rumpf)kapitale separieren sich entlang der Verwertungsgrenzen von weniger weit entwickelten Nachbarregionen ab bis zu dem Grade, wo die ökonomischen Zentrifugalkräfte in politische Aktionen der Separation vom gemeinsamen Nationalstaat umschlagen. Im politischen Anerkennungsverhalten untereinander firmieren diese Gebilde so dann als neue 'Nationalstaaten'.
- Und keineswegs verschwinden hierbei die Politiken der Nationalstaaten. <sup>39</sup> Vielmehr schlägt in diesem Prozess der Handelsliberalismus zwangsweise in Protektionismus um. Die überkommenen Nationalstaaten werden einen politischen und militärischen Kampf um ihren einheitlichen Erhalt und gegen separatistische Bestrebungen unternehmen. Auch im Zerbrecen in verschiedene regionale Gesamtkapitale benötigen diese ihre jeweils spezifische politische Form in Gestalt neuer, mythengeschöpfter 'Nationalstaaten'.
- Die Zukunft des EU-Projekts jenseits einer reinen Freihandelszone ist nach unserer Positionierung gescheitert. Weder eine *politische Union* ist von der *BR-Deutschland* durchsetzbar, noch eine *gemeinsame EU-Armee, Sicherheits-, Verteidigungs-, und Außenpolitik* umsetzbar. Die *Währungsunion* wird sich nach dieser Position je nach *Schärfe* der eingetretenen *Großen Weltwirtschaftskrise auflösen*. Wie Kohl und jetzt Merkel bemerken, ist dies zugleich eine *Frage von Friede oder Krieg in Europa*. <sup>40</sup> Denn dem Staatsapparat der Rest-BR-Deutschland bleibt dann nur die Option, mit den

Buendnispolitik der Nationalstaaten als Zuspitzungsform der Konkurrenz des Weltmarkts  
IRAK 2002



alten & neunationalen Rest-Zentralistischen-Apparaten, **ein europäisches Reich** regionaler Gesamtkapitale & disneygang-mafia-landförmiger, unentwickelter, paranationaler Regionen <sup>41</sup> a lá Bosnien-Herzogowina mit Zwangsmitteln zusammenzuhalten: *Teile und Herrsche*.

**NACHSATZ:** Bei *vorstehenden Thesen* handelt es sich um ein empirisch und theoretisch gestütztes

*Hypothesengerüst*. Zuspitzung als Anregung zur Diskussion. Nicht um Prognostik, so wird es kommen und nicht anders. **Keine Determination, sondern Unterstützung zur Erarbeitung proletarischer Handlungsspielräume in Zeiten der Umbrüche.**

25. September 2007

Kosma Poli & Lee Tan

## Zur Ungleichmäßigkeit kapitalistischer Entwicklung

### Zur Charakteristik entwickelter nationaler Gesamtkapitale

Im Eingangspunkt ii. (Teil I) wurden 3 Kriterien zur Bestimmung entwickelter nationaler Gesamtkapitale hergeleitet. Sie seien der Bequemlichkeit der Leser halber hier wiederholt:

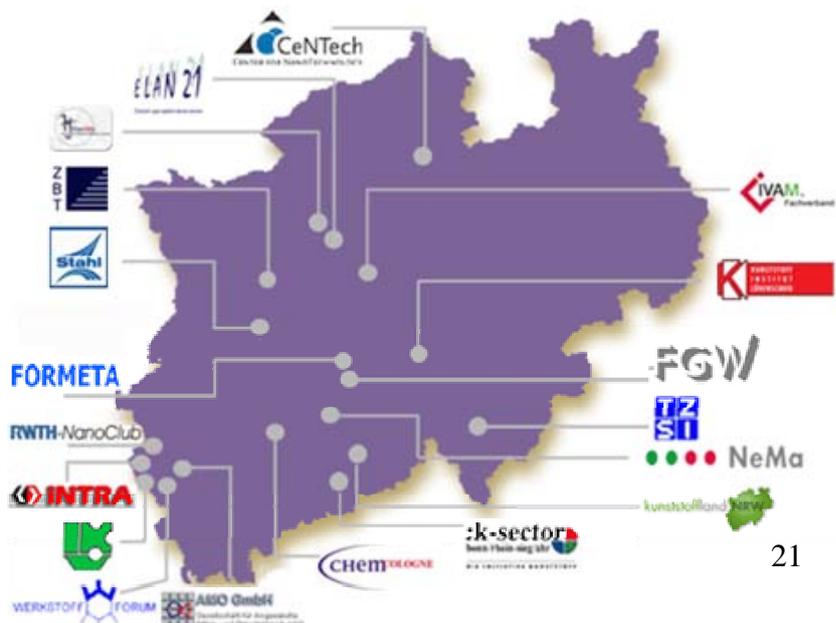
*Entwickelte nationale Gesamtkapitale* besitzen demnach folgende *Charakteristik*:

1. Die *ursprüngliche Akkumulation* ist (weitgehend) abgeschlossen. Der *Arbeiter* ist also überwiegend von seinen Produktionsmitteln getrennt sowie feudalen Abhängigkeiten entkommen und somit *doppelt freier Lohnarbeiter*. UND die *Produktionsmittel und Lebensmittel sind in Kapital verwandelt*. Sie werden also tatsächlich *als produktives Kapital unter privatem Kommando über die Arbeit in Bewegung gesetzt*. Die vorkapitalistischen provinziellen Wirtschaftskreisläufe wandelten sich auf abgeschlossenem (nationalem) Territorium zu einem zusammenhängenden nationalen kapitalistischen Wirtschaftskreislauf.
2. *Hinreichende Entwicklung von gesellschaftlichen Durchschnittsbildungen als Voraussetzungen und Resultat kapitalistischer industrieller Massenproduktion*. Also durchschnittliche Produktionsbedingungen tendieren zu einheitlicher Wertbildung, einheitlicher Mehrwertrate, organischer Zusammensetzung, ausgebildetem Bankenwesen, als Bedingungen des tendenziellen Ausgleichs der Profitrate. Ebenso hinreichend entwickelt sich die zugehörige gesellschaftlich durchschnittlich ausgebildete Arbeitskraft.
3. Es existiert ein dementsprechend *hoch entwickeltes System der gesellschaftlichen Produktivkräfte*: **"Dies erklärt auch, warum alle größeren Länder eine ausgewogene industrielle Basis besitzen und weshalb der Außenhandel zwischen den verschiedenen Ländern einen vorwiegend intraindustriellen Charakter annimmt."** Guenther Sandleben, S. 87 (fett hervorgehoben d. Verf.)

Dass das Kapitalverhältnis sich *geographisch historisch unterschiedlich und zeitversetzt* entwickelt, ist gerade heute unter der metropolitanen Angstparole GLOBALISIERUNG allgegenwärtiges Thema und im unter Punkt ii angeführten Beitrag Untersuchungsgegenstand. Vorstehendes Kriterium 1. der *Ursprünglichen Akkumulation des Kapitals* einer jeden Region des Globus gibt hierüber Auskunft. Die historischen Bedingungen nämlich, unter denen sich das ursprüngliche Handelskapital die verschiedenen Produktionszweige unterwarf, waren an jedem Ort unterschiedlich. Bezüglich der globalen Prozessualität des Kapitalverhältnisses sind die in sich dialektisch einheitlichen Kategorien der (un-)gleichmäßigen sowie (un-)gleichzeitigen Entwicklung als Tendenzen empirisch und logisch evident. Gleichzeitig erscheinen sie somit als unbestimmt, als Phrase deterministischen Sprachgebrauchs. Daher skizzieren wir zunächst die *materielle Basis* dieser Kategorien der *Permanenz* der Revolution der (kapitalistischen) Produktivkräfte der Arbeit.

rechts: NRW-Cluster Neue Materialien – wodurch die Gattung homo sapiens die Eisenzeit und das Große Feuer hinter sich lassen wird

42



**Exemplarisch: logisch gefasste Entfaltung eines (beliebigen gesellschaftlich durchschnittlich organisch zusammengesetzten industriellen) Produktionszweiges**

Ausgangspunkt sind vorstehende 3 Charaktermerkmale *reifer* nationaler Gesamtkapitale. Der historische Weg der ersten Front kapitalistischer Nationalstaaten (Schweiz, Niederlande, England, USA, Frankreich) dorthin erstreckte sich über mehrere Jahrhunderte. Die seit der Renaissance ökonomisch-politisch zerfallene Kolonne Deutschland, Italien, Österreich (einschließlich Tschechien) holte die Kapitalisierung der Hauptzweige der industriellen Produktion in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nach.

In *jedem dieser verschiedenen* Produktionszweige wiederum erweiterte sich die Reproduktion des dort fungierenden produktiven Kapitals – ausgehend von der *ursprünglichen Akkumulation* – nach und nach entsprechend der durchschnittlichen Akkumulation der beteiligten Einzelkapitale. Dem durchschnittlich 10 Jahre langen industriellen Krisenzyklus gemäß wurden *zeitlich sukzessiv* neue Fabriken zur *erweiterten* Produktion gebaut und die Maschinerie der alten vorhandenen Fabriken wurde unter dem Druck der Konkurrenz entweder still gelegt oder stetig erneuert zu mindest auf Höhe der jeweiligen gesellschaftlich durchschnittlichen Produktivkräfte. Der *stoffliche* Verschleiß der Maschinerie erfolgt durchschnittlich in diesem Zeitraum von 10 Jahren. *Wertmäßig* handelt es sich hierbei um das *fixe* Kapital, dessen verschlissener Wertanteil in diesem Zeitraum nach und nach durch die *konkrete* Arbeit auf die neuen Produkte übertragen wird. Die dieser *stofflichen Seite des fixen Kapitals* geschuldete lange Umschlagszeit bedingt die *sukzessive* Errichtung neuer Fabriken. Hierin liegt der **materielle Kern** für die *ungleichmäßige und ungleichzeitige Entwicklung des Kapitalverhältnisses einschließlich der hieraus entspringenden Gegentendenzen zur Aus- und Angleichung hin zur Gleichmäßigkeit der Entwicklung*. Neben der *ungleichzeitigen Anlage des fixen Kapitals* beeinflussen die *geographisch* bedingt unterschiedlichen Kosten für das *zirkulierende konstante wie auch das variable (also die einzukaufende Arbeitskraft) Kapital* den Grad der *ungleichmäßigen* Entwicklung der Kapitalverhältnisse – *beides innerhalb des nationalen Rahmens*.

**Das gesellschaftliche Gesamtkapital als durchschnitts-bildende Vermittlungskategorie**

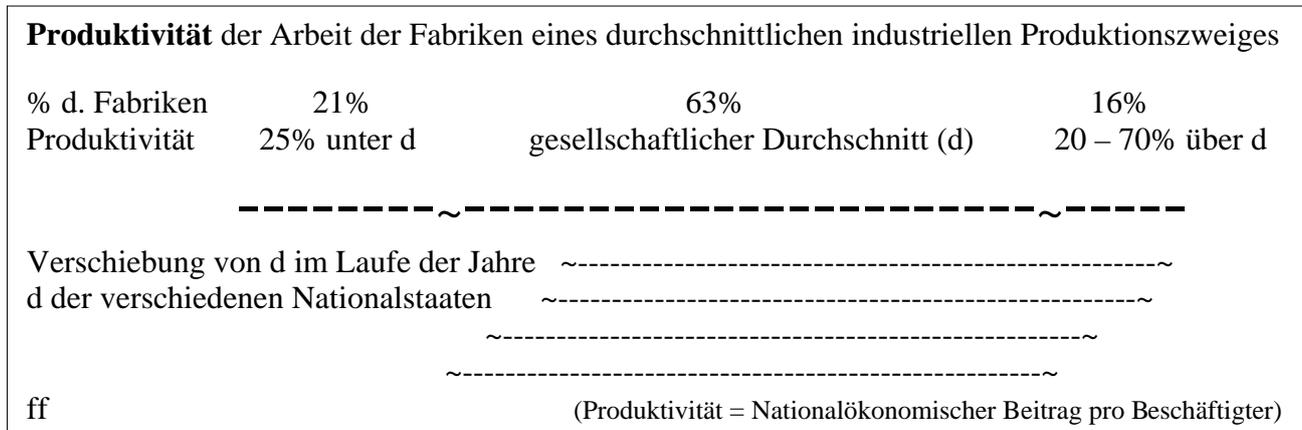
Das industrielle Kapitalverhältnis stellt sich in der *ständigen* Umwälzung seiner *technischen und personellen Zusammensetzung* auf seine eigene Grundlage der *reellen Subsumtion der Arbeit*. Nach und nach bilden sich in diesem hier exemplarisch behandelten Produktionszweig über die Konkurrenz des Marktes vermittelt *tendenziell eine durchschnittliche organische Zusammensetzung* des produktiven Kapitals (jener Einzelkapitale jedenfalls, deren Produkt den Großteil dieser speziellen Warensorte dem Markt zuführt) mit sich *tendenziell ausgleichender durchschnittlicher Profitrate* heraus.

Nun ist der Industriekapitalismus keine Veranstaltung eines isolierten Produktionszweiges. Umgekehrt tendiert er zur Erfassung sämtlicher Produktionszweige. Hierbei *kombiniert* er und *teilt die Arbeit* sowohl in der *Fabrik wie in der Gesellschaft* – also im *lokalen, nationalen wie globalen Rahmen* – stets aus Neue. Also gilt jene eben gerade logisch skizzierte Entwicklung eines *einzelnen* Produktionszweiges für *alle anderen* ebenfalls. Beziehungsweise schärfer gefasst, ist die Entfaltung einer *Mannigfaltigkeit* kapitalistischer Produktionszweige eine der wichtigen *Existenzbedingungen* wie *-bestimmungen* des Kapitalverhältnisses überhaupt. Und wie Marx entwickelt, ist das jeweilige nationale Gesamtkapital jener Rahmen, in dem und mittels dem sich alle jene Durchschnittsbildungen – insbesondere eine *gesellschaftlich durchschnittliche organische Zusammensetzung* des Kapitals aller wichtigen Produktionszweige 43 (oder der Herausbildung eines *gesellschaftlichen Durchschnittskapitals*) – tendenziell durchsetzen, wie sie in obigem Kriterium 2 aufgezählt sind.

Der Reproduktionsprozess des gesellschaftlichen Gesamtkapitals vermag also übergreifend über die (produktionsrelevanten) Einzelkapitale deren *organische Zusammensetzung* – also die dortige *Produktivität* und *Intensität* der Arbeit – im nationalen Rahmen tendenziell auf einen *mittleren* Grad auszugleichen.

### Aktuelle Empirie bezüglich der Produktivität der Arbeit des Fabriksystems

Die heutige empirische Forschung über das Fabrikwesen bestätigt vorstehende Position. Die Zeitschrift *Produktion* 44 lobt jährlich den Wettbewerb *Fabrik des Jahres* aus. Ihre langjährigen Ergebnisse über den Grad der Produktivität der existierenden Fabriken über alle 30 wichtigen (von insgesamt 50) Industriezweige der BRD lassen sich so abbilden:



Die Ergebnisse der bürgerlichen Wissenschaften lassen sich wie folgt interpretieren:

- Die 63% der Fabriken gesellschaftlich durchschnittlicher Produktivität sind zugleich gesellschaftlich durchschnittlich organisch zusammengesetzt. Sie bestreiten mehr als  $\frac{3}{4}$  der auf den Markt geworfenen Masse der entsprechenden Warensorte. Deren Marktpreis oszilliert während der längsten Zeit des industriellen Zyklus um deren Produktionspreis – was auf den dortigen Wert als Preis-Gravitationsachse verweist.
- Ein fünftel aller Fabriken liegt der Produktivität nach homogen 25% unter dem Durchschnitt. Ihr fixes Kapital ist längst abgeschrieben und sie dienen als Produktionsreserve. Nur in der Boomphase kommt ihre Produktionskapazität zum Tragen, da sie in dieser Zyklusphase angespannter Nachfrage den Marktpreis bestimmen – ihr individueller Produktionspreis ihnen also den Durchschnittsprofit beschafft. In der Rezession werden jedes Mal ein Teil dieser Anlagen stillgelegt, eingemottet oder verschrottet, beziehungsweise abgebaut & in Länder niedriger Produktivität verkauft.
- Vorne weg an der kapitalistischen Front der Produktivkräfte werden stetig neue Fabrikationssysteme (heute z.B. fraktale Fabrik) erforscht und Neuanlagen geplant und errichtet. Trotz digitaler Simulation benötigen sie relativ lange Anfahrzeiten bis zur geplanten reibungslosen kontinuierlichen Kapazitätsauslastung. Die verschiedenen Anlaufzeiten erklären die breite Streuung des Produktivitätsvorsprungs der neuen Fabriken gegenüber momentanen, d. ihr Beitrag zum gesamten Wert- und Warenprodukt des Produktionszweiges hält sich in Grenzen. In der Rezessions-Phase bestimmt ihr individueller Produktionspreis den Marktpreis der Ware. Hier setzen die feindlichen Brüder sie als Waffe zur Niederkonkurrierung von Mitbietern alter Produktionsanlagen ein, da sie trotz Preisunterbietung ihren Durchschnittsprofit erlösen.
- Im Laufe der Jahre verschiebt sich die nationale mittlere Produktivität d der Fabriken eines jeden Produktionszweiges auf ein höheres Niveau (s. Zeile d Skizze).
- Von Nation zu Nation unterscheidet sich die nationale mittlere Produktivität (ebenda).

### Vorstehende Skizzierung bestimmt die Anlage des fixen Kapitals

- Zeitlich + räumlich als Sukzession der Durchdringung des jeweiligen nationalen Rahmens durch die verschiedenen Produktionszweige samt geregelterm Ersatz.
- Die verschiedenen nationalen Rahmen werden teilweise synchron, jedoch im historischen Maßstab überwiegend sukzessiv sehr Zeitversetzt durchdrungen.

**Dies bestätigt die Anlageweise des fixen Kapitals als Ursache/materiellen Kern für die Ungleichmäßigkeit und Ungleichzeitigkeit kapitalistischer Entwicklung.**

## Das gesellschaftliche Gesamtkapital – (3. Überarbeitung 08.08.2007)

### und dessen Unterscheidungen zum Weltmarkt

- die Kategorie **Weltmarkt** ist der dialektische Gegenpol der Kategorie **Binnenmarkt** – letzterer ist jeweilige territoriale Produktions- & Zirkulationssphäre eines bestimmten nationalen Gesamtkapitals, ersterer ist in seiner territorialen Ausdehnung unbestimmter Außenmarkt aller nationalen Gesamtkapitale. **Lokalität, Nationalität, Globalität als nichtidentische, gar widersprüchliche Momente der (identischen = einheitlichen) Kategorie Kapital.**
- **Das gesellschaftliche Gesamtkapital wird konstituiert durch und reproduziert sich als Totalität der Verschlungenheit sämtlicher Einzelkapitale** stofflich *und* wertmäßig als *territorial abgegrenzter Wirtschaftskreislauf* und erscheint *verkürzt* als BIP – der **Weltmarkt** setzt sich dagegen zusammen als Integration der **territorial gegliederten nationalen Gesamtkapitale** – stofflich sicherlich eine eigenständige Qualität, ein Ganzes, das sich jedoch nicht als Weltwirtschaft *eigenständig* wertmäßig reproduziert – sondern in ihrer gegenseitigen Bilanzierung mittels Krisenmechanismen ausgleicht.
- **Das gesellschaftliche Gesamtkapital begründet „seinen“ Nationalstaat** materiell und ideologisch und bestimmt nach den Maßgaben der auf seinem Territorium angelegten Kapitalwerte (fixes Kapital – MEW 24, S.168) die vier *Funktionsräume des Staatsapparats* (Infrastruktur, Rechtssphäre, Niederhaltung des Proletariats mit Zuckerbrot-Peitsche, Außenpolitische Absicherung ) – hierbei ist es vollständig gleichgültig, ob nun in- oder ausländische Personen den Besitztitel dieser Anlagevermögen innehaben.
- **Das gesellschaftliche Gesamtkapital kennzeichnet sich durch die Tendenz zur Ausgleicheung der Profitrate** innerhalb und zwischen den Branchen zu einer *allgemeinen Durchschnittsprofitrate* durch ausgleichende Kapitalbewegungen – die Höhe der Profitrate korreliert in erster Linie mit der **durchschnittlichen gesamtgesellschaftlichen Produktivkraft** und keineswegs mit dem Technikstand *einzelner* Fabriken – wogegen diese Tendenz zur Ausgleicheung der Profitrate zwischen den Gesamtkapitalen durch die Hemmung der Kapitalbewegungen auf dem Weltmarkt gebremst ist – woraus der Unterschied der Profitratenhöhe der verschiedenen 'nationalen' Gesamtkapitale folgt und ihre gegenseitige Abstoßung voneinander, die sich in der Weltmarktkonkurrenz zum nationalen politischen Gegensatz heraussetzt.
- **Das gesellschaftliche Gesamtkapital schließt die Kapitalisten erst zu einer nationalen Klasse zusammen** dadurch, dass die Ausgleicheung der Profitrate jedem von ihnen auf dem Binnenmarkt pro eingesetztem Kapitalwert gleich hohen (Durchschnitts-)Profit beschert und sie somit antreibt, das Proletariat auf eigenem betrieblichem wie nationalem als auch globalem Territorium zwecks Erhöhung der Profitrate ökonomisch und politisch – wenn es sein muss militärisch – niederzuhalten mittels ihrer Staatsapparate und komplementärer transnationaler Organisationen.
- **Es erzeugt jene gesellschaftlichen durchschnittlichen Produktionsbedingungen**, unter denen ein einheitlicher nationalterritorialer Wertbildungsprozess als Durchsetzung des Wertes als Gesetz der Produktion und Zirkulation des Kapitals als einem Binnenmarkt überhaupt erst praktisch wahr wird.  
◦ **Das gesellschaftliche Gesamtkapital erzeugt also die durchschnittliche Arbeitskraft**, die gesellschaftlich durchschnittlich notwendige Arbeitszeit(en), durchschnittliche Produktivität sowie Intensität der Arbeit, durchschnittliche Mehrwertraten, durchschnittliche organische Zusammensetzung des Kapitals, durchschnittliche Umlauf-, sowie Umschlagzeiten des Kapitals .....
- **Das gesellschaftliche Gesamtkapital setzt tagein, tagaus die gesellschaftliche Gesamtarbeit als kombiniertem Arbeitstag gesellschaftlich und betrieblich gegliederter Arbeitsteilung des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters in Bewegung**, die ihre absolute Grenze im Umfang und Wachstum der Bevölkerung hat.
- **Das gesellschaftliche Gesamtkapital reguliert seine Reproduktion mittels Krisenmechanismen als Allgemeines Gesetz der Akkumulation**: relative Mehrwertproduktion also steigende organische Zusammensetzung *c/v* und absoluter Größenumfang gehen einher mit **Produktion einer zunehmenden relativen Überbevölkerung (industrielle Reservearmee)** und somit Ankettung der arbeitenden Klasse ans Kapital.

# Zur Konzeption 'konkurrierende nationale Gesamtkapitale' versus Imperialismustheorien

## ANHANG II

- Die **Kontinuität roher deutscher Außenpolitik** – sei es nun in der EU bezüglich deren politischen Integration, im taktierenden Verhältnis zu den USA, in der UNO-Arena bezogen auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat, im überstürzten militärischen Dilettantismus – ist nicht der Bosheit der Deutschen geschuldet, sondern soll im Folgenden **skizzenhaft aus der gesetzmäßig notwendig aggressiven Außenpolitik des hiesigen nationalen Gesamtkapitals abgeleitet werden**.
- Diese **Hypothese** beruht auf den **Bestimmungen eines jeden gesellschaftlichen Gesamtkapitals**, wie sie an anderen Stellen ausgeführt wurden – siehe ANHANG I vorherige Seite.
- Anstatt auf **konkurrierende Einzelkapitale & 'Finanzkapital'** fixierten Imperialismustheorien wird hier eine **Konzeption des Konkurrenzkampfs der nationalen Gesamtkapitale** in Stellung gebracht. Hiernach greift die Kategorie **nationales Gesamtkapital** als allgemeine Bewegungsform des Kapitals über die Kategorie Einzelkapital als deren einzelnes Bewegungselement hinaus. Sie bildet den nationalen Rahmen, in welchem sich der Wert als Gesetz der Produktion und Zirkulation durchsetzt. Das nationale Gesamtkapital ist der Grund und die Bewegungsform für alle gesellschaftlichen Durchschnittsbildungen – insbesondere für seine *wesentliche* Eigenschaft der Tendenz zur Ausgleichung der Profitrate hin zur Bildung des gesellschaftlichen Durchschnittsprofits.
- Die **gesellschaftlichen Gesamtkapitale grenzen sich als eigenständige stoffliche und wertmäßige Reproduktionseinheiten territorial voneinander ab entlang ihrer unterschiedlichen Verwertungshöhen**. Als sich selbst verwertende Kapitalmassen – unterschiedlicher *Profit-* und *Akkumulationsraten* – sind sie in Konkurrenz zueinander gesetzt. **Sie flankieren sich politisch in der Form von Nationalstaaten** – denen nur das Eine gemeinsam ist: ihre Interessen bezüglich ihres Außenverhältnisses zu den anderen Nationalstaaten stehen im ökonomischen Gegensatz zu einander.
- **Weil auf diese Weise der äußere Handel selbst zum Politikfeld gerät, erscheinen die Nationalstaaten selbst als integrierte Teile des Weltmarkts** – und nicht ihre nationalen Gesamtkapitale, deren Gesamtheit jedoch tatsächlich dessen Mitbewerber sind.
- Die **Fähigkeit zur Konkurrenz** der nationalen Gesamtkapitale am Weltmarkt ist naturwüchsiger Ausdruck ihrer **unterschiedlichen Produktivität**. Diese korreliert sehr stark mit ihrem jeweiligen *bloßen quantitativen Größenumfang*. Vergleichender Maßstab ist die Abstufung ihrer BIP's nach ihrem *bloßen quantitativen Größenumfang*. Das BIP als die zwischen den Klassen Bourgeoisie und Proletariat, sowie Staat zu verteilende Jahres 'frucht' des nationalen Gesamtkapitals (in Wirklichkeit: der nationalen Gesamtarbeit) ist Gradmesser von dessen Profitabilität.
- Also sind die **nationalen Gesamtkapitale als Rahmen und Grund der Bildung des gesellschaftlichen Durchschnittsprofits bestimmend für die Wettbewerbsfähigkeit ihrer industriellen Einzelkapitale am Weltmarkt**. Umgekehrt verweist deren Durchsetzungsfähigkeit am Weltmarkt auf die kapitalistische *Qualität* des nationalen Standorts zurück.
- **Die großen industriellen Einzelkapitale der reifen nationalen Gesamtkapitale** (wir sehen hierbei zunächst von Rohstoffindustrien als an das Bodenmonopol gebundenen Kapitalmassen ab) exportieren in der Regel Kapital in Form von Ware und buchen den Geld(kapital)rückfluss 'zu Hause' in eigener Währung. Der jederzeit drohende Protektionismus sämtlicher großer Binnenmärkte zwingt sie im nächsten Schritt der (Über-)Akkumulation und der Skaleneffekte wegen, in den anderen großen Binnenmärkten eigene Fabriken zu bauen. Diese nun ergänzen/bauen-aus/stabilisieren die entsprechenden Produktionszweige der dortigen nationalen Gesamtkapitale – tragen also zur gleichmäßigen Entwicklungstendenz bei. Dadurch verschärft sich die Konkurrenz tendenziell auch zu dem 'Heimat'-Standort des Ausgangskapitals. Und die dort erzielten Profite können sie keineswegs nach Belieben nach 'Hause' transferieren. Vielmehr sind sie bei Strafe des Untergangs gezwungen, diese zu reinvestieren und darüber hinaus weitere Maschinerie auf Kreditbasis etc zu ordern.
- **Und was macht nun gerade das nationale Gesamtkapital Deutschlands so aggressiv? Wo doch alle ihrer Größenordnung und Profitabilität nach in ihrer Akkumulation eingengt sind durch die zu kleinen Binnenmärkte? ANTWORT: AUSSCHLIESSLICH seine GRÖSSENORDNUNG** zwingt es zum ANGRIFF auf den WELTMARKTHEGEMON – ebenso wie Japan, bald China, Indien, Brasilien, Russland – wenn diese nicht aus sozial-ökonomischen Gründen explodieren. **UND: die anderen Weltmarktplayer sind schlicht und ergreifend ZU KLEIN.**

## ENDNOTEN

1 Jede Region der Welt stellt sich inzwischen im Internet möglichst attraktiv für Monsieur le Capital dar. So auch diese Website des Köln-Bonner Raums. Das Dümmlische dieses Auftritts ist typisch für die Masse scheinbar unschuldiger Formen der Konkurrenz der Standorte.

[www.cologne-bonn-business.de/uploads/pics/europakarte.gif](http://www.cologne-bonn-business.de/uploads/pics/europakarte.gif)

**EXEMPLARISCH** erwähnen wir die Einleitung aus dem *München-pdf* der aktuellen Untersuchung im Auftrag von *INSM* und *WirtschaftsWoche*. Dadurch werden die 50 deutschen Großstädte in schärfste Konkurrenzstellung gegeneinander gesetzt. Wie aus diesem scheinbar unschuldigen SETZEN tendenziell vorsätzliches HETZEN werden kann, wird in Teil II thematisiert: „**Städteranking 2007**: Das Stärken-Schwächen-Profil München

Gesamtsieger bietet die meisten Jobs und höchste Kaufkraft

München belegt mit 129,6 Punkten Platz 1 von insgesamt 50 untersuchten Großstädten im vierten wissenschaftlichen Städteranking der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) in Kooperation mit der *WirtschaftsWoche*. Die INSM-Studie berücksichtigt zahlreiche ökonomische und strukturelle Indikatoren wie Arbeitseinkommen, Bruttoinlandsprodukt und Investitionsquote. Die Gesamtbewertung für jede Stadt setzt sich aus den aktuellen Daten (Niveau-Ranking) sowie den Veränderungen im Zeitraum 2001-2006 (Dynamikranking) zusammen. Beim Niveau-Ranking kam München mit 77,8 Punkten auf Platz 1 und beim Dynamikranking mit 51,8 Punkten auf Platz 20. Wo München punktet - und wo nicht, zeigt folgende Übersicht:“

## 2 Die vorliegende empirisch theoretische Untersuchung der nationalen Gesamtkapitale in Europa baut auf die Ausführungen auf in:

### ii. Beitrag zur Diskussion

**über die tendenzielle Entwicklung der nationalen Gesamtkapitale** 11/2006

<http://www.mxks.de/files/ag/global06n.html>

Existiert heute tatsächlich ein globales lückenloses Netz reproduktionsfähiger gesellschaftlicher Gesamtkapitale?

1. Die Empirie verweist keineswegs auf ein geschlossenes Netz reproduktionsfähiger gesellschaftlicher Gesamtkapitale
2. Erste Selbstverständigung aus vorstehender empirischer Arbeitshypothese qualitativ gravierend unterschiedlicher nationaler Gesamtkapitale als Entwicklungstendenz
3. Folgerungen - Aufgaben – Fragestellungen
4. Illustrationen

### i. Die Bestimmungen des nationalen Gesamtkapitals

siehe **Anhang I** wurde entnommen aus

**Über den 3. Anlauf Deutschlands zur Weltmacht** - Flugschrift zum 1. Mai 2006

<http://www.mxks.de/files/ag/UeberDen3Anlauf.mai06.pdf>

- I. Skizze zur Stellung des nationalen Gesamtkapitals der BR-Deutschland auf dem Weltmarkt und der damit verbundenen nationalen Politik
- II. Zum Desaster der deutschen UN-Politik 2004 – 2005  
Newsletter von: [www.german-foreign-policy.com](http://www.german-foreign-policy.com)
- III. Zusammenstellung von ausgesuchten Frontstellungen des ökonomischen, politischen ... Kampfes des nationalen Gesamtkapitals der BRD um die Führung in Europa und darüber hinaus 1. Q 2006  
Newsletter von: [www.german-foreign-policy.com](http://www.german-foreign-policy.com)

iii **Zur Konzeption 'konkurrierende nationale Gesamtkapitale' vs Imperialismustheorien** – siehe **Anhang II** – wurde entnommen aus:

**Ein Schritt näher am Abgrund von DeutschEUROland**

8/2007

<http://www.mxks.de/files/ag/UeberDen3Anlauf.mai06.pdf>

3 Die Statistiken der Nationalökonomien der verschiedenen Nationalstaaten werden höchst unterschiedlich geführt, ausgewertet und veröffentlicht. Sie verschleiern das Kapitalverhältnis und die Klassenverhältnisse in fetischistischer Verkehrung als den drei Produktionsfaktoren – Kapital, Arbeit, Boden – zugeordnete Einkommensverhältnisse. Ihre Aussagekraft ist also beschränkt und sie sind transnational nur begrenzt vergleichbar. Den Datensalat der bürgerlichen Korinthenzähler für die kategoriale Bearbeitung der Marxschen Analyse aufzubereiten, würde heutigen kritischen Wirtschaftswissenschaftlern gut zu Gesicht stehen. Obgleich wir uns also der 'wissenschaftlichen' Problemlage bewusst sind, benutzen wir diese Salatschüsseln scheinbar unbekümmert, da es uns bei unseren Hypothesenbildungen um *vergleichende Entwicklungstendenzen* langer Zeiträume zu mindestens eines 30 Jahre umfassenden *Kondratieff-Zyklus* geht – und nicht um Korinthenkackerei.

4 Folgen wir z.B. der Online Ankündigung des *Papyrossa-Verlages* des neuen Buch von Georg Fülberth, **Finis Germaniae - Deutsche Geschichte seit 1945** „Der vielfachen Nachfrage nach »Berlin – Bonn – Berlin« mochten Verlag und Autor nicht durch eine einfache Neuauflage nachkommen. Geboten wird weiterhin ein verlässlicher und kritischer Überblick über die Geschichte der vier Besatzungszonen 1945-1949, der beiden deutschen Staaten 1949-1990 und der vergrößerten Bundesrepublik seit 1990. Es hat sich aber als sinnvoll erwiesen, die Vorstellung über diese Zeit neu zu konzipieren. Und so ist ein Beleg für folgende These entstanden: Der deutsche Nationalstaat ist – dem staatlichen Selbstverständnis der BRD zum Trotz – zwar 1945 untergegangen, aber 1990 nicht neu entstanden. Vielmehr muss jetzt von »Finis Germaniae« gesprochen werden. Die deutsche Geschichte hat aufgehört, Nationalgeschichte zu sein. Heute lebt sie nur noch fort als Regionalgeschichte des Kapitalismus. Und was war sie von 1945-1990? Auch nicht viel mehr, sondern lediglich ergänzt durch eine Regionalgeschichte des Sozialismus, der aber auch nur ein Einschluss im Kapitalismus gewesen ist.“

Dann:

1. Sticht das unbedingte *Primat der Politik* ins Auge als *voluntaristischem Exzess*. Als sei die *'Europäische Integration'* (in XVI) soweit erfolgreich vorangetrieben, dass im Ernst von: *'Finis Germaniae: Von der National- zur Regionalgeschichte'* (in XIX) gesprochen werden könnte. Althussers *relative Autonomie des Überbaus* hat den MLismus erst zu sich selbst gebracht.
2. Tritt hierbei das typische ML-Missverständnis des Verhältnisses von *sozial-ökonomischem Inhalt* (Reproduktion als gesellschaftliches Gesamtkapital) und *politischer Form* des bürgerlichen Nationalstaates zu Tage. NUR wenn dieses keine Einheit ist, kann das Verhältnis einseitig zerlegt werden und das *Kapital kann existieren, ohne einen Nationalstaat* als seine *notwendige politische Form*.

Offensichtlich träumen die Herren Professoren kautskysch die *globale Regulation der Interessengegensätze der großen Nationalstaaten* und nicht die *Zuspitzung deren Konkurrenz bis zum Krieg*. So bedauert Flassbeck 2001 in nachstehender Festschrift-Beitrag ganz naiv die fehlende KONSISTENZ der Politiken, wo doch die nationalen Politiken so wieso nicht mehr unabhängig seien: **Das Ende von Bretton Woods, oder: Gibt es nationale Politik in einer internationalisierten Welt?** Von Heiner Flassbeck (Beitrag zu einer Festschrift für Karl Holtfrerich) DasEnde.pdf auf <http://www.flassbeck.de/Deutsch/HomeDeutsch.html>

5 Flassbeck et al suggerieren im nachstehend verlinkten Artikel z.B., dass die Lohnquote per politischer Deklaration in allen EU-Ländern proportional zum Produktivitätsanstieg steigen könnte. *Als sei dies ein Feld staatlicher Regulation und nicht Resultat fortlaufender Kräfteverhältnisse Bourgeoisie – Proletariat auf dem Felde der nationalen Klassenkämpfe.* <http://www.flassbeck.de/pdf/2005/8.11.2005/Die%20deutschen%20Lohnst%FCckkosten.pdf>

Vollständig daneben liegen sie, wenn sie dann auch noch wegen der 'falschen' Lohnpolitik die *Währungsunion* gefährdet sehen. *Erstens* ist die *keynesianische Nachfragekonzeption* schon *reiner voluntaristischer Subjektivismus* innerhalb des nationalen Rahmens. Zweitens steigert sich dies im EU-Rahmen zur Ignoranz gegenüber der Abgeschlossenheit der nationalen Gesamtkapitale und deren nationalen Politiken – mit der Währungsunion als politischer Seifenblase per Exellénce. Da haben die Angebotsanbieter ja noch mehr begriffen: die *Bolkestein-Richtlinie zum Entsende-Gesetz im Dienstleistungssektor* ist immerhin ein geeigneter Hebel, auf niedrigstem Lohnniveau die Lohnsklaven europaweit in scharfe direkte Konkurrenz zu setzen – als grundlegendste Bedingung der *Konvergenz der Nationalökonomien* tendenzieller Angleichung der Profitraten und der organischen Zusammensetzung. Solche Lohnsenkungen wiederum wollen Gutmenschen verhindern und den deutschen Michel per politisches Dekret aufs erkämpfte höhere Lohnniveau der EU-Nachbarn heben.

6 HANDELSBLATT, Montag, 20. August 2007, 13:31 Uhr – Exporte zweites Quartal

### **Deutschland weiter Spitze, USA geschlagen**

**Deutschland hat auch im zweiten Quartal 2007 seinen Titel als Exportweltmeister verteidigt. Doch setzt China seine Aufholjagd fort. Die bisherige Nummer zwei wurde nach Angaben der Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfai) schon verdrängt.**

KÖLN. Die Erwartungen vieler Außenhandelsexperten sind jetzt eingetreten: China hat die USA im zweiten Quartal 2007 als Exporteur überholt, berichtete die Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfai) .

Deutschland konnte dagegen seinen Exportweltmeister-Titel erneut verteidigen. Insgesamt steigerte die Bundesrepublik seine Exporte zwischen April und Juni um 19,1 Prozent auf 323 Milliarden US-Dollar (239 Milliarden Euro). China erhöhte seine Ausfuhren allerdings noch stärker um 27,5 Prozent auf 295 Milliarden Dollar. Deutlich schwächer fiel das Wachstum der US-Exporte aus, die sich um 10,6 Prozent auf 289 Milliarden Dollar erhöhten.

Dank der Exporterfolge stieg der chinesische Außenhandelsüberschuss im ersten Halbjahr um 84 Prozent auf 113 Milliarden Euro. Besonders groß waren die chinesischen Exporterfolge in der Eisen- und Stahlbranche, wo das Land seine Ausfuhren mehr als verdoppelte und Deutschland überrundete. Auch in den Sektoren Chemie, Maschinen- und Elektrotechnik legte das Reich der Mitte hohe Wachstumsraten vor. Etwas schwächer war die Entwicklung bei elektronischen Erzeugnissen sowie Textilien und Bekleidung.

Durchwachsener war das Bild in den USA. Während sich Chemie, Eisen und Stahl, Autos sowie Maschinenbau erfreulich entwickelten, stagnierten die Ausfuhren von Elektrotechnik und elektronischen Erzeugnissen.

Mittlerweile hat die Europäische Union die USA als wichtigste Abnehmerregion chinesischer Erzeugnisse abgelöst. Insgesamt erhöhten sich die chinesischen Lieferungen in die EU im ersten Halbjahr im Vergleich zur Vorjahresperiode um 30 Prozent auf 108 Milliarden Dollar, während die Exporte in die USA nur um 18 Prozent auf 107 Milliarden Dollar stiegen.

### **7 Über die faktische Uneinholbarkeit der Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit weit entwickelter nationaler Gesamtkapitale ein kleines Beispiel:**

HANDELSBLATT, Dienstag, 11. September 2007, 21:06 Uhr – Produktionsverlagerung

#### **Werkbank und Milliardenmarkt** Von Philip Jürgens

**Der Trend zur Produktionsverlagerung im Werkzeugmaschinenbau ist ungebrochen: Während die Ingenieursarbeit in Deutschland bleibt, wandern immer größere Anteile der Produktion ins Ausland. Wichtigster Grund: Die immer noch viel niedrigeren Löhne im Osten – und die teuren Arbeitsplätze in der Heimat.**

KÖLN. Im Jahr 2001 hat Weiler das tschechische Werk im Zuge der ersten tschechischen Privatisierungswelle übernommen. „Um die Kostensituation für unsere Produkte zu optimieren, ist es notwendig, arbeitsintensivere Fertigungsschritte in Billiglohnländer zu

verlagern“, sagt Geschäftsführer Friedrich Eisler. Nur so sei es möglich, den Standort Deutschland zu sichern und auszubauen.

„Die hohen deutschen Arbeitskosten sind im Maschinen- und Anlagenbau nach wie vor das größte Problem“, sagt Norbert Berthold vom Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre an der Universität Würzburg.

Auch die Körber Schleifring GmbH, ein Tochter des familiengeführten Mischkonzerns Körber, unterhält eine Produktionsstätte in der Nähe von Brünn. „Tschechien ist für uns ein Low-Cost-Standort“, sagt Ralf Kammermeier, Geschäftsführer für Vertrieb. Die niedrigen Produktionskosten seien das Hauptargument dafür, in Tschechien zu produzieren. Dagegen sei die kürzere Distanz zu Kunden in Osteuropa unerheblich. „Von der Schweiz aus ist man schließlich genauso schnell in Ungarn wie von Tschechien aus“, sagt Kammermeier.

Während deutsche Unternehmen Osteuropa zunehmend als verlängerte Werkbank nutzen, folgt der Gang nach Indien oder China einem anderen Kalkül: Der Erschließung neuer Märkte. So produziert Schleifring nicht nur in Osteuropa, sondern auch im chinesischen Taicong, zwei Kilometer hinter der Provinzgrenze zu Shanghai. „Wir müssen einfach dort vertreten sein, wenn wir diesem Markt gerecht werden wollen“, sagt Kammermeier. So seien Chinesen mittlerweile zu den größten Nachfragern für Schleifmaschinen aufgestiegen. „Mit dem reinen Export ist es da nicht mehr getan.“

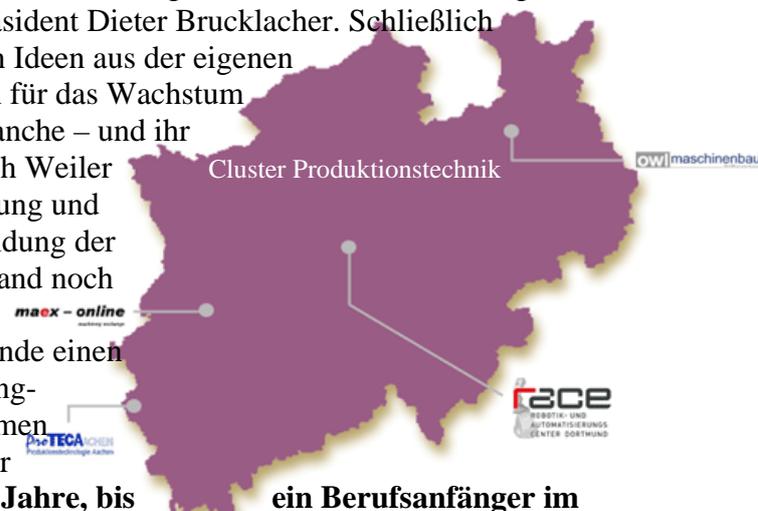
Vielmehr braucht es vor Ort Strukturen, die auf die Ansprüche in Fernost zugeschnitten sind. „Die Qualitätsansprüche an die Produkte ist bei chinesischen Kunden ebenso hoch wie in Deutschland“, sagt Kammermeier. Allerdings seien eher einfache Maschinen in größeren Stückzahlen gefragt. Zudem spiele Flexibilität eine weniger entscheidende Rolle als hierzulande.

Außer der Produktionsstätte unterhält das Hamburger Unternehmen in China mittlerweile vier zusätzliche Vertriebsstandorte mit 50 Mitarbeitern. Neben einfachen Universalschleifmaschinen liefert man dort auch vollautomatische Schleifanlagen für komplexe Bearbeitungen aus. Zu den Kunden zählen kleine Unternehmen genauso wie Großkonzerne aus der Autoindustrie.

So stark sich Unternehmen in Osteuropa oder China engagieren, so ungebrochen ist umgekehrt das Bekenntnis zum Standort Deutschland. Eine aktuelle Studie des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) hat ergeben, dass über drei Viertel der deutschen Maschinenbauunternehmen ihre Betriebe im Inland weiter ausbauen wollen. Die Perspektive der Branche wird von 72 Prozent der Befragten positiv bewertet.

„Die Unternehmen der Branche schätzen vor allem das enge Netzwerk von Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen“, sagt VDMA-Präsident Dieter Brucklacher. Schließlich sehen Maschinen- und Anlagenbauer vor allem in Ideen aus der eigenen Belegschaft Wachstumsmotoren. Als Triebfedern für das Wachstum insgesamt gelten die Innovationsfähigkeit der Branche – und ihr Engagement in Forschung und Entwicklung. Auch Weiler hält die Kernkompetenz für Forschung, Entwicklung und Service in Deutschland. Zum einen sei die Ausbildung der Facharbeiter exzellent, zum anderen sei Deutschland noch immer ein wichtiger Absatzmarkt, sagt Eisler.

„Was das Wissen betrifft, haben wir hierzulande einen enormen Vorsprung“, sagt auch Körber-Schleifring-Geschäftsführer Kammermeier, dessen Unternehmen noch immer hauptsächlich in Deutschland und der Schweiz produziert. **„Es dauert in der Regel 15 Jahre, bis ein Berufsanfänger im Bereich Schleiftechnologie fit ist“**, sagt Kammermeier. In Verbindung mit der hervorragenden Infrastruktur sei dies ein großer Vorteil des Standortes Deutschland, den selbst die Chinesen so schnell nicht aufholen dürften.



8 „In jedem Lande gilt eine gewisse mittlere Intensität der Arbeit, unter welcher die Arbeit bei Produktion einer Ware mehr als die gesellschaftlich notwendige Zeit verbraucht und daher nicht als Arbeit von normaler Qualität zählt. Nur ein über den nationalen Rahmen sich erhebender Intensitätsgrad ändert in einem gegebenen Lande das Maß des Werts durch die bloße Dauer der Arbeitszeit.“

„Anders auf dem Weltmarkt, dessen integrierende Teile die einzelnen Länder sind. Die mittlere Intensität der Arbeit wechselt von Land zu Land, sie ist hier größer, dort kleiner. Diese nationalen Durchschnitte bilden also eine Stufenleiter, deren Maßeinheit die Durchschnittseinheit der universellen Arbeit ist. Verglichen mit der weniger intensiven, produziert also die intensivere Arbeit in gleicher Zeit mehr Wert, der sich in mehr Geld ausdrückt.“ (Marx MEW 23, S. 584 f)

„Noch mehr aber wird das Wertgesetz in seiner internationalen Anwendung dadurch modifiziert, daß auf dem Weltmarkt die produktivere nationale Arbeit ebenfalls als intensivere zählt, sooft die produktivere Nation nicht durch die Konkurrenz gezwungen wird, den Verkaufspreis ihrer Ware auf ihren Wert zu senken.“ (Marx MEW 23, S. 584)

#### **Exkurs über Produktivität und Intensivität der gesellschaftlichen Arbeit**

**Produktivität der Arbeit** ist ein Attribut des konkreten Moments der Arbeit und somit des Arbeitsprozesses des Kapitals. Produktivität kennzeichnet die gesellschaftliche Kraft, mit der die Ak während der Arbeitszeit durch Verausgabung von Muskel und Hirn in spezifisch konkreten Tätigkeitsformen (Waren) zu produzieren vermag. Demgemäß bestimmt die Produktivität der Arbeit die Masse des Arbeitsprodukts und findet ihren (national unterschiedlichen spezifisch historisch wechselnden) gesellschaftlichen Durchschnitt in der unter gesellschaftlichen durchschnittlichen Produktionsbedingungen und mit durchschnittlichen Arbeitskräften erzeugten Warenmasse (in ihrer Bestimmung als Gebrauchswerte). Erhöhung der Produktivität der Arbeit bedeutet Steigerung der Gebrauchswertmassen im selben Arbeitszeitraum bei gleicher Wertmasse - also Senkung des Werts der einzelnen Ware.

**Intensivität der Arbeit** ist ein Attribut des abstrakten Moments der Arbeit und somit des Verwertungsprozesses des Kapitals. Intensität kennzeichnet die Dichte, mit der die Poren der Arbeitszeit mit Verausgabung von Muskel und Hirn im physiologischen Sinne geschlossen sind. Demgemäß bestimmt die Intensität der Arbeit die Höhe des Wertprodukts und findet ihren (national unterschiedlichen spezifisch historisch wechselnden) gesellschaftlichen Durchschnitt in der unter gesellschaftlichen durchschnittlichen Produktionsbedingungen und mit durchschnittlichen Arbeitskräften erzeugten Wertmasse. Erhöhung der Intensität der Arbeit bedeutet Steigerung der Wertmasse im selben Arbeitszeitraum bei gleichzeitiger Steigerung der Gebrauchswertmassen - also gleichbleibendem Wert der einzelnen Ware.

9 Zur phänomenologischen Phrase heutiger *Finanzmarkt Getriebener Globalisierung* sei an dieser Stelle nur angemerkt, dass 'Finanz'märkte etwas zu Finanzierendes brauchen, was sich mittels Kredit 'Geschäftserweiterung + Profit' erhofft. Der Finanzsektor hinkt immer dem produktiven Kapital hinterher – außer in der vorwegnehmenden spekulativen Sphäre des Wertpapierhandels, auch wenn die Nationalökonomien kein Fünkchen Begriff davon haben.

**URSACHE & WIRKUNG** gehen in den zirkulations- & verteilungs- & profitfixierten Köpfchen dieser Fetischdienerschar des GELDES stets durcheinander.

So in der jetzt nur phänomenologisch richtig phraseologisierten '*Hypothekenbankenkrise*' der anrückenden *Großen Weltwirtschaftskrise* (voraussichtlich Größten aller Zeiten):

**SEIT DEM ERSTEN** Quartal 2006 gingen die Neuansträge für Baugenehmigungen in den USA sukzessive pro Quartal um durchschnittlich 15% zurück. Vergleichbar gingen die Wohnbaubeginne zurück. Dies war das Anzeichen der Marktsättigung mit Wohnungs-Neubauten. Ab dem zweiten Quartal 2006 gingen die Hausverkäufe sukzessiv im

zweistelligen % Bereich runter.

In dieser Phase reduzierte sich zunächst der Jahrzehnt währende Preisanstieg für Eigenheime, schlug um in Reduktion der Verkehrswerte von Immobilien um 10% in 2006.

**NUN** nach dem Einbruch der Baubranche als zu diesem Zeitpunkt wichtiger 'Konjunkturlokomotive' der USA geht der industrielle Krisenzyklus in den USA seit dem 2. Quartal 2007 langsam Richtung Rezession (abgefedert durch die Mittels Staatsschuld & dank Irak- & Afghanistankrieg boomende 'Menschenabschlachtungsindustrie'). (Jetzt September 2007 fiel der Index für Wohnbaubeginne auf ein zwölf Jahres Tief)

Erst jetzt kam das betriebene Roulettespiel des Finanzsektors ans Tageslicht der verblödet gehaltenen Öffentlichkeit wegen der bedrohlichen Zunahme der Insolvenzen der Hypothekenaufnehmer und sukzessive illiquiden und bankrottierenden Hypothekenbanken. Weder war der Schlamassel unvorhersehbar, noch kam er überraschend. Vielmehr gab es Warner und Warnungen seit Jahren zu Hauf hierzu. Diese wurden von den Zockern stets als Cassandra belächelt oder als Spielverderber gebrandmarkt.

Dass das gesamte Weltkreditsystem davon bedroht ist, hängt damit zusammen, dass heutzutage sämtliche kommerzielle Kreditgeber ihre Risiken minimieren, indem sie ihre Gläubigerpapierchen bündeln und dann gestückelt an ihre Konkurrenten weiterreichen. NUR dadurch konnte sich der Weltkreditmarkt solange so riesenhaft ausdehnen, um jetzt bis 2008 zu kollabieren. (Und die künstliche Aufrechterhaltung der Liquidität durch die Zentralbanken kann nur die Währungsreform des \$ und das Zerschlagen der Kunstwährung € beschleunigen).

**NUR** löst diese sogenannte Hypothekenkrise NICHT die Rezession der sogenannten Realwirtschaft aus, wie uns die Auguren der Volkswirtschaft weismachen wollen.

**TATSÄCHLICH** lässt sich zeigen, dass die zyklische industrielle Krise in den USA schon seit Frühjahr 2007 in die rezessive Phase überging und in DeutschEUROland seine Boomphase durchschritten hat, während Japan in seiner stagnativen 18 jährigen Dümpelphase verharrt – wobei sich beide mit ein paar Jährchen über 2% Wachstum glücklich schätzen. Auf nie gekannte Weise treten diesmal in den USA industrieller und immobilärer Krisenzyklus synchron in die Rezessionsphase bei gleichzeitiger Überschuldung aller privaten und öffentlichen Haushalte, vollständigem Ungleichgewicht in der Handelsbilanz etc pp.

**DER TANZ AUF DEM VULKAN WIRD SCHRECKLICH UND ZU HOFFEN BLEIBT, DASS DAS WELTPROLETARIAT ANGEMESSEN HANDELN WIRD.**

Siehe z. B. auf [www.leap2020.eu](http://www.leap2020.eu)

**GEAB N°16 – Zusammenfassung** - Sommerausgabe 2007 - 25 Seiten! -

**Umfassende weltweite Krise / Sommer 2007: Die US-Zentralbank verliert die Kontrolle über die US-Zinsen und die Krise schlägt nun auch auf China und die EU durch**

Die Entwicklung der umfassenden weltweiten Krise in den nächsten Monaten wird vor allen Dingen vom zweifachen Scheitern der US-Zentralbank und der Bush-Regierung, in den nächsten Monaten geprägt sein. Denn in das durch die Schwäche Washingtons entstandene Machtvakuum werden nolens volens die EU und China gesogen werden. Gleichzeitig beginnt für die USA eine Phase der "Rezessflation" ... (Seite 2)

**10 Ein paar Beispiele gegenwärtiger strategischer 'Partnersuche' als Ziele ausländischer Investitionsschwerpunkte** (S. 31 - 37)

Newsletter vom 27.08.2007 - **Alle Optionen**

BEIJING/TOKIO/BERLIN (Eigener Bericht) - Mit dem heutigen Start eines dreijährigen Programms für engere Beziehungen zur Volksrepublik China und bei den folgenden Vereinbarungen mit Japan sichert Berlin differente Optionen seiner Asien-Politik. Während der China-Besuch von Kanzlerin Merkel vor allem deutschen Exportinteressen dient, geht es in Japan um geostrategische Fragen. Tokio betrachtet die Volksrepublik als seinen Erzrivalen, der japanischen Expansionsinteressen schadet, und bietet sich deswegen als regionale

Vormacht gegen China an. Die Anbindung Japans an die NATO stand bereits beim letzten bilateralen Treffen zwischen Angela Merkel und dem japanischen Ministerpräsidenten Shinzo Abe auf dem Programm - zwecks militärischer Einkreisung des chinesischen Konkurrenten, urteilten Beobachter. Nach diesen Einschätzungen hält sich Berlin die Möglichkeit antichinesischer Gewaltmaßnahmen an der Seite Washingtons offen, sollte sich die erstarkende Volksrepublik weder ökonomisch noch militärisch einbinden lassen.

Mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56976>

Newsletter vom 03.09.2007 - **Treibende Kraft**

BERLIN/SINGAPUR (Eigener Bericht) - Auf einer viertägigen Konferenz in Gegenwart sämtlicher Leiter der deutschen Auslandsvertretungen will das Auswärtige Amt seine Asien-Politik stärker strukturieren. Die heute beginnende Zusammenkunft wird in Gegenwart des Generalsekretärs der ASEAN-Gruppe eröffnet. Dem ASEAN-Wirtschaftsbündnis gehören zehn Länder Südoasiens an - zumeist Konkurrenten oder politische Gegner der Volksrepublik China. Das Berliner Botschaftertreffen umfasst auch einen Vortrag des deutschen Gesandten in Singapur. Der Stadtstaat Singapur, treibende Kraft der ASEAN-Gruppe, ist der bedeutendste Wirtschaftsstützpunkt der Bundesrepublik in der Region, seine offensiv hochgerüstete Armee wird seit Jahrzehnten mit deutschen Waffen ausgestattet. Wie der Berliner Verteidigungsminister urteilt, sind Deutschland und Singapur "natürliche Partner" in der Militärpolitik. Die Regierung des südostasiatischen Landes bemüht sich intensiv um ein enges Bündnis mit der EU - gegen Beijing.

Mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56987>

Newsletter vom 10.07.2007 - **Juniorpartner**

BRÜSSEL/BRASILIA/BERLIN (Eigener Bericht) - Die Europäische Union ruft ein strategisches Bündnis mit Deutschlands wichtigstem Kooperationspartner in Lateinamerika aus. Das Abkommen mit Brasilien stärkt die regionalen Führungsansprüche des südamerikanischen Landes und richtet sich gegen das Staatenbündnis ALBA, das unter venezolanischem Einfluss die Vormacht von EU und USA in Frage stellt. Im Gegensatz zur Regierung des venezolanischen Präsidenten Chávez wird der brasilianische Staatschef Luiz Inácio "Lula" da Silva in Berlin und Washington als verlässlicher Partner eingestuft. Stellvertreterkonflikte zeichnen sich auf Haiti ab. Nach jüngsten Annäherungen zwischen Chávez und seinem haitianischen Amtskollegen René Preval droht das Land in die Auseinandersetzung zwischen Brasilien und dem ALBA-Bündnis hineingezogen zu werden. Seit 2004 sind UN-Truppen in Haiti stationiert, das Kommando liegt auf Drängen von EU und USA bei Brasilien. Der UN-Einsatz gilt als Test für die Fähigkeit der Regierung in Brasilia, in den Ländern Lateinamerikas als Juniorpartner der großen westlichen Industriestaaten aufzutreten. Mit ihrer "strategischen Partnerschaft" suchen Berlin und Brüssel dieses Verhältnis zu festigen. Mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56933>

Newsletter vom 19.04.2007 - **Geostrategische Partnerschaft**

CIUDAD DE MEXICO/SANTO DOMINGO(Eigener Bericht) – Neoliberale Belehrungen des deutschen Außenministers Steinmeier begleiten den Abschluss von Freihandels- und Assoziierungsabkommen mit mehreren lateinamerikanischen Staatenbündnissen. Frank-Walter Steinmeier hält sich am heutigen Donnerstag in der Dominikanischen Republik auf und hatte zuvor Mexiko und Panama besucht. Wer den deutschen Freihandelsofferten mit Reserven begegne, sei für regionale Erfordernisse "nicht genügend entwickelt", sagte Steinmeier. Ziel der Lateinamerika-Reise ist die Festigung deutscher Wirtschaftspositionen im Konkurrenzkampf mit den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China. In Mexiko rief Steinmeier eine "geostrategische Partnerschaft" aus, die sich unmittelbar gegen die USA richtet, in Panama stand die deutsche Beteiligung am Ausbau des dortigen Kanals, einer der für die USA wichtigsten Wasserstraßen, auf dem Programm. Die Reise des deutschen Ministers wird durch umfangreiche Aktivitäten anderer EU-Größen ergänzt: So sind Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner und Chefaußenpolitiker Javier Solana ebenfalls

in Lateinamerika unterwegs. Dort beklagen soziale Organisationen den zunehmenden Druck der gegeneinander konkurrierenden Industriemächte, dem die Staaten südlich des Río Grande ausgesetzt sind - mit fatalen Folgen für die eigene Wirtschaft.

Mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56813>

HANDELSBLATT, Mittwoch, 12. September 2007, 07:15 Uhr - Business-Monitor

**Im Sog des Subkontinents** Von Dorit Heß und Oliver Müller

**Indien ist in. Das aufstrebende Schwellenland lockt verstärkt deutsche Unternehmen. Sie exportieren und investieren so viel wie noch nie – und wollen ihr Engagement noch weiter ausbauen, wie eine Handelsblatt-Umfrage zeigt. Allerdings: Indien rollt längst nicht allen Firmen einen roten Teppich aus.**

FRANKFURT/DELHI. Bernhard Steinrücke kennt beides: die Interessen deutscher Unternehmen und die Stärken des Standortes Indien. Das Land biete vor allem einen „gigantischen Binnenmarkt“ – und der lockt immer mehr Firmen an, beobachtet der Leiter der deutsch-indischen Handelskammer. Wie sehr Indiens boomende Wirtschaft die Aufmerksamkeit deutscher Manager weckt, zeigt auch eine exklusive Umfrage unter knapp 800 Spitzenmanagern. Das Marktforschungsunternehmen Psephos hat sie im Auftrag des Handelsblatts und der Unternehmensberatung Droege und Comp. vom 15. bis 30. August interviewt.

Der aufstrebende Standort lockt vor allem deutsche Großunternehmen verstärkt an. Während für über die Hälfte der Unternehmen mit mehr als 5 000 Beschäftigten Indien in den vergangenen drei Jahren als Absatzmarkt an Bedeutung gewonnen hat, geben das bei kleineren Firmen mit 100 bis 500 Beschäftigten lediglich zehn Prozent an, bei den Unternehmen mittlerer Größe sind es knapp ein Viertel der Befragten. Besonderes Interesse zeigen dabei die Metall- und Elektroindustrie sowie der Fahrzeug- und Maschinenbau. In diesen Branchen hat gut ein Drittel aller Firmen Indien zunehmend als Absatzmarkt im Visier.

Im Durchschnitt aller Unternehmensgrößen und Branchen geben allerdings 70 Prozent der deutschen Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten an, das Land mit mehr als einer Milliarde Einwohnern sei für sie (noch) kein Absatzmarkt. Und knapp 60 Prozent erwarten, Indien werde es „auch künftig“ nicht für ihr Unternehmen werden.

Wie unterschiedlich die Manager großer und kleiner Unternehmen die Bedeutung Indiens einschätzen, zeigt sich auch bei der Frage, ob der Standort als Beschaffungsmarkt in den letzten drei Jahren für sie an Bedeutung gewonnen hat. Während 44 Prozent der großen Unternehmen einen Bedeutungsgewinn angeben, sind es nur 14 Prozent der kleinen und 25 Prozent der mittelgroßen. Vor allem bei techniklastigen, komplexen Produkten genießt Indien Vorteile: Fachkräfte sind günstig, kompetent und zahlreich.

Dass hiesige Firmen zunehmend von Indiens Aufschwung profitieren, belegen auch Handelszahlen: Allein vergangenes Jahr stiegen die deutschen Ausfuhren in das Land um die Hälfte. Viele können den Markt nicht länger von außen bedienen. „Immer mehr Firmen wagen den Neueinstieg oder bauen ihre Präsenz aus“, sagt der Indienbeauftragte im Asien-Team von Droege & Comp, Dirk Müller. Das gilt auch für die Unternehmensberatung selbst: Anfang des Jahres eröffnete sie in Bombay ihr viertes Büro in Asien nach Singapur, Hongkong und Schanghai. „Wir folgen den Investitionsströmen unserer Kunden“, erklärt Müller. Diese steigen insgesamt deutlich – doch auch hier klappt das Engagement kleiner und großer Firmen weit auseinander: 14 Prozent aller Befragten wollen in den kommenden zwölf Monaten investieren – bei Großunternehmen sind es zwei Drittel. Laut Droege warten gerade Mittelständler ab, ob Indien Bringschulden einlöst und sich das Investitionsklima bessert.

Denn das Land mag boomen, doch es rollt Firmen keinen roten Teppich aus. „Die Geschäftsetablierung bleibt schwierig“, meint Müller. Aus dem Ruder laufende Zeitpläne, schlechte Infrastruktur und bürokratische Hürden zählt Steinrücke als häufigste Beschwerden deutscher Unternehmer vor Ort auf. Doch hätten sie erste Probleme überwunden, seien die

meisten hochzufrieden. Was sich wandelt, sind Markteintrittsstrategien: Eine Reihe von Deutschen sind in Indien mit Joint-Ventures vertreten. In Zeiten, als das Land weniger offen war als heute, waren viele zu dieser Konstruktion gezwungen. Weil sich Gemeinschaftsunternehmen aber oft als problematisch erweisen, geht der Trend inzwischen in eine andere Richtung: „Neun von zehn Neuanfängern gründen eigenständige Töchter“, beobachtet Kammer-Chef Steinrücke. Droege-Berater Müller erkennt darüber hinaus einen Trend zum Auflösen bestehender Joint Ventures. Das könne nach indischem Recht zwar problematisch und teuer sein, ergebe aber in den meisten Fällen Sinn.

Der Zufluss deutscher Investitionen dürfte weiter anziehen. Denn hiesige Firmenlenker sind sich einig, dass Indien in den kommenden Jahren eine wachsende Rolle auf dem Weltmarkt spielen wird. Mit 96 Prozent rechnet eine breite Mehrheit quer durch alle Branchen und Unternehmensgrößen damit, dass es stark (40 Prozent) oder zumindest etwas (56 Prozent) an Bedeutung gewinnen wird. Als Folge dürfte die Anziehungskraft des Marktes in den kommenden zehn Jahren nahe an China heranrücken. Sieben Prozent der Befragten erwarten sogar, dass Indien für ihr Unternehmen wichtiger wird. Ein weiteres Viertel glaubt, dass das Land „ähnlich wichtig“ werde wie die Volksrepublik, für sechs Prozent ist das bereits der Fall.

HANDELSBLATT, Freitag, 13. Juli 2007, 16:05 Uhr – Öffnung weiterer Sektoren geplant

#### **Warum Indien immer attraktiver wird**

**Indien steht in der Gunst ausländischer Investoren hoch im Kurs. Vor allem die Ankündigung der Regierung, das Bietverfahren bei Infrastrukturprojekten weiter zu vereinfachen, dürfte das Engagement des Privatsektors weiter verstärken. Wo auch deutsche Unternehmen punkten können.**

bfai BOMBAY. Im abgelaufenen Finanzjahr 2006/07 legten die Direktinvestitionen in Indien um 184% auf knapp 16 Mrd. US\$ zu. Vor allem der Dienstleistungssektor profitierte von dieser Entwicklung, hier stiegen die Nettozuflüsse gegenüber dem Vorjahr um 700% auf 5 Mrd. \$. Die lange Zeit verschmähte Bauindustrie verzeichnete ein Plus von 550% auf fast 1 Mrd. \$. Die Regierung hat angekündigt, den Agrarsektor und weitere Infrastrukturbereiche für ausländisches Kapital zu öffnen.

Indien muss immer weniger den Vergleich mit China fürchten, wenn es um das Thema ausländische Direktinvestitionen geht. Hier konnte der Subkontinent in den letzten drei Jahren laut Department of Industrial Policy & Promotion erheblich an Boden gut machen. Allein im Finanzjahr 2006/07 (1.4. bis 31.3.) erhöhten sich die Nettozuflüsse gegenüber der Vorjahresperiode um 184% auf 15,7 Mrd. US\$. Hierin sind - im Unterschied zur chinesischen Statistik - allerdings nur Investitionen in Form von "Fresh Money" berücksichtigt. Würde man Reinvestitionen ausländischer Unternehmen vor Ort mit einbeziehen, wäre die Bilanz noch positiver.

Den höchsten Zuwachs bei den Nettozuflüssen verzeichnete erstmals die indische Dienstleistungsbranche, die 2006/07 Direktinvestitionen in Höhe von 4,7 Mrd. \$ verbuchen konnte, ein Plus gegenüber dem Vorjahr von 717%. Damit schob sich der Sektor am bisherigen Spitzenreiter Elektronik und Elektrotechnik vorbei auf den ersten Platz. Aber auch die indische Elektroindustrie sammelte mit 2,7 Mrd. \$ fast doppelt so viele Investments ein wie 2005/06. Zu den Gewinnern zählten auch der Transportsektor (+110%) und die Bauindustrie (+552%).

Vor allem das Plus bei den ausländischen Investitionen im Bausektor haben innerhalb der indischen Regierung positive Reaktionen hervorgerufen. Denn trotz aller Versuche New Delhis, ausländischen Investoren die Beteiligung an den milliardenschweren Infrastrukturgroßprojekten schmackhaft zu machen, war der Erfolg bislang bescheiden. Die institutionellen und finanziellen Rahmenbedingungen für die meist als Build-Operate-

Transfer (BOT)-Vorhaben angedachten Projekte haben in der Vergangenheit Investoren eher abgeschreckt denn angelockt.

Allerdings sind auf diesem Gebiet - wie auch bei den oft bürokratischen und langwierigen Ausschreibungsverfahren - erste Verbesserungen erkennbar, die sich positiv auf die ausländischen Investitionen in diesem Sektor auswirken. Und der Investitionsbedarf für den Ausbau des Straßen- und Schienennetzes, der Flug- und Seehäfen sowie der Energie- und Wasserversorgung ist gewaltig. Das Ministry of Commerce schätzt, dass bis 2012 Projekte mit einem Volumen von 500 Mrd. \$ realisiert werden müssen, um die Infrastruktur des Landes den Bedürfnissen der Wirtschaft und der Bewohner anzupassen.

Vor allem die Ankündigung der Regierung, das Bietverfahren bei Infrastrukturprojekten weiter zu vereinfachen, dürfte das Engagement des Privatsektors weiter verstärken. Bislang mussten die beteiligten Unternehmen neben einem finanziellen Angebot auch einen "Technical Bid" unterbreiten, bei dem festgestellt werden sollte, ob der Bieter auch die technischen Projektanforderungen erfüllen kann. Dieser soll bei Public Private Partnership (PPP)-Vorhaben künftig wegfallen. Dadurch soll der gesamte Ausschreibungsprozess beschleunigt und für die Beteiligten transparenter werden, verspricht die indische Regierung.

HANDELSBLATT, Donnerstag, 13. September 2007, 10:54 Uhr Chancen für Investoren

**Indien muss Infrastruktur kräftig ausbauen** Von Oliver Müller

**Eine gute Infrastruktur gilt nicht umsonst als Voraussetzung für eine florierende Wirtschaft. Indien steht in dieser Hinsicht vor Problemen – Probleme, die auch deutsche Unternehmen vor Ort betreffen. Die Inder selbst sehen das Hindernis nun als eine offene Tür für Investoren.**

BERLIN. Die deutsch-indischen Wirtschaftsbeziehungen erleben einen Aufschwung. In beide Richtungen fließen immer stärkere Investitions- und Handelsströme und selbst hartnäckige Probleme werden zu Chancen umgedeutet. „Infrastrukturengpässe hindern unser Land daran, sein Wachstumspotenzial voll zu entfalten“, gab Indiens Botschafterin Meera Shankar auf der dritten Handelsblatt-Indien-Tagung in Berlin zu. „Doch angesichts der deutschen Stärken in diesem Bereich eröffnet sich für Firmen Ihres Landes zugleich ein riesiger Markt.“ Indien beziffert seinen Bedarf an Infrastrukturinvestitionen auf 330 Mrd. Dollar in den nächsten fünf Jahren. 40 Prozent davon sollen privat finanziert werden. Ein Beispiel für Großprojekte mit ausländischer Beteiligung ist ein 90 Mrd. Dollar teurer Industrie-Korridor zwischen Delhi und Bombay, der mit japanischer Hilfe auf den Weg gebracht wird.

Doch Bernd Mützelburg dämpfte Hoffnungen auf ähnliche Projekte unter deutscher Führung: „Ich sehe mit großem Neid, was die Japaner in Indien auf die Beine stellen“, erklärte der dortige deutsche Botschafter. Aber es gebe auf deutscher Seite keine öffentlichen Mittel für solche Projekte.

Allerdings haben sich für Mützelburg selbst im Infrastruktursektor die Rahmenbedingungen so stark verbessert, dass Privatfirmen dort nun gewinnbringend investieren könnten. Chancen sehen Experten wie Akshay Jaitly vor allem beim Hafen- und Flughafenbau und bei erneuerbaren Energien. „Anders als etwa Kohlekraftwerke profitieren Windfarmen in Indien von einem günstigen Regulierungsrahmen, der sie hoch profitabel macht“, meint der Partner der Kanzlei Trilegal. Auch bei Biomasse, Müllverstromung und Wasserkraft sieht er Potenzial.

Indiens Energieverbrauch soll sich bis 2030 verfünffachen. Energie- und Umweltthemen werden daher neben Vertiefung der Forschungskooperation und Sicherheitsfragen beim im Oktober anstehenden Indien-Besuch von Kanzlerin Angela Merkel eine zentrale Rolle spielen. Ihre dreitägige Reise unterstreicht, dass die deutsche Außenpolitik die Führungsmacht des Subkontinents nicht länger stiefmütterlich behandelt. „Es gibt wenige Länder auf der Welt, mit denen wir mehr Interessen und Werte teilen“, betonte Mützelburg. Das mache Indien zum „strategischen Partner erster Wahl“.

Mehr noch als politische Stabilität lockt Investoren Indiens boomender Binnenmarkt. „In den nächsten fünf Jahren wird sich die Zahl der Mittelschicht-Haushalte auf 100 Millionen verdoppeln“, prophezeit der Europa-Chef der ICICI Bank, Sonjoy Chatterjee. Mit Blick auf diese Entwicklung haben sich die Direktinvestitionen in den vergangenen drei Jahren auf 15 Mrd. Dollar bereits verdreifacht.

Zugleich setzt ein Gegentrend ein: Dieses Jahr dürften aufstrebende indische Firmen erstmals mehr Kapital im Ausland investieren, als in ihr Land hineinströmt. In Großbritannien hat Indien bereits Japan als zweitgrößten Investor abgelöst. Dass auch Deutschland ins Visier rückt, zeigen etwa die großen Zukäufe des Petrochemieriesen Reliance oder des Windkraft-Anbieters Suzlon.

HANDELSBLATT, Samstag, 15. September 2007, 10:00 Uhr Schwellenländer

**Mexikos Bindung zu den USA ist Chance und Risiko zugleich** Von Klaus Ehringfeld  
**Die mexikanische Börse ist auf Rekordkurs: Der IPC-Index der Bolsa de Valores (BMV) legte zwischen Anfang 2004 und Ende 2006 rund 135 Prozent zu. In diesem Jahr geht die Rally wegen der Turbulenzen an den internationalen Börsen zwar gebremst weiter, seit Jahresbeginn hat der Index aber bereits wieder 15 Prozent hinzugewonnen.**

MEXIKO. „Mexiko hat gesunde Unternehmen, attraktive Branchen und Banken ohne Probleme“, fasst Damian Fraser, Chefanalyst für Lateinamerika bei UBS Warburg in Mexiko-Stadt die Vorteile dieser Anlageregion zusammen. Hinzu kämen gesunde makroökonomische Daten wie ein geringes Haushaltsdefizit, niedrige Zinsen und eine überschaubare Inflation.

Ein Zeichen für die Attraktivität des Standorts sind auch die anhaltend hohen ausländischen Direktinvestitionen – sie fließen hauptsächlich in den Manufaktursektor sowie den Bank- und Versicherungsbereich. Fast zwei von drei Dollar kamen dabei aus den USA, dem mit Abstand wichtigsten Wirtschaftspartner Mexikos. Beide Länder sind seit 1994 gemeinsam mit Kanada in der Nordamerikanischen Freihandelszone Nafta vereint.

Diese enge Anbindung an die Vereinigten Staaten, mit denen Mexiko über 80 Prozent seines Außenhandels abwickelt, ist nach Meinung der Experten größtes Plus und Achillesferse des Schwellenlandes zugleich. „Noch immer bekommt Mexiko eine Lungenentzündung, wenn die USA einen Husten haben“, hebt UBS-Analyst Fraser hervor. Die starke Abhängigkeit führt in diesem Jahr dazu, dass die größte Volkswirtschaft Lateinamerikas aufgrund der schwächeren US-Konjunktur so gering wächst wie sonst keine in Lateinamerika.

Nachteile sehen Experten wie der unabhängige Wirtschaftsexperte Ignacio Beteta in den für privaten Investitionen verschlossenen Bereichen: Vor allem der Energiesektor, in dem ein staatliches Monopol dominiert, ist praktisch für privates Kapital verschlossen. In der Telekommunikation verfügt der Multimilliardär Carlos Slim über ein Quasi-Monopol auf die Festnetztelefonie. Ausländische Beobachter kritisieren als Standortnachteile zudem die hohe Korruption und die Kriminalität, da diese die Produktionskosten in die Höhe trieben. Manche Regionen, vor allem im Norden des Landes, sind zudem Terrain der Rauschgiftkartelle. „Der Kampf gegen die Organisierte Kriminalität ist eine der größten Herausforderungen Mexikos“, betont Beteta.

Chancen sieht Fraser von UBS Warburg derzeit noch im Mobilfunksektor. Auch wenn die Zeit der ganz großen Gewinne für die Unternehmen vermutlich vorbei sei, gebe es hier noch Luft nach oben. América móvil beispielsweise, der Mobilfunk-Marktführer in Lateinamerika, habe hervorragende Zahlen vorgelegt. Darüber hinaus lohnten Investitionen in den Konsumsektor. Ein Geheimtipp sind die Betreibergesellschaften von Regionalflughäfen, da der Markt für Billigflieger in Mexiko weiter wächst.

HANDELSBLATT, Freitag, 14. Oktober 2005, 08:49 Uhr

Deutsche Konzerne konzentrieren sich zu stark auf Europa und Amerika

**Japans Unternehmen führen bei der Expansion in Asien** Nicole Bastian, Joachim Dorfs  
**Nach Entschuldung und Einsparungen und angesichts langfristig begrenzten Wachstums zuhause expandieren japanische Unternehmen wieder stärker im Ausland. Da die Märkte in den USA oft bereits weitgehend bearbeitet wurden, wenden sie sich neben den asiatischen Wachstumsmärkten und Russland auch vermehrt wieder Europa zu.**

HB TOKIO. „Das Europa-Engagement der Japaner steigt“, sagt Roland Berger, Vorstandsvorsitzender der gleichnamigen Unternehmensberatung. Dies liege unter anderem an den Produktionsmöglichkeiten in Osteuropa.

So wie in manchem deutschen Unternehmen der asiatische Markt lange unterrepräsentiert war, gilt dies für japanische Unternehmen in Europa. Ein Blick auf die deutsch-japanischen Handelsbeziehungen etwa zeigt dies deutlich. Die zweit- und drittgrößte Volkswirtschaft der Welt sind füreinander nur das zehnt- und fünfzehntgrößte Exportziel.

Viele deutsche Firmen sind in Japan weit unter ihrem Weltmarktanteil vertreten, obwohl Beiersdorf mit Nivea oder Alpensalz aus Bayern zeigen, dass der Weg in den Einzelhandel im Land des Lächelns nicht mehr verschlossen ist. Und Werkzeughersteller Trumpf etwa steigerte seinen Umsatz im vergangenen Geschäftsjahr um 40 Prozent. Nach drei Jahren Rückgang nimmt der bilaterale Handel wieder zu. 2004 stiegen Deutschlands Importe aus Japan um gut sieben Prozent auf 21 Mrd. Euro. Die Exporte nach Japan stiegen um 6,8 Prozent auf knapp 13 Mrd. Euro.

Während die japanischen Unternehmen in den vergangenen Jahren vor allem in China massiv investiert haben und dort stärker aufgestellt sind, stehe die deutsche Wirtschaft in den USA, in Europa und auch im Rest der Welt insgesamt besser da, sagt Berger. Der Anteil des japanischen Außenhandels an der Gesamtwirtschaftsleistung des Landes ist dabei sehr viel geringer als der in Deutschland, auch weil der Binnenmarkt merklich größer ist. Das hat die Globalisierung in einigen Branchen verzögert.

In der Pharmabranche etwa hätten sich die europäischen und amerikanischen Unternehmen im Wesentlichen über große internationale Transaktionen in Position gebracht, meint der designierte Sprecher der Japaninitiative der deutschen Wirtschaft, Bernhard Scheuble, Vorsitzender der Geschäftsleitung des Pharma- und Flüssigkristallproduzenten Merck KGaA. Dagegen begegneten die japanischen Hersteller dem Globalisierungsdruck bisher vor allem über inländische Fusionen. Auch Outsourcing geschieht in Japan oft inländisch, nicht nur wegen der Sprachbarriere. Das Gehaltsniveau bei Zulieferern liegt wegen anderer Betriebsverträge oft nur bei rund der Hälfte des Niveaus der Großunternehmen.

Zudem gelten, das sagt selbst der japanische Wirtschaftsverband Keidanren offen, Nippons Unternehmen als eher risikoscheu, was etwa bis auf Ausnahmen wie Suzuki das erst späte Eintreten in den indischen Markt erklärt – ganz im Gegensatz zu einigen koreanischen Herstellern.

Der größte Unterschied zur deutschen Wirtschaft mag aber in der Internationalisierung der kleineren und mittelgroßen japanischen Unternehmen liegen. Die japanischen Zulieferer etwa wurden oft zwangsweise von ihren Großkunden der Automobil- und Elektrobranche mit ins Ausland gezerrt. Der Chairman des Nissan-Zulieferers Kasai Kogyo, Daikichi Kasai, klagte in einem Interview, er habe die Wahl gehabt, ebenfalls in den USA zu investieren oder Nissan werde sich andere Zulieferer suchen.

Demgegenüber hätten viele deutsche Mittelständler ihre Expansion weitaus eigenständiger betrieben, meint Berger. Letztlich hatten deutsche Unternehmen mit der EU einen Startvorteil bei ihrer Internationalisierung. „Sie sind stärker diversifiziert und führen dezentraler“, meint Berger. Und auch der Geschäftsführende Gesellschafter von Trumpf, Berthold Leibinger, spricht von einer „insularen Haltung“ der Japaner, die es zu überwinden gälte.

11 HANDELSBLATT, Freitag, 3. August 2007, 08:01 Uhr – Schwellenländer

**Investoren wappnen Brasilien gegen Krisen** Von Alexander Busch  
**Unter den aufstrebenden Volkswirtschaften weltweit ist Brasilien das wichtigste Investitionsziel für europäische Unternehmen. Längst ist das Land nicht mehr nur von Rohstoffexporten abhängig. Wie ausländische Investitionen Brasilien krisenfest machen.**

SÃO PAULO. Nach Angaben des europäischen Statistikamtes Eurostat investierten Unternehmen aus der Europäischen Union im vergangenen Jahr 5,3 Mrd. Euro im größten Land Südamerikas – weit mehr als in Russland (4,3 Mrd. Euro), China (3,7 Mrd. Euro) oder Indien (1,6 Mrd. Euro). Dabei waren spanische Konzerne in den vergangenen zwei Jahren mit zusammen 3,6 Mrd. Euro die größten Einzelinvestoren aus der EU.

„Seit sich das Risiko für die Investoren verringert hat, ist Brasilien für ausländische Unternehmen wieder interessant geworden“, sagt Octávio de Barros, Chefökonom der Banco Bradesco. So haben die Aktivitäten ausländischer Konzerne dieses Jahr weiter zugenommen: In den ersten sechs Monaten investierten sie 24,3 Mrd. Dollar in Brasilien, in den letzten zwölf Monaten waren es 32,3 Mrd. Dollar. Allein im Juni flossen mit dem Kauf der brasilianischen Arcelor-Tochter durch den Stahlkonzern Mittal, der Übernahme des Kreditvermittlers Serasa durch die britische Experian und dem Kauf einer Immobilientochter von Unibanco durch die Deutsche Bank mehr als zehn Mrd. Dollar nach Brasilien – so viel wie im ganzen Jahr 2003.

Analysten sind zuversichtlich, dass Brasilien dieses Jahr den Rekord des Jahres 2000 mit 32,8 Mrd. Dollar übertreffen wird. Bradesco-Ökonom Barros rechnet mit ausländischen Nettoinvestitionen in Höhe von 34,4 Mrd. Dollar. Geändert haben sich die Investitionsziele der Multis in Brasilien: „Das Auslandskapital beteiligt sich nicht mehr an Privatisierungen, wie noch in den 1990er-Jahren“, sagt Barros. „Etwa die Hälfte der Investitionen konzentriert sich auf den Rohstoffsektor, die andere Hälfte geht in die Industrie.“

So investieren die meisten Konzerne in die Stahl-, Chemie-, Bergbau- sowie die Öl- und Ethanolbranche. Diese Investitionen stärken Brasilien als Exportplattform. „Inzwischen kommt jedoch immer mehr Kapital ins Land für Unternehmen, die den Binnenmarkt anvisieren“, beobachtet Edgar Pereira vom Institut für industrielle Entwicklung (Iedi). Vor allem in die KFZ-Branche, die Lebensmittel-, Getränke- und die Bauwirtschaft fließt neues Kapital.

Deshalb hält Alberto Ramos von Goldman Sachs Brasilien für krisenfest – auch für den derzeit unwahrscheinlichen Fall, dass die Rohstoffpreise in nächster Zeit stark sinken sollten. „Brasilien hat eine große Palette an verarbeiteten Produkten und ist nicht nur von Rohstoffexporten abhängig“, sagt Ramos. In Anbetracht der größeren Stabilität in der Region werde Brasilien – wie ganz Lateinamerika – auch künftig Auslandsinvestitionen anziehen, was wiederum das Wachstum beschleunigen werde, prognostiziert der Ökonom.

Neu ist auch die stärkere Beteiligung von Unternehmen aus anderen aufstrebenden Märkten an den ausländischen Direktinvestitionen in Brasilien: Kam im Jahr 2000 noch weniger als ein Prozent des ausländischen Kapitalzuflusses aus anderen Schwellenländern, so waren es 2006 schon rund zehn Prozent, wie die Gesellschaft zur Erforschung von Auslandsinvestitionen (Sobeet) ermittelt hat. Die Investoren stammen dabei in erster Linie aus Lateinamerika, vor allem aus Mexiko, Chile und Kolumbien.

Die größte Investitionsdynamik jenseits der Landesgrenzen verzeichnen jedoch die brasilianischen Multis selbst: Im vergangenen Jahr investierten sie laut OECD mit 26 Mrd. Dollar weit mehr im Ausland als ausländische Konzerne in Brasilien (18 Mrd. Dollar). Für OECD-Chefökonom Javier Santiso verfolgen die Multilatinas – vor allem aus Brasilien und Mexiko – eine neue Investitionsstrategie: „In der ersten Phase haben die Konzerne vor allem neue Märkte im Ausland geöffnet“, so Santiso. „Jetzt investieren sie strategisch, um global wettbewerbsfähig zu sein.“

12 Siehe Punkt 1 und 2 zum *Zerfall der nationalen Gesamtkapitale der MOE-Staaten in Beitrag zur Diskussion über die tendenzielle Entwicklung d. nationalen Gesamtkapitale*  
<http://www.mxks.de//files/ag/global06n.html> 11/2006

Existiert heute tatsächlich ein globales lückenloses Netz reproduktionsfähiger gesellschaftlicher Gesamtkapitale?

1. Die Empirie verweist keineswegs auf ein geschlossenes Netz reproduktionsfähiger gesellschaftlicher Gesamtkapitale
2. Erste Selbstverständigung aus vorstehender empirischer Arbeitshypothese qualitativ gravierend unterschiedlicher nationaler Gesamtkapitale als Entwicklungstendenz
3. Folgerungen - Aufgaben - Fragestellungen
4. Illustrationen

13 Siehe Punkt: *Der Sonderweg Deutschlands auf dem Balkan* aus **Der andauernde Krieg gegen den Irak als Kampf um den Weltmarkt** - Dez 02/Jan 03  
<http://www.mxks.de//files/mxks/irak/irak.html>

14 **Der vorliegende Text ist der Versuch der konkreten ökonomischen Analyse des EU-25-Projekts Sommer 2007 und somit als Bestandsaufnahme nur im Zusammenhang mit der zugehörigen politischen ad hoc Aufnahme zu sehen im Beitrag:**

**Ein Schritt näher am Abgrund von DeutschEUROland** - Juli 2007

<http://www.mxks.de//files/nation/DEURO07n.pdf>

Die Aufteilung in zwei Textdateien ist der Sukzession ihrer Bearbeitung geschuldet.

15 Zweite Annäherung an den deutschen Imperialismus in **Über den 3. Anlauf Deutschlands zur Weltmacht** - Flugschrift zum 1. Mai 2006  
<http://www.mxks.de/files/ag/UeberDen3Anlauf.mai06.pdf>

erste Annäherung in Teil C von:

**Zum Problemkreis des Antisemitismus** – (2000)

<http://www.mxks.de//files/mxks/antisemitismus.pdf>

Der Grund für vorliegendes Sonderheft liegt darin, daß 1999 aktuelle gesellschaftliche antisemitische Tendenzen im deutschen Sprachraum mancherorts eine Diskussion über das Phänomen des Antisemitismus auslösen. Diese Diskussion soll durch das Sonderheft unterstützt werden.

Die Dokumente A verweisen auf - unserer Auffassung nach - wichtige historische Quellen zum Antisemitismus und Texte zur kritischen Erfassung seiner Geschichte, seiner materiellen, ideellen, psychischen Grundlagen.

Die Kommentare B zu den Dokumenten beleuchten deren historisches Umfeld und versuchen, den deutschen Sonderweg des eliminatorischen Antisemitismus in seinem Entwicklungsgang seit Luthers Zeiten fragmentarisch anzureissen. Welche Weichen hierzu stellte die lutherische Strömung der Reformation? Ist die bürgerliche Grundlage des Antisemitismus historisch-materialistisch fassbar? Welchen Beitrag kann die Psychoanalyse zum Begreifen des Antisemitismus leisten? Wie hängen deutsche Arbeitsideologie und eliminatorischer Antisemitismus zusammen? Verweist die Kontinuität des Antisemitismus in der deutschen Geschichte auf dessen grundlegende Herrschaftsfunktion für die bürgerliche Gesellschaft?

In C: Zur historischen Problemstellung wird versucht, die Herrschaftsfunktionen des Antisemitismus in seinen unterschiedlichen Ausgestaltungen durch die deutsche Geschichte des letzten Jahrhunderts nachzuzeichnen: ZU DEN DEUTSCHEN OPFER-TÄTER KONSTELLATIONEN DER DREI ANLAUFVERSUCHE DES DEUTSCHEN KAPITALS ZUR WELTHERRSCHAFT. Wir sehen die Gegenwart als dritten Anlauf Deutsch-EUROlands zur Weltvorherrschaft und fragen, wie immer am Schluß: Was tun?!

**16 Unsere gesamte Konzeption fußt geradezu auf der geschichtlichen Erfahrung, dass die laufende Neuaufteilung des kapitalistischen Weltmarkts neue politische Großmächte erzeugt und letztlich nur militärisch entschieden werden KANN. Siehe auch:**

**Der andauernde Krieg gegen den Irak als Kampf um den Weltmarkt**

- Dez 02/ Jan 03 <http://www.mxks.de//files/mxks/irak/irak.html>

**Und dann erweist sich der Exportweltmeister auch noch als feiger Protektionist**

HANDELSBLATT, Freitag, 10. August 2007 – Leitartikel

**Gefährliche Diskussion** Von Sven Afhüppe

Es war zu befürchten, dass die politische Debatte um den Schutz Deutschlands vor ausländischen Kapitalgesellschaften eine gefährliche Richtung einschlagen würde. Dass ausgerechnet der Wirtschaftsminister der erfolgreichsten Exportnation, der sich selbst als Hüter der Ordnungspolitik versteht, die protektionistische Keule auspackt, schadet nicht nur seinem Ruf.

So viel Sehnsucht nach nationaler Abschottung ist einmalig in der Bundesregierung. Auch Wirtschaftsminister Michael Glos hatte – zumindest offiziell – stets für offene Märkte geworben und neue Schutzzäune verteufelt. Gelten diese Grundsätze nicht mehr, oder sind dem Wirtschaftsminister einfach einige unkontrollierte Gedanken entglitten?

Die internationale Finanzwelt trifft da keine Unterscheidung. Gesagt ist gesagt. Man braucht nicht viel Fantasie, um sich vorzustellen, wie die Märkte auf Forderungen nach einer generellen Meldepflicht für ausländische Investitionen in Deutschland reagieren. Sollten die Vorschläge des Wirtschaftsministers in Gesetzesform gegossen werden und die Politik die Hoheit über sämtliche ausländischen Direktinvestitionen gewinnen, droht Deutschland eine folgenschwere Isolation.

Für langfristiges Wachstum braucht die Wirtschaftswunderrepublik aber frisches Geld und strategische Beteiligungen. Eine pauschale Verurteilung ausländischen Kapitals kann sich Deutschland nicht leisten. Dabei ist die Diskussion um den wachsenden Einfluss politisch gesteuerter Staatsfonds in China, Russland und einigen Golfstaaten nicht unberechtigt. Mittlerweile kontrollieren diese Kapitalgesellschaften ein unvorstellbares Vermögen von mehr als drei Billionen Dollar, längst ist ihre Kaufkraft größer als die von allen Hedge-Fonds der Welt zusammen.

Allein die objektiv messbare Macht der Staatsfonds ist aber nicht der Grund für den politischen Aktionismus. Wie eine Epidemie weitet sich unter deutschen Politikern ein Gefühl von Unbehagen aus, weil niemand die ökonomischen Interessen dieser mächtigen Geldsammelstellen kennt. Bundeskanzlerin Angela Merkel spricht deshalb von besonderen Fonds, die anders als Hedge-Fonds nicht allein auf eine maximale Rendite ihrer Investitionen schießen, sondern auch politische Interessen verfolgen.

Als warnendes Beispiel wird gerne der Einstieg Chinas beim amerikanischen Finanzinvestor Blackstone genannt, der wiederum mit einigen Prozent an der Deutschen Telekom beteiligt ist. Rein rechnerisch könnte der chinesische Staatsfonds mehrere Dax-Unternehmen schlucken, warnen die politischen Akteure der Großen Koalition.

Könnte, wohlgemerkt. In der Welt des Konjunktivs ist vieles denkbar. Aus einer gefühlten Angst vor der Globalisierung darf kein populistischer Protektionismus entstehen. Tatsache ist nämlich, dass die deutsche Industrie nicht vor einem Ausverkauf steht. Das betont selbst die Regierung in nüchternen Momenten. Tatsache ist auch, dass es bereits Abwehrinstrumente gegen ungewollte Eindringlinge gibt.

Die Bundesregierung und insbesondere der Wirtschaftsminister sind gut beraten, die Diskussion mit äußerster Vorsicht zu führen. Beim Schutz der Wirtschaft kann es maximal um eine Prüfung in Ausnahmefällen gehen. Die aber muss mit besonderem volkswirtschaftlichem Interesse begründet sein.

17 Siehe den Text Endnote 16, wo die Rolle der BRD als Hauptkriegstreiber dargestellt ist.

18 Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg: **OECD-Thesen -- Zwang zur Arbeit: Als wirtschaftlicher Zwang oder als Arbeitsdienstform?** (1995)

<http://www.mxks.de//files/economy/OECDarbZwangKop.html>

19 **Ein paar Beispiele des Konkurrenzdrucks innerhalb der EU und gerade der HauptKERN-Länder BRD & Frankreich mittels der aggressiv führenden Stellung der großen deutschen Einzelkapitale** (nicht dass die auswärtigen dies nicht genau so machen, NUR: dort existieren nicht so viele big player; Sarkozys eingeschlagener Konfrontationskurs gegenüber Berlin wird jetzt dümmlicherweise wiederum personalisiert/subjektiviert – statt dessen objektiven Gesetzmäßigkeiten ins Auge zu sehen)

Newsletter vom 08.08.2007 - **Ganz vorn dabei**

BERLIN/PARIS (Eigener Bericht) - Deutsche Unternehmen setzen ihren seit Jahren anhaltenden globalen Aufschwung auf Kosten europäischer Konkurrenten fort. Grundlage der Erfolge sind ungebrochen steigende Exporte. Während die Ausfuhren französischer, italienischer und spanischer Firmen unter der Euro-Stärke leiden, nehmen deutsche Unternehmen den geschwächten südeuropäischen Mitbewerbern Marktanteile ab. Pariser Proteste seien "ohne jede Chance", heißt es in Berlin über Bemühungen von Staatspräsident Nicolas Sarkozy, den Euro zum Schutz der französischen Wirtschaft politischer Einflussnahme zu unterwerfen. Politischen Einfluss nimmt Berlin hingegen zur Abschottung der deutschen Wirtschaft gegen Übernahmen aus Russland und der Volksrepublik China. Entsprechende Abwehrmechanismen sind Gegenstand einer Klausurtagung der Bundesregierung, die für Ende August angekündigt ist. Die dort zu beschließenden Schritte müssten EU-weit übernommen werden, um die Konkurrenzvorteile deutscher Firmen nicht zu gefährden, verlangt Berlin. Deutschland stellt inzwischen ein Sechstel der 50 weltgrößten Konzerne.

Mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56956>

Newsletter vom 17.09.2007 - **Konfrontationskurs**

PARIS/BERLIN (Eigener Bericht) - Bundeskanzlerin Angela Merkel verlangt von Paris Rücksichtnahme auf die deutsche Atomwirtschaft und deren Expansionsinteressen. Berlin will deutsche Unternehmen, die wegen der rot-grünen Ausstiegsbeschlüsse zur Zeit keinerlei Hoffnung auf Inlandsaufträge in der Kernkraftbranche haben, mit Auslandsgeschäften entschädigen und ihnen Teilhabe an bevorstehenden nuklearen Milliardenprojekten sichern. Als geeignetes Instrument gilt der französische Areva-Konzern, dessen Reaktorsparte Areva NP zu einem Drittel Siemens gehört. Areva expandiert gegenwärtig in großem Maßstab und soll nach dem Willen der Bundesregierung dabei mit Siemens teilen - ein Ansinnen, das Paris ablehnt: Das französische Unternehmen hat in wenigen Jahren die Möglichkeit, durch Kauf der Siemens-Anteile den deutschen Einfluss auszuschalten, und will diese Chance wahrnehmen. Die Atomkraft-Intervention der deutschen Kanzlerin ist Teil einer Berliner Offensive gegen die französische Industrie, die sich nach Streitigkeiten in der Rüstungsbranche (EADS) auf den Energiesektor ausweitet und umfassende Formen annimmt. Man rechne mit "böse(n) Überraschungen aus Paris", urteilen Gewährsleute des Auswärtigen Amtes über bevorstehende Konflikte zwischen den europäischen Kernstaaten.

Mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57006>

Newsletter vom 11.09.2007 - **Außendruck**

TEHERAN/WASHINGTON/BERLIN (Eigener Bericht) - Neue US-Kriegsdrohungen gegen Iran führen zu wachsenden Störungen bei der deutschen Wirtschaftsexpansion am Persischen Golf. Die Dresdner Bank hat sich als dritte deutsche Großbank auf direkten Druck aus Washington und angesichts des US-Militäraufmarschs dem Iran-Boykott der Vereinigten Staaten angeschlossen. Damit verschlechtern sich die jahrelang boomenden deutsch-iranischen Wirtschaftsbeziehungen erneut; sie sind im ersten Quartal 2007 bereits um 15

Prozent eingebrochen. Teheran droht nun, deutsche Firmen nicht länger bevorzugt zu behandeln und stattdessen mit Beijing und südeuropäischen Konkurrenten Berlins zu kooperieren. Deutsche Regierungsberater verlangen daher, den "Außendruck" auf Teheran nicht weiter zu steigern und stattdessen einen inneren Machtwechsel ohne kriegerische Mittel anzustreben. Auch deutsche Energiekonzerne bevorzugen ein politisches Arrangement. Übereinkünfte mit der gegenwärtigen Regierung über die Förderung der iranischen Erdgasvorräte werden nicht ausgeschlossen. Derzeit hat vor allem die Essener RWE AG Aussichten, bei der Ausbeute eines bedeutenden Erdgasfeldes ("South Pars", acht Prozent der globalen Gasreserven) zum Zuge zu kommen.

Mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56998>

Newsletter vom 29.08.2007 - **Mehr Einfluss denn je**  
BERLIN/PARIS/MOSKAU (Eigener Bericht) - Französische Funktionsträger des Rüstungskonzerns EADS warnen vor der faktischen Übernahme des Unternehmens durch Berlin. Deutschland sei dabei, "sich nicht mehr und nicht weniger als die Luft- und Raumfahrtindustrie und die europäische Verteidigung anzueignen", urteilt der stellvertretende EADS-Betriebsratschef Jean-François Knepper. Anlass sind die Machtkämpfe um die neue Führungsstruktur des Konzerns und Auseinandersetzungen um die Einführung einer "Goldenen Aktie". Die Bundesregierung triumphiert: Man habe bereits jetzt "mehr Einfluss auf das Unternehmen als je in seiner Geschichte", erklärt der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Peter Hintze. Um die eigene Stellung gegenüber Paris weiter aufzuwerten, treibt Berlin die Konzernkooperation mit Moskau voran. Wie der deutsche Chef der EADS-Tochter Airbus bestätigt, zieht das deutsch-französische Unternehmen den Einstieg bei der staatlichen russischen Luftfahrt Holding OAK in Betracht. Die sich verdichtende Zusammenarbeit mit Russland erstreckt sich auch auf die Raumfahrt - militärische Anwendungen inklusive.

Mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56979>

Newsletter vom 23.08.2007 - **Medical Export**  
BERLIN (Eigener Bericht) - Mit einem Projekt zur Anwerbung reicher Patienten aus dem Ausland will die Bundesregierung stagnierende Inlandsgeschäfte deutscher Gesundheitskonzerne wettmachen. Einschneidende Kürzungen im sozialen Bereich haben in den vergangenen Jahren die Versorgung von Kranken in Deutschland systematisch verschlechtert und blockieren nun auch das Wachstum der medizinischen Industrie. "Medical Export", ein Projekt, das über das Bundesbildungsministerium finanziert wird, soll nun die "ausländische Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen in/aus Deutschland" beleben und mit Hilfe zahlungskräftiger Patienten unter anderem aus den Golfstaaten den deutschen Kliniken neue Geschäftsfelder eröffnen. Zudem treiben deutsche Wirtschaftsverbände die Expansion sämtlicher Sparten der Gesundheitsbranche voran - mit Erfolg: Im Jahr 2005 stieg der Auslandsumsatz um fast 17 Prozent auf ein Volumen von rund 9,2 Milliarden Euro. Exporterfolge der Medizinunternehmen kommt große Bedeutung für die deutsche Gesamtwirtschaft zu, weil die Branche trotz Kürzungen zu den umsatzstärksten Sektoren gehört. Jährlich werden in Deutschland fast 240 Milliarden Euro für die Gesundheit ausgegeben, der Anteil am Bruttoinlandsprodukt übersteigt jenen der Automobilindustrie. Mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56974>

Newsletter vom 17.08.2007 - **Eiskalter Krieg**  
BERLIN/NUUK (Eigener Bericht) - Bei einem Grönland-Aufenthalt der deutschen Kanzlerin und einem Norwegen-Abstecher von Außenminister Steinmeier unterstreicht die Bundesregierung ihren Anspruch auf Rohstoffteilhabe in der Arktis. Der Besuch in Grönland, den Angela Merkel am gestrigen Donnerstag gemeinsam mit Umweltminister Sigmar Gabriel begonnen hat, ist der erste eines deutschen Regierungschefs überhaupt. Als offiziellen Reisegrund gibt das Auswärtige Amt Berliner Sorgen um die Klimaerwärmung an; tatsächlich geht es um die Wahrung nationaler Öl- und Gasinteressen. Die ungewohnten Arktisaktivitäten

fallen mit spektakulären Aktionen mehrerer Staaten zusammen, die Besitzansprüche auf Gebiete rings um den Nordpol anmelden, darunter Russland, die USA und Dänemark. Unter dem arktischen Meeresgrund werden umfangreiche Ressourcen vermutet, darunter bis zu 25 Prozent der globalen Erdöl- und Erdgasvorräte. Wegen der Klimaerwärmung wird ihr Abbau schon in wenigen Jahrzehnten gewinnbringend möglich sein. Der Kampf um die Inbesitznahme hat begonnen. Mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56966>

Newsletter vom 13.08.2007 - **Größenwahn**

FRANKFURT AM MAIN (Eigener Bericht) - Im Kampf um die europäische Marktführerschaft verlangen deutsche Flugunternehmen und der Flughafenbetreiber Fraport von der Bevölkerung im Rhein-Main-Gebiet weitere gesundheitliche und ökologische Opfer. Wie die Lufthansa Cargo erklärt, ist ein Verzicht auf das für Frankfurt am Main geplante Nachtflugverbot nötig, um sich "gegen die europäische Konkurrenz" durchsetzen zu können; die Luftfrachtgesellschaft droht mit der Stornierung von Millioneninvestitionen, sollten die Maßnahmen zum Schutz der Anwohner aufrecht erhalten werden. Der Ausbau des Frankfurter Flughafens führt bereits jetzt zu einem dramatischen Anstieg der Lärmbelastung und zur Abholzung großer geschützter Waldflächen. Hintergrund ist das kontinuierliche Wachstum des Fracht- und Passagieraufkommens in der Luftfahrt, das maßgeblich durch den Boom der deutschen Exportwirtschaft forciert wird. Der Frankfurter Flughafenbetreiber Fraport will insbesondere London und Paris ausstechen und erweitert daher in den kommenden Jahren seine Logistikleistungen sowie die Zahl der Flugbewegungen pro Tag um hohe Raten. Mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56959>

Newsletter vom 20.09.2007 - **Von Spanien bis Sibirien**

DÜSSELDORF/MOSKAU/PARIS (Eigener Bericht) - Mit Milliardenkäufen in der russischen Energiebranche bringt sich der deutsche Eon-Konzern gegen Konkurrenten aus Frankreich in Stellung. Ziel ist ein "Stromimperium von Spanien bis Sibirien", das die europäische Stromversorgung dominiert und die deutsche Vorherrschaft bei der Belieferung des Kontinents mit Erdgas ergänzt. Als nächsten Schritt kündigt Eon die Übernahme einer bedeutenden russischen Kraftwerksgesellschaft für bis zu 4,6 Milliarden Euro an und will seine Position insbesondere in den Industrie- und Ressourcengebieten Russlands ausbauen. Zugleich treibt der deutsche Energieriese seine Expansion in Richtung Mittlerer Osten voran und gibt den Abschluss von zwei neuen Joint Ventures in der Türkei bekannt. An beiden hält Eon mit 70 Prozent die bestimmende Mehrheit. Die Expansion kann sich auf Rekordgewinne stützen: Die Erhöhung der Strompreise hat dem Unternehmen im ersten Halbjahr 2007 eine Umsatzsteigerung auf 35,6 Milliarden Euro eingebracht, der Konzernüberschuss nahm um 26 Prozent auf fast vier Milliarden Euro zu. Die Finanzstärke soll Eon entscheidende Schläge gegen die Pariser Rivalen EDF (Electricité de France) und GDF/Suez erlauben.

Mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57011>

**20 Am deutschen Wesen...** Von Heiner Flassbeck – FTD online, Wirtschaftswunder..., Mai 2007, (Am20%deutschen20%Wesen.pdf und viele andere Keynesianische Artikel von ihm hierzu auf: <http://www.flassbeck.de/Deutsch/HomeDeutsch.html> ). H. Flassbeck kritisiert die Verkehrung der Deutschen Bundesbank von deutschem Lohndumping und Exportvorsprung gegenüber den anderen Währungsunion-Teilnehmern. Das auch hier zu Tage tretende Primat der Politik gegenüber den kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten kann nur als deutscher kathedersozialer Legalismus bezeichnet werden. Er liegt in der Kontinuität des 'deutschen Aberglaubens an den Staat', wie Marx/Engels ihn verächtlich diffamierten.

HANDELSBLATT, Montag, 24. September 2007 – Statistik des Bundesarbeitsministeriums

### **Netto bleibt Deutschen nicht mehr als 1986**

**Die Nettoverdienste der Arbeitnehmer in Deutschland sind nach einer Statistik des Bundesarbeitsministeriums im vergangenen Jahr auf den niedrigsten Stand seit 20**

**Jahren gesunken. Brutto stand zwar erheblich mehr auf der Lohnabrechnung, doch die Abzüge kletterten in atemberaubender Weise.**

HB BERLIN. Wie die Bild-Zeitung am Montag unter Berufung auf die Statistik berichtet, zahlte 2006 jeder Arbeitnehmer im Schnitt 9.291 Euro an Lohnsteuer und Sozialbeiträgen. Im Vergleich zum Jahr 1986 (5.607 Euro) sei dies ein Anstieg um fast 66 Prozent. Die Bruttolöhne seien im selben Zeitraum nur um 48 Prozent von 22.333 Euro auf 33.105 Euro im Jahr gestiegen.

Dadurch ergibt sich ein durchschnittlicher Nettorealverdienst - also das Einkommen nach Abzug von Steuern und Sozialbeiträgen sowie unter Berücksichtigung der Inflation - von 15.845 Euro im Jahr 2006. 1986 habe der Nettorealverdienst bei 15.785 Euro gelegen.

Der Direktor des Instituts für Arbeit und Wirtschaft (IAW) der Universität Bremen, Rudolf Hickel, sagte dem Blatt: „Die Bruttolöhne sind vergleichsweise gering gestiegen, weil die Unternehmen Zusatzleistungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld abgebaut haben.“ Auch die Inflation habe die Nettoeinkommen gesenkt. So hätten die Löhne in den vergangenen fünf Jahren um 4,1 Prozent zugelegt, die Preise dagegen um 7,1 Prozent.

DER TAGESSPIEGEL 24.09.2007

**Über Hunderttausend erhalten keinen Mindestlohn**

**Der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes beklagt zahlreiche Verstöße gegen die in der Branche geltenden Mindestlöhne. Bis zu 150.000 Beschäftigte würden zu gering entlohnt.**

FRANKFURT/MAIN - FRANKFURT/MAIN - Der Mindestlohn werde "massenhaft unterschritten", viele ignorierten ihn, sagte der Präsident des Zentralverbands des Deutschen Baugewerbes, Hans-Hartwig Loewenstein, der "Frankfurter Rundschau".

"Wir schätzen, dass bis zu 150.000 Bau-Beschäftigte keinen Mindestlohn erhalten." Hinzu kämen viele Arbeitnehmer, "die nur den niedrigeren Ost-Lohn bekommen, obwohl sie auf einer West-Baustelle arbeiten". Den Behörden gelinge es kaum, diese Verstöße einzudämmen.

Loewenstein plädierte für einen einheitlichen Mindestlohn für alle auf der Baustelle Beschäftigten, um Kontrollen zu erleichtern. Zusätzlich könne er sich eine tarifliche Regelung vorstellen: "Wenn die Belegschaft zustimmt, wird eine Berufskleidung eingeführt, an der ein Emblem der Bau-Sozialkassen angebracht ist." Auf diese Weise könne man sofort sehen, dass die Leute nicht illegal beschäftigt seien. (mit ddp)

**21 Wie abenteuerlich gerade die EURO-Währungsunion innerhalb des EUROPA-Projekts zu gewichten ist, wurde grundsätzlich skizziert in der zweiten Annäherung an das deutschen Imperialismus in**

**Über den 3. Anlauf Deutschlands zur Weltmacht - Flugschrift zum 1. Mai 2006**

<http://www.mxks.de/files/ag/UeberDen3Anlauf.mai06.pdf>

Erste Annäherung in Teil C von:

**Zum Problemkreis des Antisemitismus – (2000)**

<http://www.mxks.de/files/mxks/antisemitismus.pdf>

**22 Deutschlands VWL-Guru spricht von „pathologischem Lernen“**

HANDELSBLATT, Sonntag, 28. Mai 2006

**Issing sieht Gefahren für Euro-Raum**

Der Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank (EZB), Otmar Issing, warnt vor Spannungen in der Europäischen Währungsunion. Im Handelsblatt-Interview räumt er erstmals starke Wettbewerbsunterschiede ein. Besonders zwei Länder hätten Probleme. mak/noh/kk/scm FRANKFURT. „Einige Mitgliedstaaten haben wegen des anhaltenden Anstiegs der Lohnstückkosten erheblich an Wettbewerbsfähigkeit verloren und sich damit in

eine schwierige Situation manövriert“, sagte Issing dem Handelsblatt. Diese Länder müssten alles unternehmen, um ihren Kurs zu ändern. Dennoch hält Issing den Bestand der Währungsunion nicht für gefährdet: „Sie ist und bleibt ein Erfolg. Das Mandat und die Unabhängigkeit der EZB bilden ein sicheres Fundament“, sagte Issing, der am Mittwoch turnusgemäß aus dem EZB-Direktorium ausscheidet.

Wie Issing befürchten auch andere namhafte Ökonomen durch das Auseinanderdriften der Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Länder Konflikte in der Währungsunion. „Spanien und Italien haben unter den großen Ländern die größten Probleme“, sagte Thomas Mayer, Chefvolkswirt Europa der Deutschen Bank. Unter den kleineren Ländern fallen vor allem Portugal und Griechenland zurück. Mayer schließt „politische Konsequenzen bis hin zu Bestrebungen nach einem Ausstieg aus der Währungsunion“ nicht aus. Bereits im letzten Sommer hatte die damalige italienische Regierungspartei Lega Nord die Rückkehr zur Lira gefordert.

Bislang hat sich die EZB zu den wachsenden Wettbewerbsunterschieden in der zwölf Staaten umfassenden Währungsunion allenfalls indirekt durch Appelle zu Strukturreformen geäußert.

Der US-Ökonom Nouriel Roubini kritisiert, dass die EZB bei Wachstums- und Inflationsdifferenzen vorzugsweise auf die jährlichen Veränderungsraten abstellt, die relativ konstant gewesen sind. Dabei bleibt aber unberücksichtigt, dass sich die Effekte kumulieren: Steigen die Lohnstückkosten in einigen Ländern stark, wachsen die Unterschiede zu Ländern mit größerer Lohnzurückhaltung wie etwa Deutschland.

Tatsächlich sind die nominalen Lohnstückkosten nach Berechnungen des Handelsblatts seit Beginn der Währungsunion im Jahre 1999 in Portugal um 28,1 Prozent gestiegen, in Spanien um 21,4, in Italien um 21,0 und in Griechenland um 22,5 Prozent. In Deutschland betrug der Anstieg lediglich 2,5 Prozent. **Auf der Basis eines breit angelegten Preisindex, der die Außenhandelsbeziehungen berücksichtigt, hat Spanien gegenüber den anderen Euro-Ländern 13,7 Prozent an Wettbewerbsfähigkeit verloren, Italien 9,4 Prozent und Griechenland 8,7 Prozent. Dagegen hat Deutschland seine Wettbewerbsfähigkeit um 9,5 Prozent gesteigert.** Europa-Chefvolkswirt Mayer sagte, die betroffenen Staaten könnten ihre Konkurrenzfähigkeit nur über niedrige Preis- und Lohnsteigerungen zurückgewinnen.

**„Schmerzlicher Prozess, den die Südländer nicht kennen“**

„Das ist ein sehr schmerzlicher Prozess, den die Südländer nicht kennen. Für sie ist das der Test, ob sie mit einer Hartwährung leben können.“ Auch aus Issings Sicht gibt es für die zurückgefallenen Mitglieder der Währungsunion keine Alternative zu einer Kurskorrektur. Er vertraut darauf, dass die Probleme, die die Politik selber geschaffen hat, im Zuge eines **„pathologischen Lernens“** entschärft werden.

Ökonomen weisen darauf hin, dass die Regierungen in Spanien und Portugal sich des Problems sinkender Wettbewerbsfähigkeit durchaus bewusst seien. Nach ihrer Einschätzung geht Premier José Sócrates entschiedener gegen die Konkurrenzdefizite vor als sein spanischer Kollege José Luis Rodríguez Zapatero. Der neuen italienischen Regierung unter Romano Prodi wird es nach Ansicht des Europa-Chefvolkswirts der Ratingagentur Standard & Poor's, Jean-Michel Six, allerdings kaum gelingen, Strukturreformen durchzusetzen. Die Regierung Prodi „hat nur eine dünne Mehrheit und wird sich daher schwer tun“, sagte Six.

23 Heiner Flassbeck ist einer der wenigen (deutschen) Nationalökonomien, der in etlichen Texten auf den Zusammenhang der EURO-Währungsunion für die teilnehmenden EU-Staaten und der Einführung der DM in der DDR überhaupt verweisen. Siehe Artikel auf:

<http://www.flassbeck.de/Deutsch/HomeDeutsch.html>

Flassbeck folgt hierin wie sein politischer Protektor 1999 Oskar Lafontaine dem abgesetzten Ex-Bundesbank-Präsidenten Pöhl. Verrückter Weise wollte dieser die DDR wohl in eine Sonderwirtschaftszone überführen, *ohne dasselbe* bezüglich der nachhinkenden Südeuropäi-

schen Nationalökonomien im Übergang zur €Währungsunion überhaupt zu erörtern. Hierzu eine dpa-Meldung von 2004 aus dem Stern zitiert:

#### **„Karl Otto Pöhl Mahner einer überhasteten Wiedervereinigung**

Bei der deutschen Wiedervereinigung war Ex-Bundesbank-Präsident Karl Otto Pöhl ein einsamer Rufer in der Wüste. Als damaliger Notenbankchef sah er schon 1990 für die DDR "katastrophale Zustände" nach der Währungsunion voraus.

Er warnte vor den kommenden Lasten der Vereinigung. Unermüdlich setzte sich Karl Otto Pöhl in den Wendejahren 1989/90 für eine schrittweise wirtschaftliche Annäherung beider Staaten ein - doch seine Kritik verhallte ungehört. Die Geschichte hat dem Mahner gegen eine überhastete Währungsunion zwischen Bundesrepublik und DDR inzwischen Recht gegeben.

#### **Mit höheren Steuern abgeblitzt**

"Ich habe eine Steuererhöhung gefordert, aber Bundesfinanzminister Theo Waigel hat mich dafür beschimpft", erinnert sich der Ex-Präsident der Deutschen Bundesbank, der am 1. Dezember seinen 75. Geburtstag feiert. "Später wurde der Solidaritätszuschlag eingeführt." Pöhl warnte davor, "die Wiedervereinigung mit der Notenpresse zu finanzieren." Seine Empfehlung für einen Umtauschkurs von 2:1 zwischen DDR-Geld und harter D-Mark sowie einer Sonderwirtschaftszone Ost ignorierte die Bundesregierung unter Kanzler Helmut Kohl(CDU).

"Man hat die Regeln der Sozial- und Rentenversicherung einfach auf die DDR übertragen. Davon hängt unser heutiges Dilemma ab", erklärt der damalige oberste Währungshüter. Heute fühlt er sich bitter bestätigt, ist aber nach eigenen Worten "keineswegs glücklich darüber, Recht behalten zu haben". Aus Enttäuschung über seinen geringen Einfluss trat der Bundesbankpräsident im Sommer 1991 zurück - obwohl seine Amtszeit noch mehr als vier Jahre gedauert hätte. "Ich war frustriert über die Art der Wiedervereinigung. Die Notenbank darf kein Instrument der Politik sein."

#### **Fatales "Diktat der Stunde"**

Heute zeigt der Diplomvolkswirt Verständnis für die damaligen Entscheidungen der Politik. Das "Diktat der Stunde" habe keine Alternativen gelassen, die Demonstranten auf den Straßen in Ostdeutschland hätten die Mark unbedingt gewollt. "Es war wie eine Lawine, die niemand stoppen konnte und wollte." Die führende Elite sei überfordert gewesen: "Wir alle wussten nicht genug, wir alle haben es uns leichter vorgestellt."

Pöhl verließ für viele überraschend die Bühne der Tagespolitik. Der passionierte Golfer setzte sich aber nicht zur Ruhe, sondern wurde Anfang 1992 Sprecher der angesehenen Kölner Privatbank Sal. Oppenheim, wo er 1998 altersbedingt aus der Geschäftsführung ausstieg. Zahlreiche Aufsichts- und Beiratsmandate hat der international hochgeachtete Geldpolitiker, der zwischen seiner Wahlheimat Portugal, Frankfurt und den USA pendelt, heute noch inne.

#### **Architekt der europäischen Währungsunion**

Der gebürtige Hannoveraner und Vater von zwei Kindern startete seine Karriere als Journalist und war dann zunächst Abteilungsleiter im Ifo Institut für Wirtschaftsforschung. Der eloquente Volkswirt mit dem SPD-Parteibuch diente im Bundeswirtschaftsministerium, war Berater von Bundeskanzler Willy Brandt und Staatssekretär im Finanzministerium unter Helmut Schmidt, bevor er 1977 zunächst Vizepräsident und 1980 Präsident der Deutschen Bundesbank wurde.

Bleibende Spuren hat der gewiefte Taktiker auf dem Weg zur Europäischen Währungsunion hinterlassen. Als seine wichtigste persönliche Leistung nennt Pöhl das Statut der europäischen Zentralbank, das unter seinem Vorsitz erarbeitet wurde. "Ich habe mich sehr dafür engagiert, dass wir eine unabhängige europäische Notenbank bekommen haben", sagt Pöhl. "Der Euro musste so hart wie die D-Mark werden." Mit der Politik der Europäischen Zentralbank ist der Architekt der europäischen Währungsunion zufrieden, ihre Geldpolitik sei "sehr professionell und der Lage angemessen". Marion Trimborn, dpa - Artikel vom 01. Dezember 2004“

24 **Dass die EU wie alle entwickelten Industriestaaten schwach entwickelte große Gebiete aufweist, ist evident.** Große Summen der abgepressten % Mehrwertsteuern werden verwandt, um *Benachteiligte Gebiete* anzugleichen. Mit Süd-Ost-Irland ist dies z.B. im großen Maßstab gelungen. Zusätzlich fördern die Nationalstaaten selbst *Strukturschwache Gebiete* u.a. mit dem *Länderfinanzausgleich* (so heißt dieses in der Provinz gehasste Instrument in der BRD). Zugleich sind sie pekuniäre Instrumente zur sukzessiven politisch-ökonomischen EU-Integration neuer Staaten NACH Osten und Süden und als Anreiz zur Freihandelszone, soweit die drei Kontinente EAA reichen!

25 Siehe: **Die geographische Expansion des Kapitals und das Problem der global-ungleichen Entwicklung bei Marx** von Stefan Kalmring und Andreas Nowak

<http://www.trend.infopartisan.net/trd1204/t291204.html>

aus: *Peripherie und globalisierter Kapitalismus – Zur Kritik der Entwicklungstheorie*  
Herausg.: Olaf Gerlach/Stefan Kalmring/Daniel Kumitz/Andreas Nowak; Brandes & Apsel

26 **Dass die USA in den Irak einmarschierte, um unter allen Umständen die gesamten Süd-West-Asien-Staaten einer geordneten EU-Kooperation/Assoziation/Freihandelszone, also DeutschEUROland zu entziehen, ist die Arbeitshypothese in:**

**Der andauernde Krieg gegen den Irak als Kampf um den Weltmarkt** - Dez 02/Jan 03

<http://www.mxks.de//files/mxks/irak/irak.html>

Inhaltsverzeichnis

- Zur gegenwärtigen hegemonialen Stellung der USA
- Zum Charakter der Außenpolitik des bürgerlichen Staates
- Zum Charakter von Bündnispolitik
- Die Irakpolitik der USA als Ausdruck ihres ökonomischen Abstiegs als Weltmarkthegemon
- Die Irakpolitik der EU-Staaten als ökonomischem Mochtegern und militärischem Zwerg
- Der Sonderweg Deutschlands auf dem Balkan und die Irakabenteuer der USA als parallele Konfrontationslinien
- Zu wesentlichen Aspekten der Weltmarktentwicklung nach der Liquidierung der SU u RGW (die ökonomische Analyse wird an anderer Stelle ausgeführt {siehe unten 2006})
- Der Irakkrieg als Bestandteil des Klassenkampfes
- Der Irakkrieg 2003, die deutsche Ideologie, die deutsche Linke und die Notwendigkeit der proletarischen Revolution

27 **Erpressungsmittel von Kohl vor Maastricht-Vertrag & Merkel vor Brüsseler Gipfels**

Newsletter vom 25.03.2007 - **Eine Frage von Krieg und Frieden in Europa**  
BERLIN/GÜTERSLOH (Eigener Bericht) - Die seit Tagen anhaltenden Auseinandersetzungen um die "Berliner Erklärung" gehen trotz der heute stattfindenden Unterzeichnung unvermindert weiter. Dreh- und Angelpunkt der Kontroversen ist ein angekündigtes Ersatzpapier für die gescheiterte EU-Verfassung, deren Inhalte unter anderem Titel übernommen und schnellstmöglich ratifiziert werden sollen. Diese Festlegung ruft in mehreren europäischen Hauptstädten schweren Unmut hervor. Wie die Bertelsmann-Stiftung, der einflussreichste deutsche Thinktank, erklärt, muss die "europäische Einigung" weiter vorangetrieben werden; die heftig umstrittene EU-Verfassung solle "lediglich der Ausgangspunkt" sein. Die Stiftung hat erst kürzlich Spitzenpolitikern aus 20 europäischen Staaten und den USA ein Konzeptpapier über die "strategische Neuorientierung" des Staatenbundes vorgelegt und plädiert dafür, in einem ersten Schritt alle nationalen Streitkräfte zu einer einheitlichen europäischen Armee zu verschmelzen. Die deutsche Kanzlerin hat diesen Vorschlag übernommen. Frau Merkel warnt davor, sich der sogenannten Integration zu verweigern: **"Die Idee der europäischen Einigung ist auch heute noch eine Frage von Krieg und Frieden."** Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56795>

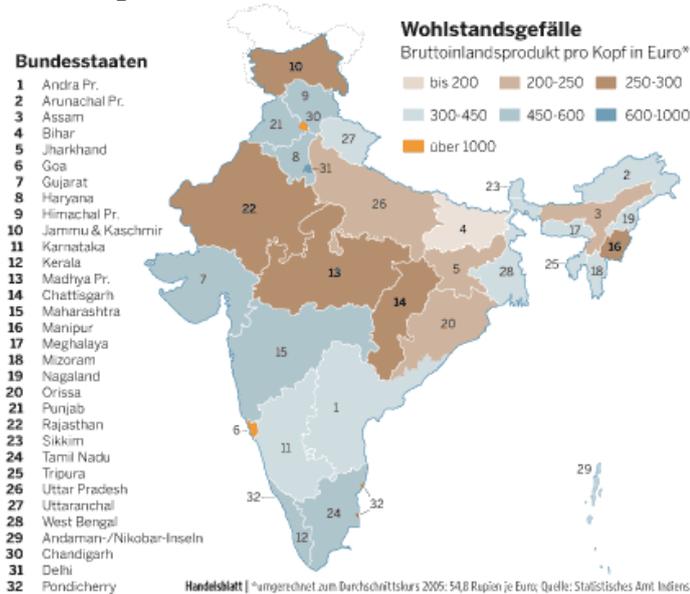
28 **Die erste Annäherung reflektiert** das bei den heutigen Wirtschaftswissenschaften wie auch bei Wallerstein 3-stufige Entwicklungsniveau der Länder kategorial als nationale Gesamtkapitale – weit entwickelte – im Übergang hierhin – unentwickelte:

**Beitrag zur Diskussion**

**über die tendenzielle Entwicklung der nationalen Gesamtkapitale 11/2006**

<http://www.mxks.de//files/ag/global06n.html>

- Existiert heute tatsächlich ein globales lückenloses Netz reproduktionsfähiger gesellschaftlicher Gesamtkapitale?
- Die Empirie verweist keineswegs auf ein geschlossenes Netz reproduktionsfähiger gesellschaftlicher Gesamtkapitale
- Erste Selbstverständigung aus vorstehender empirischer Arbeitshypothese qualitativ gravierend unterschiedlicher nationaler Gesamtkapitale als Entwicklungstendenz
- Folgerungen - Aufgaben – Fragestellungen
- Illustrationen



29 **Noch mag man die Sezession Norditaliens belächeln und abtun. Aber die innere Spaltung Italiens vertieft sich und die Bruchlinie wird stetig bearbeitet. Zwei Beiträge, einer von 1998 zur ersten Hochphase der Lega Nord, und dann hierin eingebaut der Abstammungs-Baustein des Schöpfungsmythos Pandanias durch den historischen Paradigmenwechsel der Langobarden-Ausstellung 1999 in Brescia.**

WELT-Online vom 10. September 1996, 00:00 Uhr Von GÜNTHER DEPAS

**Po-Staat Pandania träumt von der europäischen Währungsunion**

Liga-Nord bereitet Sezession von Italien vorMailand - Italien steht wieder einmal ein

# Invasion der Feinsinnigen

Noch vor 20 Jahren galten die Langobarden als üble Barbaren. Brescia rehabilitiert da

Waren die Langobarden wirklich so unkultiviert, wie die italienische Geschichtsschreibung lange glauben machte? Noch im Katalog der letzten großen Ausstellung 1978 in Mailand hieß es: „Mit der furchterlichen Invasion der Langobarden gehen auch die letzten Lichter der Romanität aus. Der unverwundlichste Germanismus scheint jeden Ausdruck organisierten Lebens zu beherrschen. Traumatisch und elend beginnt jetzt das Mittelalter“.

War es wirklich so elend und traumatisch? Oder zeigt nicht vielmehr die Masse der erhaltenen Schmuckstücke, Münzen, Fresken, Steinreliefs, Miniaturen und Elfenbeinarbeiten, dass in Italien nach einer kurzen und ganz sicherlich auch willkürlichen Eroberungsphase wieder Gesetz, Recht und Sitte herrschten. Prozesse der Anpassung erzeugen Ansätze für eine neue Kultur und eine Zivilisation, die immerhin derjenigen des sie eroberten Frankenreiches weit überlegen ist.

Brescia widerlegt das Negativ-Image durch eine Ausstellung im Kloster von Santa Giulia, die mehr als 800 Kulturzeugnisse von hohem Rang versammelt. So ändern sich die Zeiten selbst für die Vergangenheit eines Volkes, wenn der kulturpolitische Wind sich dreht. Dieses Volk, das sich in seiner Frühzeit auch einmal in der Gegend von Hannover aufgehalten hatte, fiel

am Ende der Völkerwanderung in Italien ein. Mehr als 200 Jahre beherrschte es große Teile dieses Landes.

Dann erging es den Langobarden nicht anders als den Sachsen: Sie wurden von Karl dem Großen für sein mächtiges Frankenreich vereinnahmt. Stilisierten die Deutschen Wittekind und seine Sachsen zwischen Romantik und Kaiserreich zu Verteidigern ihrer höchsten völkischen Tugenden, so galten die Langobarden zeitgleich im jungen italienischen Nationalstaat als üble, hergelauene germanische Barbaren.

Das finstere Mittelalter kommt demnach erst viel später: nämlich mit dem Zerfall des Frankenreiches und als se-

**>> Weitere Kunstmarktberichte auf den Seiten „Themen und Trends“ im Hauptblatt**

kundäre Auswirkung über den nördlichen und mittleren Teil Italiens, während im Süden Langobardenfürsten neben Arabern und Byzantinern weiter herrschen.

Schon das Kloster Santa Giulia als Ausstellungsort ist stolzes Herzeigobjekt für die andere Geschichtsversion.

Der Langobardenkönig Desiderius, Widersacher Karls des Großen, hat diese weitläufige Anlage bauen lassen. Die bei der Restaurierung entdeckten Fresken sind nach teilweiser Restaurierung erstmals öffentlich ausgestellt. Desiderius hatte das Kloster in Brescia zu einem persönlichen Machtzentrum ausbauen lassen. Ihm stand dabei Ravenna vor Augen, die eben von ihm eroberte Hauptstadt der Ostgoten. Die bewundernswerten Säulen und Kapitelle ließ er praktischerweise gleich von Ravenna herholen.

Was die Kuratoren Carlo Bertelli aus Mailand und Gian Pietro Brogiolo, Ausgrabungschef in Brescia, unter dem Präsidium von Jacques Le Goff aus 170 Sammlungen der Welt, darunter 60 außerhalb Italiens, zusammengetragen haben, ist in dieser Weise nicht wiederholbar. Der Versicherungswert der Ausstellung von 300 Millionen DM ist ein Hinweis darauf, dass es sich keineswegs um armselige Relikte einer Barbarenhorde handelt.

Die Langobarden-Schau von Brescia muss vielmehr als glänzender Kontrapunkt der bedeutenden Paderborner Ausstellung über Karl den Großen im letzten Sommer gesehen werden. Diese wiederum bildet im Verein mit drei anderen Schauen in Barcelona, York und Split den Kranz der europäischen Gedenkausstellungen anlässlich der Kaiserkrönung Karls des Großen im

politisches Erdbeben bevor: Am kommenden Sonntag will eine Menschenkette an den Ufern des norditalienischen Flusses Po für die Teilung Italiens in einen Nord- und einen Südstaat demonstrieren. Zu dieser spektakulären Sezessions-Erklärung hat die norditalienische Partei Liga Nord aufgerufen. Eren umstrittener Führer Umberto Bossi ist wild entschlossen, die Parteien der Hauptstadt vor vollendete Tatsachen zu stellen. Einen Namen für ihren Nordstaat haben die politischen Heißsporne schon gefunden: "Pandania". In einem Interview der Mailänder Tageszeitung "Il Corriere della Sera" sagte Liga-Vize Giancarlo Pagliarini, einst Schatzmeister in der Regierung Silvio Berlusconi,

daß der neue Nordstaat anders als sein armer Bruder im Mezzogiorno (Süden) alle Voraussetzungen mitbringen werde, vom Start weg bei der künftigen europäischen Währungsunion dabeizusein. Die Liga-Strategen meinen, die norditalienische Wirtschaft sei schon jetzt so eng mit den EU-Märkten verzahnt, daß sie den fristgerechten Beitritt zu der Union

keinesfalls verpassen dürfe. Sie verweisen darauf, daß allein die Provinz Mailand weltweit mehr exportiert als die süditalienischen Regionen Kampanien, Kalabrien und Sizilien zusammen. Nach Einschätzung des Liga-Wirtschaftsexperten Vito Gnutti, Industrie-Minister in der Regierung Berlusconi, hätte die Lira des Südstaates gegenüber der D-Mark einen Kurs von

2000 Lire, während die Padania-Währung den derzeitigen Devisenkurs von knapp über 1000 Lire auf 500 Lire verbessern würde. Beide Teilstaaten hätten durch diese Trennung nur Vorteile, da der Mezzogiorno mit einer schwachen Währung endlich in der Lage wäre, Standortvorteile geltend zu machen. Die norditalienische Wirtschaft könnte ihrerseits die Inflationsgefahren abschütteln, die sie zu erdrücken drohten. Im Visier der Liga sind die hohen Budget-Defizite wegen der Transferleistungen und sozialpolitisch begründeten Personalüberhängen in der öffentlichen Verwaltung Süditaliens. Durch die Teilung werde die Voraussetzung geschaffen, so die Liga, die norditalienischen Steuerzahler zu entlasten und damit die Nachteile der Währungsaufwertung auszugleichen. Und der Süden würde dennoch keinen Schaden nehmen, da die Europäische Union auch weiterhin mit Hilfgeldern einspringen werde. Doch ganz so einfach wie diese wirtschafts- und währungspolitischen Planspiele am grünen Tisch der Liga aufgehen, dürfte die Trennung nicht ausfallen. Schon jetzt deuten Warnsignale aus der Europäischen Kommission darauf hin, daß den EU-Partnern neue Komplikationen aus Italien auf dem Wege zur Währungsunion höchst ungelegen kämen. Die deutliche Abfuhr, die der Kommissionspräsident Jacques Santer einer Liga-Anfrage nach möglichen Modalitäten eines Beitritts von "Padania" erteilte, zeigt jedenfalls, daß Umberto Bossi und seine Mannen kaum Rückendeckung aus Brüssel erwarten können.

30 Newsletter vom 16.02.2007 - **Logik der Dekomposition**

MADRID/PARIS/LONDON/BERLIN (Eigener Bericht) - Die von Berlin und Washington forcierte Abspaltung des Kosovo ruft Befürchtungen vor Sezessionsbewegungen in ganz

is germanische Volk.



Jahre 800 und der Geburtsstunde Europas. Merkwürdig ist nur: Frankreich fehlt in diesem Reigen.

War Paderborn laut Bertelli „die Ausstellung des wieder vereinten Deutschlands“, so stärkt jetzt Brescia der nach Europa schauenden, föderalistisch-modern gesinnten Richtung Italiens den Rücken. „Das ist eine Aufwertung unserer Ahnen, denn viele unserer großen Familien in Brescia leiten sich von den Langobarden ab“, tönte es bei der Pressekonferenz zur Eröffnung der Ausstellung stolz vom Redner. „Alle europäischen Völker haben damals zusam-



Ihre Mäntel fixierten sie auf den Schultern mit schweren, aus Silber gegossenen Bogenfibeln (li.), und ihren Toten gaben sie kostbar vergoldete Einlegearbeiten mit ins Grab.

mengetragen, was zu einer neuen gemeinsamen Kultur führte“.

Nach den dargestellten Funden zu urteilen, verfügte dabei allerdings die mit Arabern und Byzantinern in Kontakt stehende langobardische Welt am Rande des Frankenreichs über die besseren Münzen. Hier wurden Goldstücke geprägt – im Frankenreich lief nur Silbergeld um.

Im süditalienischen Langobardenkloster San Vincenzo am Voltorno arbeitete eine Werkstatt für Emailschmuck, der bis nach Westfalen verbreitet wurde. Und die in Oldenburg ge-

fundene und ebenfalls in Brescia ausgestellte Prunkfibula, eine der ersten fränkischen Emailarbeiten, geht wahrscheinlich auf Mailänder Anregungen zurück.

Die Langobarden schrieben ab dem 7. Jahrhundert Rechtsgrundsätze fest, in die außer dem germanischen Recht auch die bei den Unterlegenen geltenden römischen Rechtsregeln aufgenommen wurden. Eine eigene langobardische Minuskelschrift galt bis lange nach der fränkischen Eroberung in Süditalien und an der Adriaküste des Balkans. Bei den Handschriften sind die Beispiele aus dem religiösen Bereich am schönsten verziert.

Die Langobarden errichteten in Italien zahlreiche Steinbauten. Ihre Reliefkunst brachte Meisterwerke hervor, von denen Beispiele aus der Hauptstadt Pavia, aus Mailand, aus der Toskana, Verona, Friaul, Mittel- und Süditalien glänzen. Der Goldschmuck ist wie bei vielen Völkern barbarischen Ursprungs reich, von der Miniaturarbeit bis zum riesenhaften Vortragekreuz des Königs Desiderius.

Doch nicht nur in der Goldschmiedekunst waren die Langobarden Meister. Auch im Elfenbein- und Steinrelief wächst ihre Formensprache aus dem germanischen Tierstil in eine mit römischen und byzantinischen Elementen spielende europäische Dimension.

Friedhelm Gröteke

>> „Die Zukunft der Langobarden“ (Il Futuro dei Longobardi) Kloster (bis 20.9.) und Museum Santa Giulia, Brescia (bis 19.11.) Di. - So. 10 - 20 Uhr Fr. bis 22 Uhr Ab 23. September Di. - So. 9 - 19 Uhr Fr. bis 21 Uhr Katalog Skira 130 000 Lire [www.longobardi.it](http://www.longobardi.it)

Europa hervor. Sollte es zu einer forcierten Ausgründung des Kosovo kommen, um der serbischen Provinz Eigenstaatlichkeit zu verleihen, werde man anderswo ähnlich vorgehen, drohen völkische Organisationen unter Hinweis auf das "Selbstbestimmungsrecht". **Betroffen sind unter anderem Spanien, Frankreich, Griechenland sowie Großbritannien. Insbesondere spanische Gruppierungen, die sich als "Basken" verstehen, streben die Auflösung des Zentralstaates an und beanspruchen Hoheitsrechte auch auf französischem Territorium.** Durch Zerschlagung der französischen Republik in völkische Parzellen soll ein einheitliches "Baskenland" entstehen. Um die territoriale Einheit Spaniens zu wahren, laufen konservative Kreise in Madrid gegen die Abspaltung des Kosovo Sturm. Die Folgen der Kosovo-Sezession werden Berlin angelastet. Vorfeldorganisationen der deutschen Außenpolitik stehen mit den völkischen Autonomisten in direktem Kontakt. In Paris weisen Kritiker auf die langjährige deutsche Zuarbeit für französische Separatisten hin, die mit Dezentralisierungsprojekten, grenzübergreifenden Euroregionen und der Förderung sogenannter Regionalkulturen den Nährboden für entschlossene Autonomieforderungen geschaffen hat. Die Abspaltung des Kosovo ist der "Einstieg in die Logik der Dekomposition der europäischen Staaten" und läuft letztlich auf eine Chaotisierung des internationalen Völkerrechts hinaus, warnt der französische Politikwissenschaftler Dr. Pierre Hillard im Gespräch mit dieser Redaktion.

Mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56747>

31 **Weinender Dritter** von Thomas Klau FTD-Online 23.08.2007  
**Europa hat sich daran gewöhnt, nicht hinzugucken: Wenn sich Belgiens Regierungsbildungen wieder einmal ewig hinziehen und der Dauerkonflikt zwischen Flamen und Wallonen das System bis an die Sollbruchstelle führt.**

Man kennt das - die Kompromissfähigkeit der Belgier wird es schon richten. Umgekehrt führen die armen Wallonen und die reichen Flamen ihren Autonomie- und Verteilungsstreit so, als ginge er nur sie etwas an. Verbissen ringen sie um jeden Konzessionsmillimeter, als gäbe es nichts Wichtigeres auf der Welt. Führende Zeitungen beider Landesteile heizen das Misstrauen an.

Weder in der belgischen Debatte noch im Blick Europas darauf werden die Folgen einer Spaltung eingepreist.

-----

\* Kopf des Tages: Yves Leterme: Risiko Pyrrhussieg ZUM THEMA  
(<http://www.ftd.de/koepfe/:Kopf%20Tages%20Yves%20Leterme%20Risiko%20Pyrrhussieg/211737.html> )

\* Belgiens Premier gesteht Wahlniederlage ein  
(<http://www.ftd.de/politik/europa/:Belgiens%20Premier%20Wahlniederlage/211068.html> )

\* Agenda: Extrem in der Mitte  
(<http://www.ftd.de/politik/europa/:Agenda%20Extrem%20Mitte/209187.html> )

\* Meldung über Staatsteilung schreckt Belgien auf  
(<http://www.ftd.de/politik/europa/141619.html> )

-----

Da wäre natürlich die Signalwirkung des Zerfalls eines Staates, der zu den Gründungsmitgliedern der Europäischen Union gehört: Reich spaltet sich von Arm, Menschen verschiedener Sprache schaffen es mitten in EU-Europa nicht mehr, in einem Staatswesen zusammenzuleben. Das sind Nachrichten, die die Welt nicht braucht. Doch leider will in Flandern eine wachsende Zahl transfermüder Bürger von Appellen an Altruismus nichts mehr wissen.

### **Ein Brüssel nach amerikanischem Vorbild**

Da wäre aber noch eine andere, ganz handfeste Folge, die in Europa ignoriert und in Belgien nicht durchdacht wird. Die Stadt und die Region Brüssel ist eine überwiegend

frankophone Enklave in Flandern. In Flandern wie in Wallonien stellt man sich deshalb vor, auf Brüssel im Falle einer Spaltung Belgiens einfach zu verzichten. Die Stadt samt ihren europäischen Institutionen würde dann direkter europäischer Verwaltung unterstellt, ähnlich wie Washington DC in den USA.

Lassen wir beiseite, dass die amerikanische Erfahrung mit dem miserabel regierten District of Columbia keine glückliche war. In Belgien wird die Rechnung ohne den europäischen Wirt gemacht - es wäre für alle Beteiligten wichtig, sich diese Tatsache klarzumachen. Sicher: Ein paar Regierungen, ein paar Kommentatoren, auch dieser Kolumnist, wären dafür, Brüssel nach einer Spaltung Belgiens direkt unter europäische Regierungsobhut zu nehmen. Die praktischen Probleme wären lösbar. Auf der symbolischen Ebene würde der föderale Charakter der EU spektakulär gestärkt.

Doch genau deshalb kann daraus nichts werden. Es geht gegen den Zeitgeist, auf so dramatische Weise die föderale Symbolik in der EU zu betonen. Das Vorbild DC schreckt ab. Die Bereitschaft, einem spaltbereiten Belgien mit der Europäisierung Brüssels auch noch die Trennung zu erleichtern, läge bei null.

Die überwältigende Mehrheit der EU-Partner würde vielmehr entscheiden, den Sitz der EU-Institutionen zu verlegen. Man müsste noch nicht einmal lange warten: In Luxemburg und Straßburg wären Gebäude, Begehrlichkeiten und Ansprüche vorhanden, und ein aufgelöstes Belgien hätte kein Veto mehr, den Umzug zu stoppen.

Wallonien und Flandern müssten zusehen, wie sie mit dem Management einer Millionenmetropole fertig würden, die nach einem Wegzug der Zehntausenden EU-Beamten, Lobbyisten und Wirtschaftsanwälte zum wirtschaftlichen Notstandsgebiet würde.

Viele Belgier machen sich nicht klar, dass in anderen EU-Ländern anders als bei ihnen kaum oder gar nicht von Brüssel als "europäischer Hauptstadt" die Rede ist: Europa erkennt nicht gern an, dass die EU Staat genug ist, eine Hauptstadt zu brauchen. Gewiss: Der Wegzug von Brüssel wäre eine Zäsur und ein politischer Schock. Er würde vielerorts aber auch als Chance zum Neubeginn der Union begriffen oder propagiert werden. Ich schreibe dies als jemand, der Brussel-Bruxelles als perfekten Ort für die europäische Kapitale empfindet.

Wie ernst ist die Lage wirklich? Die an den Regierungsverhandlungen beteiligten flämischen Parteien haben jüngst einen Forderungskatalog vorgelegt, der endgültig die Lunte an das separatistische Pulverfass legt. Mit Forderungen wie der nach flämischer Verfassungsautonomie wird objektiv betrachtet das Terrain für eine vollkommene Souveränität Flanderns bereitet. Auf wallonischer Seite will man derweilen noch nicht einmal die flämische Forderung, die massiven Solidartransfers von Nord nach Süd zu beschränken, als Denkanstoß für Reformen nehmen. Den braucht die Wallonie aber vielleicht für ihre wirtschaftliche Genesung.

In Belgien spielt der Monarch bei der Regierungsbildung noch eine Vermittlungsrolle: Vergangene Woche hat König Albert II. die festgefahrenen Verhandlungen ausgesetzt. Demnächst wird sich zeigen, wie schnell und in welcher Zusammensetzung man wieder zusammenkommt.

Und dann? Die bisherige Erfahrung lehrt, dass beide Seiten innehalten werden, bevor ihre Unbeugsamkeit den Zusammenhalt des Landes wirklich gefährdet. Doch dafür braucht es einen Brückenbauer. Der flämische Ministerpräsident Yves Leterme, der bisher die Verhandlungen zur Regierungsbildung führt, ist keiner - im Gegensatz zu seinen leutseligen Vorgängern Guy Verhofstadt und Jean-Luc Dehaene.

Im Süden gilt Leterme, der Belgiens Nationalhymne aus Provokation oder Unkenntnis beim Nationalfeiertag mit der Marseillaise verwechselte, als Inbegriff eines harten flämischen Nationalismus. Im Norden verkörpert er die Hoffnung darauf, dass die Frankophonen endlich zum Nachgeben gezwungen werden. Und aufhören, den Flamen das hart verdiente Geld abzujagen. Noch segelt das belgische Staatsschiff. Aber der Wind ist kein guter, und es ist nicht sicher, ob der Kapitän die Elemente beherrschen kann oder will.

Die EU-Staaten sollten die Entwicklung in Brüssel genau verfolgen und sich nicht blindlings darauf verlassen, dass auch dieses Mal alles wieder gut gehen wird. Es könnte leider der Zeitpunkt kommen, an dem Flamen und Wallonen gesagt werden muss, dass eine Spaltung Belgiens ihr Brüssel-Problem nicht lösen würde. Und auch sonst nicht zum europäischen Nulltarif zu haben ist.

32 Newsletter vom 23.01.2007 - **Sieger im Kalten Krieg**  
BELGRAD/ATHEN/MADRID/BERLIN (Eigener Bericht) - Griechenland bemüht sich um ein Defensivbündnis gegen die deutsche Südosteuropa-Politik. Anlass ist die bevorstehende Abtrennung des Kosovo, die maßgeblich von Berlin betrieben wird. Wie es in Athen heißt, wolle man mit den neuen EU-Mitgliedern Bulgarien und Rumänien eng kooperieren, um Maßnahmen gegen die weitere Zerstörung souveräner Staaten in der Region zu treffen. Griechenland und Rumänien sind von Separatisten bedroht, die sich auf Leitnormen der deutschen Außenpolitik berufen und von deren Vorfeldorganisationen gestützt werden. Wenige Tage vor einem Treffen der sogenannten Kosovo-Kontaktgruppe (26. Januar), auf dem Berlin nach langjähriger Vorarbeit die endgültige Abtrennung der südserbischen Provinz beschließen will, kündigt sich heftiger Streit an. Als sicher gilt, dass die EU in Zukunft die Kontrolle über das Protektorat übernehmen wird. Russland stellt sein Veto gegen die Sezession in Aussicht, worauf mehrere westliche Staaten mit der einseitigen Anerkennung eines selbsternannten Kosovo-Staates drohen. Der russische Präsident warnt vor einer zunehmenden "Verachtung grundlegender Prinzipien des Völkerrechts" und vor einem daraus resultierenden neuen Wettrüsten der Großmächte.

Mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56705>

### 33 **BÜCHSE DER PANDORA – KOSOVA In Wien sind gegenwärtig die Verhandlungen um den zukünftigen Status des Kosova zum Stillstand gekommen.** (S. 52 - 54)

Newsletter vom 13.02.2007 - **Selbstbestimmung**  
BELGRAD/PRISTINA/TIRANA/BERLIN (Eigener Bericht) - Serbien soll seine Südprovinz Kosovo aufgeben und sich der fördernden Kontrolle der ehemaligen Kriegsgegner unterstellen. So lautet das Angebot, das die deutsche Ratspräsidentschaft der Belgrader Regierung am gestrigen Montag unterbreitet hat. Als Lohn für den Verzicht auf den Kosovo werden Gespräche über ein "Assoziierungsabkommen" mit der EU offeriert. Die territoriale Selbstamputation, die Berlin namens der EU erwartet, würde die Verfassung Serbiens brechen und einen folgenschweren Präzedenzfall schaffen: die erzwungene Sezession von Staatsteilen unter Berufung auf das "Selbstbestimmungsrecht" gewalttätiger Minderheiten. Entsprechende Theorien verbreiten Vorfeldorganisationen der Berliner Außenpolitik seit Jahren und zielen auf die Zerstückelung der deutschen Nachbarnationen. Die Offerte der Berliner Ratspräsidentschaft erfolgt nach Demonstrationen gewalttätiger kosovarischer Sezessionisten, die am vergangenen Wochenende zwei Menschenleben forderten. Angestiftet werden die Unruhen von einer terroristischen Organisation, die den Verzicht auf humanitäre Standards im Kosovo fordert und eine Außenstelle in Deutschland unterhält. Ihr Anführer gehörte während der Vorbereitung auf den Jugoslawien-Krieg 1999 zu den Verhandlungspartnern des ehemaligen deutschen Außenministers Klaus Kinkel und kooperierte dabei mit der von Deutschland unterstützten Untergrundarmee UCK. Deren Anführer regieren heute in Pristina. Die aktuellen Gewalttaten sind eine Folge des damals von Berlin forcierten Machtwechsels, der mutmaßlichen Kriegsverbrechern und Kriminellen entscheidenden Einfluss im Kosovo gesichert hat. Mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56742>

Russische Nachrichten-Agentur NOWOSTI – Politik – International **Russische Expertin: Bestimmung des Kosovo-Status schafft einen Präzedenzfall für Europa**

MOSKAU, 14. August (RIA Novosti). Die Situation mit der Bestimmung des Status des Kosovo schafft nicht nur für die Nachbarn der Region, so für Mazedonien, sondern auch für Europa insgesamt einen Präzedenzfall.

Diese Auffassung vertrat die stellvertretende Vorsitzende des Staatsduma-Ausschusses für Auswärtiges Natalja Narotschnizkaja.

Die Geschichtswissenschaftlerin sprach im Rahmen der Videobrücke Moskau - Washington - Tiflis, die von RIA Novosti organisiert wurde und der Kosovo-Thematik gewidmet war.

Auf den europäischen Maßstab des Kosovo-Falls eingehend, erwähnte Natalja Narotschnizkaja den baskischen Konflikt, das Problem der Zugehörigkeit von Ulster und den korsikanischen Separatismus.

Nach Ansicht der Abgeordneten wird „der Kosovo-Fall die Rolle eines politischen Präzedenzfalls spielen“. Durch die Situation um den Kosovo werde auch die Zersplitterung von Staaten in Europa möglich, sagte Natalja Narotschnizkaja.

„Wie kann nur eine überaus grobe Verletzung des Völkerrechts und die gewaltsame Abtrennung eines angestammten Teils des Territoriums ... zu einer Stabilität führen?“, fragte sich die Abgeordnete.

Ein weiterer Teilnehmer der Fernsehbrücke, Prof. Edward Joseph an der John-Hopkins-Universität (USA), kommentierte die Bemühungen des Westens um die baldigste Lösung der Kosovo-Frage. Wegen der verzögerten Lösung des Kosovo-Problems werde die Völkergemeinschaft mit gewissen Risiken, darunter auch mit der Möglichkeit einer Störung der Stabilität und der Abgleitung der Situation in die Gewalt, konfrontiert, sagte Edward Joseph.

Nach Ansicht des US-Experten ist der vom UN-Sonderbeauftragten Martti Ahtisaari unterbreitete Plan für Kosovo-Regelung gerecht und entspricht den Interessen der Serben.

Der Ahtisaari-Plan sieht die so genannte „kontrollierte Unabhängigkeit“ für den Kosovo vor, die die Abspaltung der Region von Serbien und eine dauernde Präsenz internationaler Organisationen beinhaltet. Belgrad hat den Ahtisaari-Plan abgelehnt.

Laut Joseph habe Ahtisaari bei der Ausarbeitung des Plans den Umstand berücksichtigt, dass „die Kosovo-Serben und die Kosovo-Albaner einen großen Vorrat an Feindschaft gegeneinander haben“.

Ahtisaari „hat die Situation nach Kräften mit den Serben und den Albanern erörtert und schließlich einen Kompromiss gefunden, der es gestatten könnte, die Serben und ihre Religion zu schützen und ihnen das Leben im Kosovo zu ermöglichen“, sagte der Experte.

Die Region Kosovo, die formell zu Serbien gehört, untersteht seit 1999 der UNO-Verwaltung. Die Verhandlungen zwischen Belgrad und Pristina über den endgültigen Status der Region, die im Laufe des Jahres 2006 in Wien unter internationaler Vermittlung geführt worden waren, brachten kein Ergebnis.

Infolge dessen wurde die Resolution zum Kosovo-Status nicht in den UN-Sicherheitsrat eingebracht.

Die Frage der Erarbeitung des endgültigen Kosovo-Status ist der Kontaktgruppe überantwortet worden, die eine neue Runde der Direktverhandlungen zwischen Belgrad und Pristina vorbereiten soll. Der Kontaktgruppe gehören die USA, Großbritannien, Frankreich, Italien, Deutschland und Russland an.

**USA drohen mit Kosovo-Alleingang** Financial Times Deutschland 20.07.07  
Die USA wollen die Unabhängigkeit des Kosovo ohne den UN-Sicherheitsrat durchsetzen, sollte sich Russland dort nicht kooperativ zeigen. Russland lehnt den bisherigen Vermittlungsvorschlag ab und droht mit einem Veto.  
"Wir fühlen uns einem unabhängigen Kosovo verpflichtet und wir werden dahin kommen - auf dem einen oder auf dem anderen Weg", sagte Rice. Unterdessen schlug der Regierungschef der abtrünnigen südserbischen Provinz, Agim Ceku, den 28. November als Tag für die Unabhängigkeitserklärung vor.

Der Sicherheitsrat wollte sich am Freitag mit dem Thema befassen. Es galt aber weiter als wenig wahrscheinlich, dass es dabei schon zu einer Abstimmung über die geplante Uno-Resolution kommt. Die Sitzung des höchsten Uno-Gremiums war am Donnerstag auf Wunsch der westlichen Länder überraschend um einen Tag verschoben worden. Der amtierende Ratsvorsitzende Wang Guangya aus China gab keine Gründe für die Entscheidung an.

### **Ringens um Zustimmung**

Nach Informationen aus diplomatischen Kreisen ringen die westlichen Länder hinter den Kulissen nach wie vor um eine Zustimmung Russlands. So kam Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) in Berlin mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow zusammen. Lawrow legte auf der Rückreise vom Treffen des Nahost- Quartetts in Lissabon einen Zwischenstopp in Berlin ein.

Moskau lehnt den auch von Deutschland unterstützten Uno- Resolutionsentwurf ab. Als traditionelle Schutzmacht der Serben fürchtet Russland, dass die Resolution letzten Endes auf eine Unabhängigkeit des Kosovos hinauslaufen würde, wie sie Uno-Sonderversmittler Martti Ahtisaari vorgeschlagen hat.

Die Chancen auf eine Einigung im Sicherheitsrat über ein gemeinsames Vorgehen waren in den vergangenen Tagen zunehmend geschwunden. Russland hat trotz mehrerer Zugeständnisse der westlichen Länder sein Veto angekündigt. Damit droht unter Umständen die Anerkennung der Krisenprovinz als unabhängiger Staat durch die USA und EU-Staaten. Dies könnte schwerwiegende Folgen für die Situation auf dem Balkan haben.

### ----- ZUM THEMA

\* Serbien warnt vor Anerkennung des Kosovo

(<http://www.ftd.de/politik/europa/:Serbien%20Anerkennung%20Kosovo/226988.html> )

\* Das Kosovo-Dilemma

(<http://www.ftd.de/politik/international/:Das%20Kosovo%20Dilemma/211851.html> )

\* G8-Gipfel: Russland blockiert Einigung zum Kosovo

(<http://www.ftd.de/politik/international/:G8%20Gipfel%20Russland%20Einigung%20Kosovo/206509.html> )

\* Kosovaren billigen Uno-Plan

(<http://www.ftd.de/politik/europa/:Kosovaren%20Uno%20Plan/183104.html> )

### ----- **Ceku appelliert an USA und EU**

Nach dem Vorschlag des Kosovo-Regierungschefs Ceku könnte das Kosovo-Parlament einseitig die Souveränität des neuen europäischen Staates verkünden. Ceku sagte, zuvor könne noch 120 Tage mit Serbien verhandelt werden, wie es von den USA und der EU geplant sei.

Wegen der Ablehnung durch Russland sieht Ceku keine Chance mehr, im Uno-Sicherheitsrat die Billigung für die Unabhängigkeit zu erhalten. Er appellierte an die USA und die EU, ihre Resolution wegen des drohenden russischen Vetos nicht im Sicherheitsrat zur Abstimmung vorzulegen. Belgrad bietet statt der Abspaltung weitgehende Autonomie an.

**34 Angemerkt sei, dass diese Massen an Kapital nur als AG über die Börse und deren shareholder value Bedingungen beschafft werden kann. Dass kein Staatsunternehmen dazu in der Lage ist, liegt in den bürgerlichen Rechtsformen begründet. Und welcher Nationalstaat bitteschön könnte es sich angesichts Eichmanns-Logistikleistungen erlauben, dass ausgerechnet die deutsche Staatsbahn im 21. Jahrhundert ihr nationales Eisenbahnwesen schluckt?**

Newsletter vom 22.01.2007 - **Der Herr der Wege**

LONDON/MOSKAU/DUBAI/BERLIN (Eigener Bericht) - Der Aufstieg der Deutschen Bahn AG zu einer beherrschenden Position im europäischen Schienenverkehr stößt auf Widerstand

in Großbritannien. Bahnchef Mehdorn will die Milliardenenerlöse der bevorstehenden Privatisierung des Unternehmens nutzen, um die Bahngesellschaften mehrerer EU-Mitglieder zu übernehmen. Schreite Brüssel nicht gegen diese Art staatlicher Subventionen ein, werde man es schon bald mit einem "monströsen, europäischen Bahn-Monopolisten" zu tun haben, heißt es in London. Die geplante Expansion der Deutschen Bahn AG ist Teil eines umfassenden Ausbaus der deutschen Logistikwirtschaft, der staatlich gefördert wird und den Hauptrichtungen des boomenden deutschen Außenhandels folgt. Berlin treibt derzeit Logistikgeschäfte in Ländern des Nahen und Mittleren Ostens sowie in Russland voran. Während der Persische Golf zur Drehscheibe für Ausfuhren in die arabische Welt ausgebaut wird, gilt die Russische Föderation als "Korridor" für Landtransporte nach China - Waffenlieferungen an den afghanischen Kriegsschauplatz inklusive. Ergänzend finanziert die Bundesregierung die Expansion des deutschen Seehandels mit weiteren Milliardenbeträgen. Ziel ist die dominierende Stellung Deutschlands im globalen Warentransport ("Transportweltmeister"). Mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56704>

HANDELSBLATT, Montag, 17. September 2007, Expansion in Südosteuropa  
**Bahn erwägt Einstieg in Slowenien** Von Oliver Stock

**Die slovenische Regierung möchte nicht nur ihre defizitäre Eisenbahn, sondern auch den rentablen, börsennotierten Hafen Koper sowie die ebenfalls börsennotierte Spedition Intereuropa verkaufen. Möglicher Interessent ist die Deutsche Bahn (DB), die in Südosteuropa expandieren will. Die Ausschreibung soll Anfang 2008 beginnen.**

WIEN. Das derzeit interessanteste Projekt der DB könnte sich in Slowenien ergeben. Das kleine Land, das seit diesem Jahr zur Eurozone gehört, ist für den Durchgangsverkehr in den Balkan interessant und zählt zu den fortgeschrittensten Regionen in Osteuropa. Derzeit wird eine Ausschreibung vorbereitet.

DB-Chef Hartmut Mehdorn dürfte sich bei seinem Besuch im vergangenen Monat in Ljubljana und seinem Gespräch mit dem slowenischen Regierungschef über das Thema informiert haben. Bislang steckt das Projekt allerdings noch in einer frühen Phase. Sogar über den Wert der einzelnen Gesellschaften und die Menge der Anteile, die verkauft werden sollen, herrscht noch keine Einigkeit, weshalb die Regierung auch noch keinen Mindestpreis festlegen kann. Ein DB-Sprecher rechnet damit, dass hier bis Ende des Jahres Klarheit herrschen könnte, sodass die eigentliche Ausschreibung im Frühjahr 2008 starten kann. Dass die DB dann ein Angebot macht, ist wahrscheinlich, aber noch nicht entschieden. „Wir sind natürlich an einer Expansion ins Ausland interessiert“, sagte der Sprecher lediglich.

In Slowenien wird fest mit einem Verkauf gerechnet, wie beispielsweise allein der Aktienkurs der Hafengesellschaft zeigt, der sich trotz Einbrüchen in den vergangenen Wochen in diesem Jahr bereits mehr als verdoppelt hat. Koper profitiert von vergleichsweise kurzen Seetransportwegen in die Wirtschaftszentren Zentral- und Osteuropas sowie des fernerer Ostens. Ein Problem ist allerdings die langsame Eisenbahnanbindung Kopers. Hier plant die Regierung in Ljubljana einen Ausbau der Strecke auf Hochgeschwindigkeitsstandard.

Der Investitionsbedarf des Eisenbahnsystems wird von Fachleuten auf neun Mrd. Euro innerhalb der nächsten 15 bis 20 Jahre geschätzt. Für die DB dürften, wie der Sprecher feststellte, Investitionen in ausländische Netze nicht in Frage kommen, weswegen vor einem Verkauf auch die klare Trennung zwischen Netz und Betrieb ein Kriterium sein dürfte. Interessant für mögliche Käufer ist auch die Spedition Intereuropa, die mit ihrer Beteiligung an südosteuropäischen Firmen im ersten Halbjahr 2007 auf einen Umsatz von rund 120 Mill. Euro gekommen ist und dabei einen Gewinn von knapp 25 Mill. erzielte.

**Die DB hat auf ihrem Weg zur börsennotierten Aktiengesellschaft bereits mehrere Expansionsschritte ins Ausland unternommen. Dabei beteiligt sie sich vorwiegend mit ihrer Gütertransportgesellschaft Railion an Unternehmen in Europa. In Polen zum**

**Beispiel hat sich Railion mit 70 Prozent an East West Railways eingekauft. Der Eisenbahnbetreiber mit Sitz in Breslau soll die südpolnische Industrieregion mit Deutschland verbinden. Mit den russischen Eisenbahnen schloss die DB im Bereich der Logistik ein Joint Venture ab. In Westeuropa ist sie zuletzt in Spanien auf Einkaufstour gegangen. Die Bahntochter Schenker hat die Logistikgruppe Spain-Tir übernommen. Auch die Mehrheit an der spanischen Gütereisenbahn Transfesa gehört seit dem vergangenen Monat der DB, die dadurch mit Abstand zum größten Logistikunternehmen auf der iberischen Halbinsel geworden ist.**

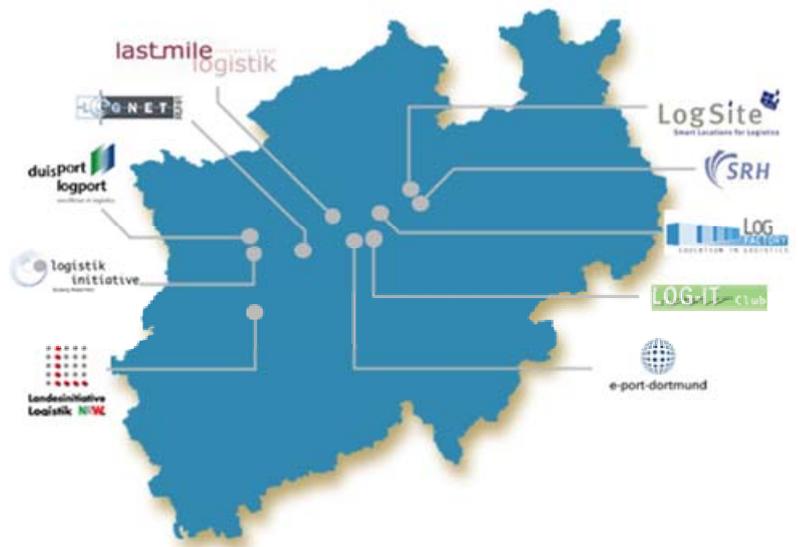
Bei der Konkurrenz wird die Expansion des ehemaligen Staatsmonopolisten skeptisch gesehen. Kritiker ist etwa Klaus-Michael Kühne, Verwaltungsratspräsident des Logistikers Kühne + Nagel. Der Österreich-Geschäftsführer des Konzerns spricht von „einer Bankrotterklärung der europäischen Verkehrspolitik“, falls die DB als „staatlicher Monopolist“ in Slowenien zum Zuge kommt.

### **Die Logistik-Sparte der Deutschen Post geht in der globalen Expansion voran:**

Newsletter vom 26.02.2007 - **Größenvorteile ausschöpfen**

BONN (Eigener Bericht) - Nach neuen Rekordergebnissen bereitet die Deutsche Post umfangreiche Investitionen an globalen Schwerpunkten der deutschen Wirtschaftsexpansion vor. Der Konzern sei "hervorragend aufgestellt", urteilte Vorstandschef Klaus Zumwinkel in der vergangenen Woche nach Bekanntgabe der Jahresresultate 2006. Nun will das Unternehmen seine dominierende Position als Weltmarktführer in der Logistik behaupten und vor allem dort ausbauen, wo eine starke Zunahme deutscher Exporte erwartet wird. Als vorrangig gelten Projekte in der Volksrepublik China, deren Bedeutung

als Handels- und Produktionspartner deutscher Firmen weiter wächst. Wie es heißt, soll das China-Geschäft von DHL in Zukunft die Geschäfte in den Vereinigten Staaten übersteigen. Schwerpunkt der Expansion ist daneben die Boomregion am Persischen Golf. Am Ausbau der dortigen Infrastruktur zu einem globalen Handelsdrehkreuz sind bereits mehrere deutsche Konzerne beteiligt, darunter die Deutsche Bahn AG. Die neuen Investitionen der Deutschen Post, mit denen US-Konkurrenten am Aufstieg gehindert werden sollen, erfolgen ungeachtet steigender Spannungen am Golf und ungeachtet eines möglichen weiteren Krieges in der Region. Mehr: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56761>



35 siehe ZENIT [http://www.zenit.de/d/cluster/cluster\\_nrw/logistik/karte.php](http://www.zenit.de/d/cluster/cluster_nrw/logistik/karte.php)

36 **Dieser neuen Studie zu Folge konzentriert sich das Kapital in der BRD tendenziell auf 6 Standorte/Gebiete/Großräume/Regionen. Das Wichtige hieran ist für unsere Analyse der Fakt, dass alle anderen geographischen Räume dabei deutlich zurückfallen.** Handelsblatt Standort-Check (S. 56 - 59)

**Rhein-Ruhr-Region lockt Konzerne an** Von Dieter Fockenbrock  
**Das Rhein-Ruhr-Gebiet und der Großraum München sind mit Abstand die beliebtesten Standorte der führenden deutschen Unternehmen. In beiden Regionen sind jeweils 22**

**der 124 deutschen Top-Konzerne angesiedelt. Damit hat München mit dem nordrhein-westfälischen Standort gleichgezogen. Andere Standorte in Deutschland können in diesem Zweikampf der industriellen Kernregionen nicht mithalten, sie fallen deutlich ab.**

DÜSSELDORF. Allein in den vergangenen zehn Jahren haben sich in München sechs Medien- und Biotechunternehmen angesiedelt. Doch mit dem geplanten Börsengang des Chemie- und Stromkonzerns RAG wird das traditionsreiche Revier in Nordrhein-Westfalen ab 2008 wieder vorne liegen.

Das ist das Ergebnis einer Analyse des Handelsblatts in Zusammenarbeit mit dem Institut für Wirtschaftsprüfung (IWP) an der Universität Saarbrücken und der Unternehmensberatung Oliver Wyman. Untersucht wurden die Industrie-, Dienstleistungs- und Handelskonzerne aus den Börsenindizes Dax, MDax, SDax und TecDax.

Die nach wie vor starke Stellung des Rhein-Ruhr-Gebiets zeigt, dass es dem alten Industriestandort gelungen ist, auch neue Wirtschaftszweige anzulocken. Neben dem Energiekonzern Eon und Konsumgüterhersteller Henkel siedelten sich Firmen wie Qiagen (Biotechnologie), QSC (Kommunikation) und Solarworld an.

### **Frankfurt verliert Anschluss**

Die Bedeutung der Konzernsitze von Firmen ist für die einzelnen Regionen nicht zu unterschätzen. „Von den Entscheidungscentralen der Unternehmen gehen wichtige Impulse für das Umfeld aus“, sagt Uwe Neumann, Wissenschaftler am RWI-Institut in Essen. Unternehmensnahe Dienstleister wie beispielsweise Berater siedelten sich daher bevorzugt im Umfeld großer Konzerne an. Ein Zweigbetrieb werde schon eher einmal stillgelegt. Hinzu komme der positive Imageeffekt für eine Region, in der viele große Konzerne angesiedelt sind.

Auch eine Prognos-Studie über die Zukunftsfähigkeit der deutschen Städte vom März dieses Jahres ergab, dass sich weite Teile des Südens auf der Überholspur befinden. Unangefochten an der Spitze des sogenannten „Zukunftsatlas“ lag allerdings der Ballungsraum München. In NRW war vor allem Düsseldorf als besonders wettbewerbsfähig aufgefallen.

Nach dem jetzigen Firmencheck befindet sich insbesondere das Rhein-Main-Gebiet auf absteigendem Ast. Der Raum um Frankfurt hat einen enormen Aderlass hinter sich. In den vergangenen Jahren gingen Namen wie Hoechst (Chemie), Agiv (Mischkonzern) oder Metallgesellschaft (MG) verloren. Die Überreste der früheren MG firmieren heute als Maschinen- und Anlagenbauer Gea in Bochum, Ex-Hoechst-Werke produzieren zwar noch im Raum Frankfurt, das Unternehmen ist aber in dem französischen Pharmakonzern Sanofi aufgegangen. Die Agiv ist praktisch entkernt und aufgelöst. Und schon bald dürfte auch der Name des Zementherstellers Dyckerhoff aus Wiesbaden vom Kurszettel verschwinden, wenn Großaktionär Buzzi Unicem den Abschied von der Börse einleitet.

Für IWP-Direktor Karlheinz Küting spiegelt sich in der Standortverteilung der Unternehmen die „wachsende Konzentration der Wirtschaft auf einige Standorte“ wider. Bestes Beispiel dafür sei der Industriegasekonzern Linde, der nach Abspaltung des Gabelstaplergeschäfts nach München umgezogen ist. Die Bayern-Metropole profitiert auch von der Siemens-Familie. Die Chiphersteller Infineon und Epcos wurden von der Konzernmutter abgespalten und firmieren jetzt eigenständig im Dax und TecDax. Zugleich präsentiert sich allein der Münchener Raum als Zentrum für Biotechnologie und Medien. Dafür stehen Firmen wie GPC Biotech oder Pro Sieben Sat 1.

Überraschend gut schlägt sich die Region Hamburg mit neun Firmenzentralen – auch wenn es außer dem Konsumgüterhersteller Beiersdorf nicht unbedingt die größten Konzerne sind, die sich in der Hansestadt angesiedelt haben. Dass der Raum Ludwigshafen-Mannheim mehr börsennotierte Top-Namen ausweist als Stuttgart, ist ebenso unerwartet. Die scheinbare Bedeutungslosigkeit des Stuttgarter Raums erklärt sich für Neumann aus der geringen Zahl großer börsennotierter Konzerne.

Dafür gebe es dort sehr viele mittelgroße Firmen. „Dem Revier fehle dagegen eher der breite Mittelstand; ein gesundes Wirtschaftsgefüge lebt aber vom Zusammenspiel aus großen Konzernen und Mittelständlern, sagt der RWI-Experte. Immerhin: Stuttgart ist mit Daimler-Chrysler Sitz des größten deutschen Industriekonzerns – möglicherweise nicht mehr lange. Durch die Trennung von Chrysler verliert der schwäbische Autokonzern 47 Mrd. Euro Umsatz und zieht etwa gleich mit Volkswagen. Je nach Geschäftsentwicklung im laufenden Jahr kann es durchaus sein, dass VW sich an die Spitze der Industriekonzerne dieses Landes setzen wird.

#### **Standortwettbewerb verschärft sich**

**Sechs Zentren: Die wirtschaftlichen Unterschiede in Deutschland nehmen zu. Experten beobachten eine wachsende Konzentration der Unternehmen auf sechs Kernregionen mit guten Zukunftsperspektiven.**

Größe zählt: Nicht nur die Zahl der Konzerne in einer Region zählt. Auch die Größe der Unternehmen ist wichtig fürs Image und für die Entwicklung. Hier führt das Rhein-Ruhr-Gebiet auch weiterhin klar vor der Bayernmetropole. Allein acht Dax-Konzerne sind in der Region zwischen Essen und Bonn angesiedelt. München kommt auf fünf.

#### **Nach diesem Artikel konzentriert sich das Kapital in Japan auf nur 3 Regionen**

HANDELSBLATT, Sonntag, 23. September 2007

Nach den Reformen

**Nippon AG spürt Schattenseiten des Erfolgs**

Von Angela Köhler

**Japan bekommt einen neuen Premier. Die Wirtschaft sieht dem Wechsel an der Regierungsspitze gelassen entgegen. Doch hinter guten gesamtwirtschaftlichen Daten verbergen sich viele Probleme. Längst spüren die erfolgsgewohnten Japaner die Risiken und Nebenwirkungen der gesellschaftlichen Radikalkur.**

TOKIO. Formell wird nun alles schnell gehen. Am Sonntag haben die 538 Parlamentarier und Basisfunktionäre von Japans Liberal-Demokraten (LDP) ihren neuen Vorsitzenden gewählt – dabei konnte sich der favorisierte frühere Chefkabinettssekretär Yasuo Fukuda (71) gegen Ex-Außenminister und LDP-Generalsekretär Taro Aso (66) behaupten. Am Dienstag wird der neue Parteichef dann mit der komfortablen Koalitionsmehrheit im Unterhaus zum Premier gekürt, noch am selben Tag stellt er Kaiser Akihito sein Kabinett vor.

Anscheinend routiniert geht Japan zur Tagesordnung über. Entsprechend unaufgeregt reagiert die Wirtschaft auf den Wechsel an der Führungsspitze. Der mächtige Chef des Unternehmerverbandes Keidanren, Fujio Mitarai, mahnte bisher nur, die Politik solle kein längeres Vakuum zulassen, den Reformkurs fortsetzen, die Steuern senken und den Industriedampfer auf klarem Wachstumskurs halten.

Diese Gelassenheit mag der in Jahrzehnten gewonnenen Erfahrung geschuldet sein, dass Regierungen im fernöstlichen Industriereich stets nur kurz bestehen. Selbst charismatische Premiers haben – mangels klarer Richtlinienkompetenz – mehr administriert als geführt. Japan wird traditionell von einflussreichen Polit-Zirkeln und Spitzenbürokraten regiert. Das führt zu der Erwartung, dass die sich nun abzeichnende Übergangsregierung, die durch eine starke Opposition im Oberhaus weitgehend handlungsunfähig ist, die Konjunktur kaum verderben wird.

Trotz deutlicher Konjunkturkorrekturen für das zweite Quartal glauben die meisten Experten auf mittlere Sicht an einen weiteren Aufschwung. Immerhin ergibt sich für das erste Halbjahr im Zwölfmonatsvergleich ein Realwachstum von 2,5 Prozent. Wenn die US-Hypothekenkrise nicht doch noch zu einer globalen Rezession führt, sind für Japan auch im Gesamtjahr 2007 sowie für 2008 Zuwächse von deutlich über zwei Prozent zu erwarten. Vor allem die Industrie profitiert von der – mit bisher 66 Monaten – längsten Wachstumsphase der Nachkriegsgeschichte. Fast alle großen Firmen der Nippon AG wirtschaften an den Grenzen ihrer Kapazitäten. Die jüngsten Arbeitsmarktdaten weisen für jeden Jobsuchenden 1,06 Stellenangebote aus.

Aber dieser statistische Aufschwung ist in Japan unausgewogen verteilt. Die Löhne und Gehälter stagnieren, die Sozialkosten schießen durch die Decke, viele Rentenanprüche sind ungewiss und das Wohlstandsgefühl beschränkt sich auf die industriellen Ballungsgebiete Tokio, Osaka und Nagoya. Zwar sank die Arbeitslosenrate auf 3,7 Prozent und damit den niedrigsten Stand seit neun Jahren, aber vielen Jugendlichen zwischen 25 und 35 Jahren fehlen akzeptable Jobs. Sie gehören zur „Generation der verlorenen Dekade“, als Japan in Deflation und Stagnation verharrte. Diese rund 2,5 Millionen Söhne und Töchter Nippons schlagen sich als „freeter“, Teilzeitarbeiter oder gar Tagelöhner, durch ihr Leben, ohne Chance auf eine Festanstellung.

Längst spüren die erfolgsgewohnten Japaner zwischen Hokkaido und Okinawa auch Risiken und Nebenwirkungen der gesellschaftlichen Radikalkur, die Anfang des Jahrzehnts unter Premier Junichiro Koizumi begann. „Dessen Liberalisierung hat die Nation tief gespalten“, sorgt sich LDP-Lobbyist Dan Harada. Erstmals seit den Aufbau- und Wirtschaftswunderjahren nach dem Zweiten Weltkrieg klafft die Schere zwischen Arm und Reich weit auseinander. Die angeblich egalitäre Gesellschaft, in der sich vor Koizumi etwa 90 Prozent der Menschen selbst zur Mittelklasse rechneten, erweist sich als Illusion.

Eine Umfrage der Wirtschafts- und Finanzzeitung „Nihon Keizai Shimbun“ beleuchtet, dass sich nur noch gut jeder zweite Japaner dem Mittelstand zuordnet, mehr als jeder Dritte sich aber bereits als Unterklasse empfindet. Vor zwei Jahren stand dieses Verhältnis noch bei 75:20. Die Frage, ob es ihnen besser gehe als vor der Jahrtausendwende, beantworteten gerade mal elf Prozent der Japaner positiv.

Auch das ist eine Folge der Reformen. Das Senioritätsprinzip mit der Bezahlung nach Alter und Dienstjahren ist weitgehend ersetzt durch eine Leistungsvergütung, bei der nur die Erfolgreichen auf ihre Kosten kommen. Das Bildungssystem fördert immer deutlicher Eliten, Unternehmen wenden sich ihren Aktionären zu und betrachten sich nicht länger als soziale Jobmaschinen. Dieser globale Vorgang hat Japan wie ein Vorschlaghammer getroffen. So stieg unter Koizumi die Zahl der Sozialhilfeempfänger um 35 Prozent. Zwar weist Japan mit umgerechnet 9,8 Bill. Euro die weltgrößten Spareinlagen auf, aber ein Viertel aller Haushalte hat so gut wie nichts auf dem Konto – doppelt so viele wie vor fünf Jahren.

Kein Wunder, dass immer mehr Japaner so pessimistisch wie seit fast 50 Jahren nicht mehr in die Zukunft schauen. Bei jüngsten Umfragen machen sich mehr als zwei Drittel der Erwachsenen Sorgen um ihre soziale Absicherung, berichtet die nationale Nachrichtenagentur Kyodo. Das sind auch zig Millionen Wähler. Der künftige Regierungschef Fukuda weiss, dass er diese Menschen mit einer „Politik der zweiten Chance“, wie sie die bisherige Regierung nannte, aber kaum praktizierte, für sich gewinnen muss. Die jüngsten Szenarien in Tokio gehen davon aus, dass die Opposition vielleicht noch in diesem Jahr Neuwahlen erzwingen will. Ohne spürbare Hinwendung zu den „Verlierern“ des Wiederaufschwungs, stehen die Chancen für die regierenden Liberal-Demokraten schlecht.

37 Siehe z.B. Skizzierung in Absatz: *Kernelemente nationaler Politik in:*

**Ein Schritt näher am Abgrund von DeutschEUROland** - Juli 2007

<http://www.mxks.de//files/nation/DEURO07n.pdf>

**Im Supranationalen Rahmen:**

**Das dialektische Umschlagen ökonomischer Potenz zu politischer Machtstellung brachte nicht nur das Begehren der BRD/Japans um einen Ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat hervor, sondern treibt AKTUELL ebenso die BRIC-Ländergruppe in die politisch-ökonomische Offensive:**

HANDELSBLATT, Montag, 20. August 2007 – Serie Internationale Organisationen

**Mit der Wirtschaft wächst das politische Ego** Von Dirk Herbermann

**Die Schwellenländer China, Indien, Südafrika und Brasilien pochen auf mehr Einfluss auf der internationalen Bühne: Von der Uno über die WTO bis hin zum Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Die alten westlichen Vormächte USA,**

**Großbritannien, Frankreich und auch Deutschland fürchten um ihre Dominanz. Denn die Newcomer haben gleich mehrere Asse im Ärmel.** Teil eins einer Handelsblatt-Serie. GENF Brasiliens Präsident Luiz Inácio Lula da Silva stapft vor die Uno-Vollversammlung und mustert die Staats- und Regierungschefs. Schließlich donnert er los: Brasilien soll einen ständigen Sitz im Uno-Sicherheitsrat haben. Die permanenten Mitglieder des mächtigsten Uno-Gremiums müssten ihre Privilegien mit anderen Ländern teilen. „Wir können nicht überall in der Welt Demokratie fordern“, sagt Lula, „ohne Demokratie in der Uno zu verwirklichen.“ Der Mann aus Brasilia schleuderte seine Worte im September 2006 vor das Weltparlament, im September dieses Jahres will er wieder in New York vorstellig werden. Brasilien wird dann abermals die Machtverteilung im internationalen System attackieren.

Auch der Club der sieben etablierten Industriemächte plus Russland (G8) ist vor dem Andrang aus dem Süden nicht mehr sicher. Diplomaten prognostizieren: Entweder mutieren die G8 zu einer G12 oder G13 – oder aber G8-Gipfel wie in Heiligendamm rutschen in die Bedeutungslosigkeit. „Lange hat der Westen den Schwellenländern einfach nicht zugehört“, bilanziert der indische Publizist Chakravarthi Raghavan: „Jetzt denken die Schwellenländer: Genug ist genug.“

Vor allem die stürmische Entwicklung ihrer Märkte stärkt das Selbstbewusstsein der neuen Mächte. China zieht jährlich die Rekordsumme von mehr als 100 Mrd. Dollar an ausländischen Investitionen an. Und China wird Deutschland, laut WTO-Experten, in den nächsten Jahren als Exportweltmeister verdrängen. Indien und Brasilien führten 2005 gegenüber 2004 um jeweils rund ein Viertel mehr Waren aus.

Die Weltbank prognostiziert: Der Boom wird noch rasanter: Die Entwicklungsländer mit den Großen wie China und Indien an der Spitze werden zwischen 2005 und 2030 ihren Output verdreifachen. Eng mit dem Aufschwung geht die Aufrüstung einher: Einen guten Teil der sprudelnden Staatseinnahmen stecken Peking, Delhi & Co in ihre Streitkräfte.

Auch die Bevölkerung der Herausforderer wächst und wächst. Schon heute leben in China, Indien, Brasilien und Mexiko insgesamt rund 2,7 Milliarden Menschen. Die USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland bringen es nur auf rund 500 Millionen. „Angesichts einer brummenden Wirtschaft und der Masse von Menschen haben die politischen Forderungen eindeutiges Gewicht“, sagt Katharina Gnath von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.

### **38 Die Herausbildungsphase der bürgerlichen Nationen ist vergangene Geschichte.**

Wenn die heutige politische Linke und Rechte z.B. das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser fordern, so haben sie nicht begriffen, dass der Höhepunkt dortiger laizistischer Parteiorganisationen als Ausdruck kleinbürgerlicher Befreiungsideologie und -Bewegung in die 1960er Jahre fiel. Gegenwärtig handelt es sich bei allen ´Neugründungen sogenannter Nationalstaaten´ um reine politische Anerkennungsprojekte als Vasallen ihrer konkurrierenden Protektoren aus dem Kreis der Großmächte. Keineswegs ist dies vergleichbar mit antikolonialistischen Bewegungen und erst recht nicht mit dem Umschlagen der ökonomischen Vorherrschaft des Besitzbürgertums zur Errichtung seiner bürgerlichen Staatsmacht mittels bürgerlicher Revolution im Zuge der ursprünglichen Akkumulation des privaten Kapitals. War hier die Herausbildung des nationalen Gesamtkapitals das treibende objektive Moment dringender politischer Flankierung durch Übernahme der feudalen Staatsmaschine und deren angemessenen Ausbau, so handelt es sich heute um unentwickelte rudimentäre Rumpfkapitale samt alimentierter Proto-/Parastaatlicher Apparate.

**39 Gesetz: ein glimpfliches Davonkommen aller Nationalökonomien aus der aktuell sich vertiefenden Großen Weltwirtschaftskrise.** Für diesen günstigsten Fall schlussfolgerten wir im Juli 2007 als *politische* Bedingung in:

**Ein Schritt näher am Abgrund von DeutschEUROland**

<http://www.mxks.de//files/nation/DEURO07n.pdf>

„Einerseits kann Deutschland nur ein als politische *Einheit* agierendes Europa brauchen als politisch-militärische Flankierung des ökonomischen Konkurrenzkampfs ihrer hoch verflochtenen nationalen Gesamtkapitale mit denjenigen der USA, Japan und Brasilien, Russland, Indien, China (letztere so genannte BRIC-Länder werden von den Investoren mittels 30-Jahre-Extrapolationen schon als voll entwickelte Industriestaaten erträumt – obwohl die dortigen sozialen Erdbeben schon heute auf der Tagesordnung erscheinen).“

Der fortwährende friedliche Konkurrenzkampf der Nationen ist wohl der Ausgangspunkt der agierenden EU-Eliten samt souflierenden Bertesmännern. Sicherlich sind ihnen auch schon ungemütliche Varianten konzeptionell aus der Feder geflossen. Unsere *Konzeption sich separierender subnationaler Gesamtkapitale aus den jetzigen EU-Nationalstaaten* gehört sicherlich auch dazu, jedenfalls wurde ja schon öffentlich über den Einsatz von EU-Militär innerhalb der EU-Staaten gesprochen und die Vorstöße Schäubles zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren sind ja nur als nachhinkende deutsche Situation in dieser Sache zu verstehen. Dass die BRD andererseits überall und jederzeit den *Seperatismus* verdeckt bis öffentlich unterstützt, haben wir an vielen Stellen unserer Ausführungen mittels Recherchen anderer belegt. UND im Kontext der deutschen Jugoslawien-Politik pfeifen es die Spatzen von den Dächern der EU-Hauptstädte. Dieses Spiel mit dem Feuer des *Teile und Herrsche* erscheint paradox angesichts der Gefahr, selbst davon als BRD zerstört zu werden. Da die agierenden Eliten zwar mit Dummheit und Ignoranz geschlagen scheinen, aber sicherlich von Gier zernagt werden, ist ihnen jeder abenteuerliche Versuch des Auswegs aus dem Konkurrenzkampf des Weltmarkts recht nach dem Motto des absteigenden Kleinbürgers: *Nach mir die Sintflut!*

**40 Keineswegs wird der Rest der Welt, insbesondere gerade die BRIC und selbstverständlich der Noch-Hegemon USA ungeschoren aus der einsetzenden Großen Weltwirtschaftskrise hervorgehen:**

„GEAB N°17 – Zusammenfassung - 18. September 2007 - [www.leap2020.eu](http://www.leap2020.eu)

**Im Zentrum der Krise: 'Der lukrative Handel mit US- Schulden'**

**Der Ausgangspunkt der gegenwärtigen umfassenden weltweiten Krise liegt in den USA. Dieser "Untergang des Westens" wie er nach 1945 aus den Trümmern des 2. Weltkriegs entstanden ist und den LEAP/E2020 seit Februar 2006 voraussagt, bedeutet vor allen Dingen Zusammenbruch der USA, die den Hauptstützpfiler der Weltordnung der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bildeten. Der Zusammenbruch umfasst fast alle gesellschaftlichen Dimensionen der USA: Wirtschaft, Geldpolitik, Finanzmärkte und Bankensystem, Außenpolitik, geopolitischer und intellektueller Einfluss in der Welt... “**

**41 Dabei sind die Machtgefüge gelegentlich schon stabilisiert, bilden häufig komplementäre parallele Sicherheitsstrukturen. Es handelt sich dabei nicht unbedingt um territorial abgeschlossene Gebiete.** Manchmal sind es Absicherungs-Abkommen nationaler Apparate mit mafiösen oder Clan-Strukturen über Transfer-Routen und Schmuggelwege oder Rohstoff-/Touristenzonen etc pp . So bezeichnet z.B. Gerhard Hauck das komplexe Machtgefüge in afrikanischen Ländern wie dem Tschad als *paranational* organisiert. Offen ausgetragen wird der Konflikt des Durchsetzungsversuchs des staatlichen Gewaltmonopols auf die eine oder andere Weise in ALLEN Megapolen z.B.:

<http://blog.handelsblatt.de/sao-paulo-busch/eintrag.php?id=58>

Sonntag, 23.09.2007 um 12:55 **Erschreckend normal** von Alexander Busch

In der größten Favela ganz in unserer Nähe, messen derzeit die Polizei, selbsternannte Viertelmilizen und Drogenbanden ihre Kräfte. Immer wieder kreisen Hubschrauber über dem Viertel, das „Bairro da Paz“, also „Stadtteil des Friedens“ heißt. Alle paar Tage findet in den umliegenden Straßen ein „Blitz“ statt. Von „Blitzkrieg“ abgeleitet werden so die Straßenkontrollen in Brasilien genannt. Im Auto, vor allem mit Kindern, wird man von Militärpolizisten meist durch gewunken. Schön ist das aber auch nicht, von einem halben Dutzend Waffenmündungen angestarrt zu werden und zu sehen, wie gerade ein Bus kontrolliert wird: Alle Männer müssen sich mit erhobenen Händen an die Buswand stellen, während ein Teil der Polizisten sie mit ihren dicken Polizeiknüppeln („Fantas“ genannt, weil sie dick und gerillt sind wie die alten Fanta-Flaschen) derb nach Waffen abklopfen. Dabei werden sie von deren Kollegen mit gezogenen Waffen genau beobachtet. Immer wieder sehen wir, wie sich neben der Straße, Spezialtruppen vorbereiten, um Teile der Favela zu stürmen. Die sehen aus wie in einem wilden Action-Thriller: Alle Polizisten sind schwarz verumumt, mit Schusswesten, bis an die Zähne bewaffnet. Eine Freundin aus dem Bairro da Paz erzählt, dass die Polizisten die letzten Tage einen Gangboss mit einem ganz bestimmten Tattoo suchten. Ihr Bruder stand im vergitterten Vorhof ihres Hauses, als ein Trupp vorbei kam. Brüllend und mit der Waffe am Kopf wurde aufgefordert sein T-Shirt hochzuziehen und dann angewiesen, sich nicht mehr auf der Straße sehen zu lassen. Am Morgen auf dem Weg zur Arbeit, lagen dann fünf junge Männer in Bermudas, T-Shirts und Flip-Flops tot im Dickicht nur wenige Meter von ihrem Haus. Wenn dann die TV-Reporter mit den Polizisten an den Orten der Chacinas genannten Gemetzel auftauchen, erwartet sie schon eine neugierige Menschenmenge. Doch keiner sagt was, weiß was, niemand hat was gehört oder gesehen – heißt es dann immer lapidar in den Polizeiberichten. Aus Angst vor Rache und Vergeltung gilt das Gesetz des Schweigens. Denn, wenn die Polizisten abziehen, dann haben wieder die Protutores, die „Beschützer“ des Viertels das Sagen: Wer geredet hat oder als Polizeispitzel verdächtig wird, der landet schnell im nächsten Gebüsch. Bizarr wirkt es dann zuweilen, wenn meine heranwachsenden Söhne im Auto auf dem Weg zur Schule mit diesem Szenario vor den Fenstern, mit Vorliebe Gangsta-Rap von 50 Cent hören. Wie überall auf der Welt finden sie das Waffengeklirre, die Banden-Rituale und den Reimgesang über dem Beat toll. Doch hier im Alltag ist ein 50 Cent dann erschreckend normal.

42 siehe ZENIT [http://www.zenit.de/d/cluster/cluster\\_nrw/logistik/karte.php](http://www.zenit.de/d/cluster/cluster_nrw/logistik/karte.php)

**43 Zur Entmystifizierung der neukantianischen Mysthiker des sogenannten ´Wert-Preis-Transformations-Problems´ sei ausführlich der durchaus lückenhafte K. Marx ins Feld geführt – was das Resultat der gesellschaftlichen Ausgleichsbewegungen des Kapitals zwischen den verschiedenen Produktionszweigen betrifft – den Weg zu diesem Resultat muss der geneigte Leser sich dort selbst aneignen:**

„10. Ausgleichung der allgemeinen Profitrate durch die Konkurrenz. Marktpreise und Marktwerte. Surplusprofit

Ein Teil der Produktionssphären hat eine mittlere oder Durchschnittszusammensetzung des in ihnen angewandten Kapitals, d.h. ganz oder annähernd die Zusammensetzung des gesellschaftlichen Durchschnittskapitals.

In diesen Sphären fällt der Produktionspreis der produzierten Waren mit ihrem in Geld ausgedrückten Wert ganz oder annähernd zusammen. Wenn auf keine andre Weise zur mathematischen Grenze zu gelangen, so wäre es auf diese. Die Konkurrenz verteilt das Gesellschaftskapital so zwischen die verschiedenen Produktionssphären, daß die Produktionspreise in einer jeden Sphäre gebildet werden nach dem Muster der Produktionspreise in diesen Sphären der mittleren Komposition, d.h. =  $k + kp'$  (Kostpreis plus dem Produkt der Durchschnittsprofitrate in den Kostpreis). Diese Durchschnittsprofitrate ist aber nichts anderes als der prozentig berechnete Profit in jener Sphäre der mittleren

Komposition, wo also der Profit zusammenfällt mit dem Mehrwert. Die Profitrate ist also in allen Produktionssphären dieselbe, nämlich ausgeglichen auf diejenige dieser mittleren Produktionssphären, wo die Durchschnittszusammensetzung des Kapitals herrscht. Hiernach muß die Summe der Profite aller verschiedenen Produktionssphären gleich sein der Summe der Mehrwerte und die Summe der Produktionspreise des gesellschaftlichen Gesamtprodukts gleich der Summe seiner Werte. Es ist aber klar, daß die Ausgleichung zwischen den Produktionssphären von verschiedener Zusammensetzung immer dahin streben muß, sie zu egalisieren mit den Sphären von mittlerer Zusammensetzung, sei es nun, daß diese exakt, sei es, daß sie nur annähernd dem gesellschaftlichen Durchschnitt entsprechen. Zwischen den mehr oder minder Annähernden findet selbst wieder Tendenz nach Ausgleichung statt, die der idealen, d.h. in der Wirklichkeit nicht vorhandenen Mittelposition zustrebt, d.h. die Tendenz hat, sich um sie herum zu normieren. In dieser Weise herrscht also notwendig die Tendenz, die Produktionspreise zu bloß verwandelten Formen des Werts zu machen oder die Profite in bloße Teile des Mehrwerts zu verwandeln, die aber verteilt sind nicht im Verhältnis zum Mehrwert, der in jeder besondern Produktionssphäre erzeugt ist, sondern im Verhältnis zur Masse des in jeder Produktionssphäre angewandten Kapitals, so daß auf gleich große Kapitalmassen, wie immer zusammengesetzt, gleich große Anteile (aliquote Teile) der Totalität des vom gesellschaftlichen Gesamtkapital erzeugten Mehrwerts fallen.

Für die Kapitale von mittlerer oder annähernd mittlerer Zusammensetzung fällt der Produktionspreis also mit dem Wert ganz oder annähernd zusammen, und der Profit mit dem von ihnen erzeugten Mehrwert. Alle andren Kapitale, welches immer ihre Zusammensetzung, streben unter dem Druck der Konkurrenz, sich mit diesen auszugleichen. Da aber die Kapitale mittlerer Zusammensetzung gleich oder annähernd gleich dem gesellschaftlichen Durchschnittskapital, so streben alle Kapitale, welches immer der von ihnen selbst erzeugte Mehrwert, an Stelle dieses Mehrwerts den Durchschnittsprofit durch die Preise ihrer Waren zu realisieren, d.h. also die Produktionspreise zu realisieren.

Es kann andererseits gesagt werden, daß überall, wo ein Durchschnittsprofit hergestellt wird, also eine allgemeine Profitrate - in welcher Weise auch immer dies Resultat hervorgebracht worden sei - dieser Durchschnittsprofit nichts andres sein kann als der Profit auf das gesellschaftliche Durchschnittskapital, dessen Summe gleich der Summe der Mehrwerte, und daß die durch Zuschlag dieses Durchschnittsprofits auf die Kostpreise hervorgebrachten Preise nichts andres sein können als die in Produktionspreise verwandelten Werte. Es würde nichts ändern, wenn Kapitale in bestimmten Produktionssphären aus irgendwelchen Gründen nicht dem Prozeß der Ausgleichung unterworfen würden. Der Durchschnittsprofit wäre dann berechnet auf den Teil des Gesellschaftskapitals, der in den Ausgleichungsprozeß eingeht. Es ist klar, daß der Durchschnittsprofit nichts sein kann als die Gesamtmasse des Mehrwerts, verteilt auf die Kapitalmassen in jeder Produktionssphäre nach Verhältnis ihrer Größen. Es ist das Ganze der realisierten unbezahlten Arbeit, und diese Gesamtmasse stellt sich dar, ebensogut wie die bezahlte tote und lebendige Arbeit, in der Gesamtmasse von Waren und Geld, die den Kapitalisten zufällt.

Die eigentlich schwierige Frage ist hier die: wie diese Ausgleichung der Profite zur allgemeinen Profitrate vorgeht, da sie offenbar ein Resultat ist und nicht ein Ausgangspunkt sein kann.“  
(Marx: Das Kapital, MEW Bd. 25, S. 182 ff.)

44 Siehe <http://www.produktion.de/>

(S. 63 -66)

**Im Unterschied zur gesellschaftlichen Durchschnittsbildung gibt es auch regelmäßige spezifische Branchenreports mit *transnationalem Ranking* – wo die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung dann dadurch zu Tage tritt, dass nur die *produktivsten einzelnen Fabriken/Produktlinie der Konzerne* herausgehoben werden.**

**Ford in Köln ist am produktivsten**

**Das produktivste Autowerk Europas steht am Rhein. Das deutsche Ford-Werk Köln, das den Fiesta baut, setzte sich einer Studie zufolge bei den Arbeitsstunden pro Fahrzeug an die Spitze. Die Zeitersparnis bei VW fällt im Vergleich zur Konkurrenz bescheiden aus.**

Wie die Zeitschrift "Automobilwoche" am Wochenende unter Berufung auf den "Harbour Report 2007" berichtete, verdrängte das Ford-Werk Köln bei der zentralen Messgröße Arbeitsstunden pro Fahrzeug mit einem Wert von rund 12,6 die Nissan-Fabrik im britischen Sunderland von Platz 1, die den Micra baut.

Auch für die in der Fertigung viel komplexeren Kompaktwagen zeige der Harbour Report signifikante Unterschiede bei der Produktivität auf. So konnte sich das VW-Werk Mosel beim Bestseller Golf zwar von 33 Stunden pro Auto (Ende 2003) auf den Wert 31,5 verbessern. Im Vergleich zum Wettbewerber Toyota (Corolla) aber, der am Standort Burnaston/Großbritannien von 28,8 auf 20,7 Stunden verkürzen konnte, fällt die Zeitersparnis bei VW mager aus. Die aktuelle Benchmark bei kompakten Pkw setzt allerdings Nissan mit der Montage des Qashqai im britischen Sunderland: 14,7 Stunden pro Auto für das neue Crossover-Modell.

#### **VW hat Nachholbedarf**

In der Mittelklasse liegt Volkswagen den Angaben zufolge im Vergleich zur japanischen Konkurrenz ebenfalls noch immer weit zurück: Konnte sich etwa Toyota beim Avensis zwischen 2003 und 2006 von 33,7 auf 23,7 Stunden pro Auto verbessern, gelang VW beim Passat lediglich der Schritt von 36 (2004) auf 32,6.

Im Gegensatz zu den USA, wo der Report der Unternehmensberatung Harbour Consulting jährlich veröffentlicht wird, sind die Ergebnisse in Europa nur den teilnehmenden Unternehmen zugänglich, wie die Zeitschrift schreibt. **Der Harbour-Report gilt als die wichtigste, unabhängige Untersuchung der Produktivität von Autowerken.**

Von zentraler Bedeutung für künftige Fortschritte in der Autoherstellung ist nach Analyse von Harbour Consulting eine Reduzierung der Arbeitsstationen in der Montage. Auch hier führt Nissan in Sunderland (Almera, Note, Primera und Qashqai) mit derzeit 84 "Assembly workstations". Audi in Ingolstadt hingegen kommt beim A3 auf 271 Stationen, VW in Wolfsburg (Golf, Golf Plus) gar auf 284. Volkswagen-Produktionsvorstand Jochem Heizmann kündigte im Gespräch mit der "Automobilwoche" an, "Optimierungspotenziale zügig zu heben".

<http://www.ftd.de/unternehmen/autoindustrie/256572.html>

**Eine andere Variation der Bestätigung ungleichmäßiger Entwicklung ist der Vergleich: der VORSPRUNG einer Nation vor der(n) anderen bezüglich einer Branche z.B..**

**Hierzu können unterschiedliche Kenndaten erfasst werden, wie Forschungs-/Entwicklungs-Stand, gemessen in x Manntagen/jahren Arbeitszeit oder Standartmaschinen und Spezialmaschinen oder**

**Handels-/Produktionsvolumen, der Stückzahl oder der Wertmasse nach.**

HANDELSBLATT, Samstag, 22. September 2007 – Japanische Werkzeugmaschinenbauer

**Der schwer einnehmbare Konkurrent**

Von Juliane Gringer

**Japanische Werkzeugmaschinenbauer dominieren den Weltmarkt und behaupten sich seit vielen Jahren an der Spitze. Deutsche Anbieter sind die einzigen, die ihnen bei Export und Spezialanfertigungen das Wasser reichen können: So herrscht ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den Nationen.**

BERLIN. Carl Martin Welcker, Inhaber und Chef des Drehautomatenbauers Alfred H. Schütte aus Köln, hat Respekt vor den Japanern: „Wer da als deutsche Firma einsteigen will, braucht einen langen Atem“, sagt der Unternehmer. Auch Gerhard Hein vom Verein Deutscher Werkzeugmaschinen (VDM) weiß um die Tücken in Fernost: „Der japanische Markt ist sehr schwierig, vielleicht der schwierigste überhaupt.“

Im Export liegen die deutschen Anbieter vorn. Die Japaner wiederum führen in der Produktion mit fast 23 Prozent Weltmarktanteil gegenüber 17 Prozent aus Deutschland. Die deutsche Produktion steigt freilich an: 15 Prozent mehr erwartet der VDM für 2007.

Bestellungen aus dem Inland stiegen um 31 Prozent, die Nachfrage aus dem Ausland gar um 45 Prozent. Der Abstand zwischen Deutschland und Japan wird also schrumpfen, prognostiziert der VDM.

Noch sind allerdings auch die japanischen Auftragsbücher gut gefüllt. Im Jahr 2006 wurden Werkzeugmaschinen „made in Japan“ im Wert von 9,8 Mrd. Euro bestellt. Der Euro ist hart, der Yen schwach – was den Japanern einen klaren Wettbewerbsvorteil verschafft. Hohe Anlageinvestitionen auf der asiatischen Inselkette sorgen zusätzlich für Inlandsnachfrage. Im Import war Japan bisher eher schüchtern: Der Staat bildet zwar den zweitgrößten Markt Werkzeugmaschinenmarkt weltweit, hat aber nur eine Einfuhrquote von sechs Prozent. Die Japaner selbst kaufen also lieber im eigenen Land. Der deutsche Markt ist für japanische Produkte viel offener.

„Deutsche Anbieter, die in Japan erfolgreich sind, liefern Produkte, für die es keine Alternative gibt“, sagt Gerhard Hein vom VDW. „Davon abgesehen ist Japan ein abgeschotteter Markt, den sich unsere Mittelständler nur schwer erschließen können.“ Deutsche Firmen könnten diesem strukturellen Nachteil nur strategisch begegnen: mit Service. „Sie sollten nicht Maschinen verkaufen, sondern ganze Produktionsanlagen“, sagt Hein. Hier hätten deutscher Firmen Potenzial, weil sie individueller auf Kundenwünsche eingehen und Sonderanlagen bauen.

Es bleibt für deutsche Anbieter also schwierig, auf japanischen Markt Fuß zu fassen. Für Hein liegt die größte Chance für Mittelständler in Japan noch im Direktvertrieb: „Sonst ist man zu sehr auf Händlernetzwerke angewiesen, die jedoch bevorzugt Großkunden bedienen.“

Unternehmer Welcker warnt Neueinsteiger allerdings vor Schwierigkeiten: „Um einen guten Vertrieb mit lokalen Partnern zu gewährleisten, muss man dort erst einmal die kulturellen Unterschiede und sprachliche Hürden überwinden und Vertrauen gewinnen.“ Das sei zwar in jedem ausländischen Markt nötig, in Japan aber besonders anstrengend. „Man muss bereit sein, sich für viele Jahre zu engagieren. Lohnenswert ist es aber. Die Japaner schätzen die Deutschen und ihre Arbeit.“

Bisher sind die USA für Exporteure nach wie vor das Hauptabnehmerland. Die Marktdurchdringung ausländischer Produkte ist dort besonders hoch. Auch hier haben freilich die Japaner den Spitzenplatz. Die USA kauften im Jahre 2006 insgesamt Maschinen im Wert von 3,54 Mrd. Euro ein: Davon gingen Aufträge für 1,6 Mrd. Euro an Japan, nur 793 Mill. Euro kamen in Deutschland an.

Der Hauptgrund: Viele Japaner haben schon in den achtziger Jahren Produktionsstätten in den USA aufgebaut. „Sie werden dort schon gar nicht mehr als Ausländer wahrgenommen“, sagt Hans-Günther Vieweg, Maschinenbauexperte des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung in München. Gleichzeitig bauten die Japaner derzeit auch ihre Vertriebswege nach Europa aus, weil sie dort inzwischen bessere Wachstumschancen sehen als in den USA.

Deutschland hat sich allerdings einige Teilmärkte erschlossen, in denen man sich der fernöstlichen Konkurrenz gegenüber standfest behaupten kann. Seit über fünfzig Jahren verkauft beispielsweise Schütte nach Japan: Vor allem Mehrspindel-Drehautomaten zur Fertigung von rotationssymmetrischen Teilen wie Zündkerzen.

„Wir hatten lange Zeit in Japan namhafte Konkurrenten in diesem Bereich, die jedoch alle nach und nach aufgegeben haben“, berichtet Carl Martin Welcker. „Im Markt der Spezialmaschinen, beispielsweise bei Verzahnungsmaschinen, kaufen die Japaner viel in Europa.“ Hans-Günther Vieweg bestätigt diese Einschätzung: „Man muss die Konkurrenz zwischen den Partnern differenziert sehen“, sagt der Ifo-Branchenexperte. „Bei Serienerzeugnissen haben die Japaner klare Vorteile. Dort ist es wichtig, hohe Stückzahlen zu produzieren, und die können die Japaner liefern. Der deutsche Markt ist vom Volumen her viel stärker begrenzt.“ Deutsche Hersteller können wiederum bei der Produktion kompletter Fertigungssysteme, wie beispielsweise Fertigungsstraßen für Autokarosserien, punkten. „Da stehen die hiesigen Anbieter technisch klar an der Spitze“, sagt Vieweg.

Genau aus dieser Arbeitsteilung erklärt sich allerdings auch, warum die Japaner bis heute einen Vorsprung auf dem Weltmarkt behaupten: Denn komplexe Technologie aus Deutschland wird vor allem für die Automobilindustrie gebraucht, der Standardmaschinenbau ist Domäne der Japaner. Doch der wirtschaftliche Boom auf dem Weltmarkt hat gerade die Autoindustrie noch nicht voll erfasst. „Der Aufschwung stärkt derzeit also noch eher die Japaner“, sagt Vieweg.

**Auf dem anderen Pol lassen sich sprunghafte Formen der Entfaltung der Produktivkräfte feststellen. Dann wird die althergebrachte ungleichmäßige Entwicklung über den Haufen geworfen und damit auch die überkommene Hierarchie/Ranking innerhalb ganzer Branchen.**

So holte die Bio- & Gentechnologie die Tier- und Pflanzenzucht zeitgerafft ins Reagenzglas und Labor. Waren die 50.000 Jahre Pflanzenzüchtung der Gattung häufig an den Jahreszyklus gebunden, so verkürzen zellbiologische Verfahren Jahre auf die Dimension von Wochen. Hierdurch gewannen universitäre ausgegründete Forscherteams, ausgestattet mit Wagniskapital, im ersten Anlauf einen Vorsprung in Pflanzen- & Tierzucht-technologien, der von den Branchenführern der Chemiebranche dazu genutzt wurde, ihre Life & Crop-Aktivitäten als eigenständige Sparten juristisch abzutrennen und dann sowohl jene Biotech-Firmen wie auch traditionelle Pflanzenzucht-Unternehmen aufzukaufen, zusammenzuführen und die Forschung zu konzentrieren. Mit anderen Worten wird die mit der Agrikultur über mehrere Jahrhunderte gewachsene kapitalistische Pflanzenzuchtbranche durch die bio-/gentechnische Revolution aufgehoben in der neuen High-Tec-Branche Life-Science. Damit verlässt die Gattung ihre angestammte 100.000 Jahre währenden Formen der Agrikultur und schafft sich eine zweite gesellschaftliche Natur, welche auf gegenwärtiger Profiterwartungs-Grundlage eher einer technizistischen Büchse der Pandora gleichkommt.

Siehe hierzu Thesen 1, 2, 3, insbesondere 6 in:

**6 Thesen – Zur krisenhaften Entwicklung der kapitalistischen Agrikultur und zu einigen Problemstellungen ihrer kommunistischen Aufhebung**

- Nachhall des BSE-Spektakels BRD 2001 -

<http://www.mxks.de/files/mxks/agrarkrise2003/Die6Thesen.html>

